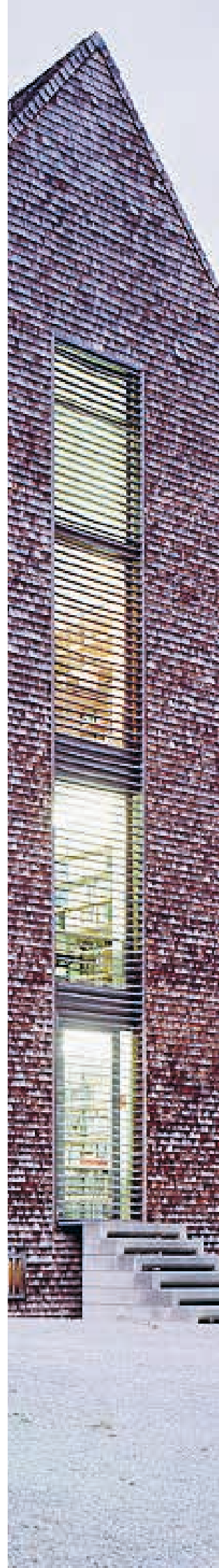


JAHRESBERICHT 2018



LIECHTENSTEIN-INSTITUT





AUF EINEN BLICK

Das Liechtenstein-Institut wurde 1986 als Forschungsinstitut gegründet, um in den Fachbereichen Geschichte, Politik, Recht und Wirtschaft liechtensteinrelevante Forschungsthemen und Forschungsfelder wissenschaftlich zu bearbeiten. Das Institut wird von einem Verein getragen und öffentlich subventioniert.

Die Forschung erfolgt in Form von mehrjährigen Forschungsprojekten, vielen kleineren Studien, in interdisziplinären Projekten und internationalen Kooperationen. Neben wechselnden Forschungsprojekten werden auch zahlreiche Daueraufgaben wahrgenommen, wie etwa der Online-Verfassungskommentar, die Digitalisierung und Weiterentwicklung des Historischen Lexikons oder die Wahl- und Abstimmungsforschung.

Die aus der Forschungsarbeit gewonnenen Erkenntnisse sollen in der in- und ausländischen Öffentlichkeit zum besseren Verständnis des liechtensteinischen Staates beitragen, ein weltoffenes und realistisches liechtensteinisches Selbstverständnis fördern sowie in wichtigen Fragen die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung erleichtern.

KENNZAHLEN

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Stand: März 2019)

<i>Fachbereich</i>	<i>Anzahl Mitarbeitende</i>	<i>Stellen- prozent</i>
Fachbereich Geschichte		
Forschungsleiter	1	100 %
Forschungsbeauftragte	1	50 %
Fachbereich Politik		
Forschungsleiter	1	100 %
Forschungsbeauftragte	2	150 %
Wissenschaftliche Mitarbeiterin	1	25 %
Fachbereich Recht		
Forschungsleiterin	1	80 %
Forschungsbeauftragte	3	150 %
Doktorandinnen	2	200 %
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	1	10 %
Fachbereich Wirtschaft		
Forschungsleiter	1	90 %
Forschungsbeauftragter	1	100 %
Studentischer Mitarbeiter	1	40 %
Interdisziplinär		
Wissenschaftliche Mitarbeitende und Projektmitarbeitende	3	125 %
Bibliothek und Administration		
	3	200 %

Inhalt

Bildung schafft Bewusstsein und Lebensgewinn	2	Dreijähriges Erasmus+-Projekt «Herausforderungen für Kleinstaaten»	29
Hohe Ziele als Ansporn	3	Beiräte, Mandate, Kommissionen	30
«Unser Antrieb ist es, Wissen in Form eines öffentlichen Guts bereitzustellen»	4	Veranstaltungen	31
Historisches Lexikon online: Geschichte für alle zugänglich machen	10	Lehrtätigkeit, Vorträge, Kurse, Konferenzen	34
KonSens – Konjunktureller Sammelindikator für Liechtensteins Volkswirtschaft	11	Zu Gast am Liechtenstein-Institut	36
«Post-Brexit Europe»-Workshop	12	Medienpräsenz	37
Direkte Demokratie in Liechtenstein	13	Veröffentlichungen 2018	38
Themenschwerpunkte des Liechtenstein-Instituts	14	«Liechtenstein erzählen»	40
Projekte im Fachbereich Geschichte	16	Institutsbibliothek	41
Projekte im Fachbereich Politik	17	Nachwuchsförderung	42
Projekte im Fachbereich Recht	21	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2018/2019	43
Projekte im Fachbereich Wirtschaft	23	Der Institutsvorstand	44
Auftragsstudien, Gutachten	24	Der Wissenschaftliche Rat	45
Mitgliedschaft in Expertennetzwerken	27	Organisation	46
		Private Spenden 2018	46
		Revisionsbericht und Jahresrechnung 2018	47

Impressum

Liechtenstein-Institut
St. Luziweg 2
9487 Bendern
Liechtenstein
T +423 / 373 30 22
info@liechtenstein-institut.li
www.liechtenstein-institut.li

Druck: BVD Druck+Verlag AG, Schaan

Bildung schafft Bewusstsein und Lebensgewinn



Ziel und Aufgabe des Liechtenstein-Instituts ist vertiefter Erkenntnisgewinn und dessen Weitergabe an die Öffentlichkeit. Bildung und Erkenntnis schaffen Bewusstsein und Lebensgewinn. Und Erkenntnis ist Werkzeug und Antrieb zum Handeln, oder gibt zumindest die Möglichkeit, sich einstellen zu können auf neue Entwicklungen, dadurch, dass sie erklärbar werden.

Politisches Handeln ist interessengeleitet; der wissenschaftliche Erkenntnisgewinn im Liechtenstein-Institut soll nicht interessengeleitet sein! Dies ist ein hoher Anspruch, an uns als Menschen, und erfordert dauernde Auseinandersetzung mit sich selbst, allein schon in der Auswahl der zu untersuchenden Themen und dann in deren Erarbeitung. Matthieu Ricard sieht «Wissenschaft als rigoros aufrichtige Annäherung an die Wahrheit». Allein schon die Annäherung ist ein hoher Anspruch. Diesem wollen wir uns stellen zur Erreichung bewussteren Verständnisses für die Welt, in der wir leben.

300 Jahre Liechtenstein. Es war im Jahre 2018 und ist im Jahr 2019 ein Privileg für das Liechtenstein-Institut, wichtige Beiträge zur kritischen Selbstreflexion und Verortung innerhalb unserer Landesgrenzen und darüber hinaus zu schaffen. Deshalb freuen wir uns, dass wir dank unseres über Jahrzehnte erarbeiteten Wissens, unserer erworbenen Erfahrung mit Liechtenstein-relevanten Themen, dank der Bildungsbegeisterung unserer Mitarbeitenden und unseres wissenschaftlichen Netzwerks solches für unser Land leisten zu können. Der Jahresbericht legt Zeugnis davon ab.

Das Liechtenstein-Institut hat ein gutes Jahr 2018 absolviert und ist gut ins 2019 gestartet unter dem neuen Direktor Christian Frommelt, der mit ausserordentlichem Einsatz und der einführenden Unterstützung seines Vorgängers Wilfried Marxer und allen am Institut Beschäftigten die Ziele des Liechtenstein-Instituts verfolgt.

Ich danke im Namen des Vorstandes allen Mitgliedern der Institutsorgane Wissenschaftlicher Rat und Vorstand, unserem Direktor, den Forschenden und Lehrenden, der Biblio-

thekarin und der den Apparat am Laufen haltenden Administration für ihren überzeugten Einsatz für die Sache des Liechtenstein-Instituts und unseres Landes. Ich danke unseren Vereinsmitgliedern für ihre Loyalität und dem breiten Publikum für sein Interesse an der Institutsarbeit.

Ich danke der Regierung und dem Landtag, den Gemeinden, den mit uns zusammenarbeitenden Organisationen sowie den privaten Sponsoren für ihre ideelle und materielle Unterstützung und ihr Vertrauen in unsere Arbeit, und einmal mehr der Gemeinde Gamprin für unser Haus auf dem Fels in Bendern, welches sie uns für unsere Arbeit zur Verfügung stellt, und die mannigfachen Dienstleistungen, die sie uns während des Jahres erbringt. Es ist ein Ort der Kraft.

Wir werden mit Freude weitermachen!

Dr. Guido Meier
Präsident

Hohe Ziele als Ansporn



Das Leitbild des Liechtenstein-Instituts definiert dessen Aufgaben wie folgt: «Die Forschung des Liechtenstein-Instituts erbringt neue wissenschaftliche Erkenntnisse und verknüpft bestehendes Wissen mit den Besonderheiten Liechtensteins. Damit liefert das Liechtenstein-Institut wissenschaftlich fundierte Antworten auf zentrale Fragen zur Geschichte, Gegenwart und Zukunft Liechtensteins, zur Region und zu Kleinstaaten allgemein.» Dies sind zweifelsohne grosse Aufgaben.

Im Leitbild finden sich aber noch weitere hehre Grundsätze. So heisst es: «Das Liechtenstein-Institut zeichnet sich durch seine Expertise, Unabhängigkeit und Interdisziplinarität aus», oder: «... die aus der Forschungsarbeit gewonnenen Erkenntnisse tragen in der in- und ausländischen Öffentlichkeit zum besseren Verständnis Liechtensteins bei» und «fördern ein weltoffenes und differenziertes liechtensteinisches Selbstverständnis».

Das sind grosse Ziele für ein Institut mit knapp 1300 Stellenprozenten. Es sind auch grosse Versprechungen in einer Zeit, in der ein wachsendes Misstrauen gegenüber Eliten und Institutionen besteht und damit auch Experten immer öfter in die Kritik geraten. Unabhängigkeit und das Streben nach möglichst hoher Expertise gestützt auf fachspezifische Methodik, Theorie und Empirie sind für eine wissenschaftliche Forschungseinrichtung jedoch unabdingbar. Es ist deshalb vollkommen richtig, dass sich das Liechtenstein-Institut diese hohen Ziele setzt.

Die Ziele und die dazu nötigen Standards stehen nicht zur Debatte. Wie aber werden sie umgesetzt? Wo ist die Grenze zwischen sachlicher Information und effektiver Einflussnahme? Inwieweit befähigt ein konkretes, methodisches Fachwissen zur Auseinandersetzung mit diversen Themen, die eigentlich nicht direkt zur eigenen Forschungsagenda zählen? Und wie lässt sich die Qualität der eigenen Arbeit überprüfen? Einblick in die Arbeitsweise des Liechtenstein-Instituts verschafft ein Gespräch mit den Forscher*innen des Liechtenstein-Instituts, welches in diesem Jahresbericht publiziert wird.

Des Weiteren informiert der Jahresbericht über die konkreten Forschungsleistungen des Liechtenstein-Instituts im Jahr 2018. Es erschienen Publikationen zur Entwicklung, Regelung und Praxis der direkten Demokratie in Liechtenstein, zum Verhältnis von Bürgerschaft und Demokratie in Zeiten transnationaler Migration, zur Geschichte und Stellung der EMRK in Liechtenstein oder zur Konjunkturerwicklung Liechtensteins und der Schweiz. Insgesamt wurden fast 50 Beiträge publiziert. Hinzu kommen zahlreiche Gastkommentare und Beiträge in in- und ausländischen Medien.

Hervorzuheben ist das wachsende internationale Interesse an der Forschung des Liechtenstein-Instituts. So wurden die Forscher*innen zu diversen Veranstaltungen an ausländischen Forschungseinrichtungen eingeladen. Am Liechtenstein-Institut selbst fanden internationale Symposien zu den Themen Brexit und EWR, staatliche Aufgabenerfüllung und Herausforderungen für Kleinstaaten statt.

Ein besonderes Ereignis war ferner die Präsentation der Website historisches-lexikon.li. Diese ermöglicht den weltweiten Zugriff auf wissenschaftlich abgestützte Informationen zu Liechtenstein. Das Liechtenstein-Institut verfolgt auch künftig eine Open-Access-Strategie und ist bemüht, seine Forschungsergebnisse spezifisch für die verschiedenen Anspruchsgruppen aufzubereiten. Nur so lässt sich das Ansehen der Wissenschaft in der Gesellschaft nachhaltig sichern.

Dank gebührt an dieser Stelle allen Mitarbeiter*innen, den Mitgliedern des Vorstandes, des Wissenschaftlichen Rates sowie der diversen Begleitgremien für ihren Einsatz für das Liechtenstein-Institut.

Das Liechtenstein-Institut hat sich auch für das Jahr 2019 viel vorgenommen. Um auf dem Laufenden zu bleiben, lohnt sich der Besuch unserer Website.

Dr. Christian Frommelt
Direktor

«Unser Antrieb ist es, Wissen in Form eines öffentlichen Guts bereitzustellen»



(V.l.n.r.) Fabian Frommelt, Patricia Schiess, Andreas Brunhart und Wilfried Marxer im Gespräch mit Doris Quaderer.

(Fotos: Tatjana Schnalzger)

Das Liechtenstein-Institut hat sich in den vergangenen 33 Jahren als national und international gut vernetztes wissenschaftliches Forschungsinstitut etabliert. Es befindet sich in einem ständigen Austausch mit anderen Forschungs- und Bildungseinrichtungen. Ebenso wichtig ist dem Liechtenstein-Institut der Dialog mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Zu den Voraussetzungen für diesen Dialog gehört auch die Selbstreflexion. Welchen Auftrag hat das Liechtenstein-Institut? Wie wichtig ist Unabhängigkeit für die Forschung? Welche Herausforderungen stellen sich dem Liechtenstein-Institut? Über diese und weitere Fragen sprechen die Leiterinnen und Leiter der vier Forschungsbereiche des Liechtenstein-Instituts mit der Kommunikationsspezialistin Doris Quaderer.

Doris Quaderer: Das Liechtenstein-Institut gibt es bereits seit über 30 Jahren. Die Zahl der Publikationen, also der Output des Liechtenstein-Instituts, ist in den letzten Jahren enorm angestiegen. Ihr seid sehr aktiv und präsent. Gehen euch nicht langsam die Themen aus?

Wilfried Marxer: In der Politikwissenschaft gibt es verschiedene Themen, die wir noch gar nicht bearbeitet haben. Ich merkte dies im Kontext der Gemeinderatswahlen. Obwohl dies ein wichtiges Feld ist, haben wir bisher noch nie ausführlich Daten erhoben und analysiert. So könnte man zahlreiche Themen aufzählen, wozu man noch nie geforscht hat oder nur zu einzelnen Aspekten. Wir stehen hier auch vor der Herausforderung, dass wir mit unserem schmalen Personalbestand alle Themen aus der Politikwissenschaft abdecken sollten. Im Unterschied dazu gibt es anderswo Institute, die sich hauptsächlich mit einem einzelnen Themengebiet wie z. B. Wahlforschung oder Parteienforschung beschäftigen. Auch beschäftigen wir uns mit sehr dynamischen Themen. Man kann nicht sagen, ah, Wahlanalysen, das haben wir doch 1995 gemacht, das ist abgehakt.

Wie schaut es im Bereich Volkswirtschaft aus?

Andreas Brunhart: Der Fachbereich Wirtschaft ist am Liechtenstein-Institut erst seit ein paar Jahren wieder permanent besetzt. Das Interesse an volkswirtschaftlicher Forschung zu Liechtenstein ist breit und nimmt stetig zu. Die Forschungsthemen des Liechtenstein-Instituts sind dabei von unmittelbarem Interesse für die Wirtschaftspolitik. Zudem ergeben sich aus der Erforschung einer Frage gleich wieder neue Fragen.

Im Forschungsbereich Recht steht ihr mit dem Online-Verfassungskommentar verfassung.li kurz vor dem Abschluss. Hätte man ein solches Projekt auch extern geben können, beispielsweise nach Innsbruck oder nach Zürich?

Patricia Schiess: Man könnte ein solches Thema ausserhalb Liechtensteins aufgreifen. Im Unterschied zum Liechtenstein-Institut würden ausländische Forschungseinrichtungen solche Projekte aber nicht von sich aus anstossen. Zudem ist es auch eine Frage der Qualität. Als Ausländerin bin ich hier selber angesprochen. Es braucht seine Zeit, bis man sich zurechtfindet. Das rein Juristische, also die Gesetze und Urteile und auch die Literatur, hat man schnell im Griff. Das genügt aber nicht, um die Besonderheiten Liechtensteins zu erfassen. Deshalb hilft es sehr, wenn man vor Ort arbeitet und einen intensiven Austausch pflegt.

Im Unterschied zu den Bereichen Politik, Wirtschaft und Recht ist die Geschichte nicht laufenden Veränderungen unterworfen. Wie präsentiert sich hier der Forschungsstand? Gibt es Bereiche oder Jahrzehnte, die bisher vernachlässigt worden sind?

Fabian Frommelt: Es gibt natürlich Bereiche und Phasen in der Geschichte Liechtensteins, mit denen man sich noch nicht intensiv befasst hat. Geschichte hat zwar eine lange Forschungstradition in Liechtenstein, aber man hat vor allem politische Geschichte betrieben, also: wie hat sich der Staat entwickelt, wie lassen sich die Herrschaftsstrukturen erklären und so weiter. Im Unterschied dazu wurden sozialgeschichtliche Fragen stark vernachlässigt. Im Bereich Sozialgeschichte starten wir deshalb ein neues Projekt. Es soll die historische Entwicklung der Fürsorgepolitik und -praxis in Liechtenstein ausleuchten. Ähnliche Projekte wurden jüngst auch in der Schweiz und Österreich realisiert. Dahinter steckt sowohl der Wunsch, mehr über den Umgang mit schutzbedürftigen Personen zu erfahren, als auch die Einsicht, dass die Politik in der Verantwortung ist, historische Prozesse aufzuarbeiten. So stehen auch die Geschichtswissenschaften immer im Austausch mit Gesellschaft und Politik. Gewisse Entwicklungen der Gegenwart machen ein Fenster auf, sodass man neue Fragen an die Geschichte stellen kann. Ein Thema, welches für Liechtenstein deshalb in Zukunft auch von Interesse sein

«Für Liechtenstein von Interesse wäre die kritische Aufarbeitung der Entwicklung des liechtensteinischen Finanzplatzes.»

Fabian Frommelt



«In der Zeit von Fake-News sind wir gefordert, den Leuten zu erklären, was unabhängige Forschung ist und wieso sie wichtig ist.»

Andreas Brunhart

könnte, wäre zum Beispiel die kritische Aufarbeitung der Entwicklung des liechtensteinischen Finanzplatzes.

Heute wird alles vor dem Hintergrund eines Kosten-Nutzen-Verhältnisses angeschaut. Auch mit Blick auf das Liechtenstein-Institut stellt sich immer wieder die Frage, was ist Must-have und was bloss Nice-to-have. Wie viel Forschung brauchen wir wirklich?

Wilfried Marxer: Was ein Must-have ist und was ein Nice-to-have, ist immer eine Frage der Perspektive. Wir würden sicher alle dafür plädieren, dass es zum Selbstverständnis eines souveränen Staates gehört, dass man sich mit bestimmten Fragestellungen befasst und auf einem hohen qualitativen Niveau wissenschaftliche Forschung betreibt. Aber klar, überlebenswichtig ist dies nicht. Allerdings muss man auch bedenken, dass die öffentlichen Ausgaben für Forschung in Liechtenstein pro Kopf deutlich tiefer sind als in den umliegenden Staaten. Am Liechtenstein-Institut versuchen wir, uns stets auf grundlegende Fragen zu konzentrieren

und uns nicht in irgendwelchen Details zu verlieren. Auch legen wir grossen Wert auf die Wissensvermittlung – insbesondere auf den freien Zugang zu unseren Forschungsergebnissen.

Was ist denn der konkrete Nutzen von Forschung aus Sicht der Bevölkerung? Immerhin werden für die Unterstützung der Forschung Steuergelder ausgegeben.

Fabian Frommelt: Ich denke, dass es gerade in einem Kleinstaat wichtig ist, ein Orientierungswissen zu schaffen und zu pflegen. Warum gibt es dieses kleine Land überhaupt? Wie



«Es gibt im Ausland durchaus Leute, die sich für Kleinstaaten interessieren. Um hier die entsprechende Sichtbarkeit zu erhalten, muss man aber schon einen sehr originellen Ansatz finden. Es reicht sicherlich nicht, nur zu beschreiben, was passiert ist.»

Fabian Frommelt

hat es sich entwickelt? Welche Herausforderungen hat es wie gemeistert? Man könnte auch sagen: Geschichte wirkt in einem gewissen Sinn identitätsbildend, weil wir letztlich die Existenz des Landes nur über die Geschichte erklären können. Umgekehrt kann Geschichte auch dazu beitragen, die gegenwärtigen Verhältnisse zu relativieren, indem andere Gesellschaftsmodelle aufgezeigt werden. Liechtenstein hätte sich mehrfach in eine andere Richtung entwickeln können. Das Wissen über die Geschichte motiviert einen deshalb vielleicht auch, politisch aktiv zu werden und sich einzusetzen für die Zukunft Liechtensteins.

Andreas Brunhart: Ich finde es wichtig, Fragen zu stellen und sich selbst zu hinterfragen. Das gilt neben der Forschung auch für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Unser Antrieb ist es dabei, Wissen in Form eines öffentlichen Guts bereitzustellen. Aber natürlich hat die Forschung auch einen konkreten Nutzen für den Staat. In meinem Bereich denke ich dabei beispielsweise an internationale Rating-Agenturen. Sie wollen möglichst fundierte und unabhängige Daten zu Liechtenstein. Aber auch Behörden, die gegenüber dem Inland und dem Ausland Rechenschaft ablegen müssen oder Strategie- und Massnahmenpakete erlassen, stützen sich immer wieder auf Forschungsergebnisse. Die Relevanz unserer Forschung zeigte sich jüngst auch in den vielen Medienanfragen im Zusammenhang mit dem 300-Jahr-Jubiläum. Die sachliche Analyse Liechtensteins kann dabei manchmal mehr zur positiven Reputation Liechtensteins beitragen als irgendwelche Marketingkampagnen.

«Auftragsforschungen greifen Themen auf, die einem aktuellen Bedürfnis entsprechen. Dies zwingt einen, realitäts- und praxisnah zu forschen.»

Wilfried Marxer

Patricia Schiess: Ich sehe das Institut und die einzelnen Forscherinnen und Forscher als neutrale Instanz. Wir analysieren und legen dar, wir entscheiden aber nicht. Inwieweit unsere Forschung als Entscheidungsgrundlage dient, entscheiden andere. Für eine konstruktive Debatte ist es sicher von Vorteil, wenn sachliche Informationen zur Verfügung stehen.

Die Objektivität unterscheidet euch auch von Think Tanks, welche die Politik beeinflussen wollen und deshalb konkrete Empfehlungen abgeben. Ist es ein bewusster Entscheid von eurer Seite, dass ihr darauf verzichtet und sagt, wir legen die Basis, wir forschen, und gehen dann neutral mit diesen Daten hinaus?

Andreas Brunhart: Natürlich weisen wir auch einmal auf Probleme hin, verknüpft mit Handlungsempfehlungen. Unsere Forschung soll ja nicht nur langfristig orientiert sein, sondern auch angewandte Relevanz haben. Aber es ist nicht unser Hauptimpuls und vor allem folgen wir keiner politisch vorgefärbten Richtung. Unsere Forschung richtet sich deshalb auch stets an die breite Öffentlichkeit und nicht nur an die politische Elite.

«Politisch vorgefärbt» – das ist ein gutes Stichwort. Wie unabhängig kann denn Forschung überhaupt sein? Man kennt euch, man weiss, von wo ihr kommt, Liechtenstein ist ein Mikrokosmos. Wie lässt sich verhindern, dass man von irgendwo beeinflusst wird?

Wilfried Marxer: Es ist eine grosse Leistung des Instituts, dass seine Forscherinnen und Forscher stets auf wissenschaftlichen Kriterien gestützt, politisch neutral und ergebnisoffen geforscht haben. Unabhängige Forschung liegt natürlich in erster Linie im Eigeninteresse und in der Eigenverantwortung der Forschenden. Zudem verfügt das Institut mit dem Wissenschaftlichen Rat und anderen Begleitgremien über Mechanismen, welche die Qualität und damit auch die Objektivität unserer Forschung begutachten. Wichtig ist auch die wissenschaftliche Qualifikation und Vernetzung der einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Auch verfügt das Institut in den einzelnen Fachbereichen in der Regel über einen guten Mix aus in- und ausländischen Forschenden. Aber natürlich gab es und gibt es auch immer wieder Kritik. Eine schwierige Zeit war sicher die Verfassungsdiskussion von 2003, als einzelne Forschende aus wissenschaftlicher Position Flagge zeigten. In einem so kleinen Land ist man dann schnell in einem politischen Fahrwasser drin, was für einen Forscher sehr unangenehm sein kann. Andererseits kann es auch nicht die Aufgabe

der Wissenschaft sein, den Mund zu halten, sobald es politisch heikel wird. Deshalb herrscht das Motto: «Fürchtet euch nicht!» Jeder Forschende soll zu den Ergebnissen sei-

ner Arbeit stehen und diese auch nach aussen vertreten, unabhängig davon, wie sie politisch aufgenommen werden. Für die Unabhängigkeit des Instituts ist dies zentral.

Fabian Frommelt: Für mich ist ein Ausdruck der Unabhängigkeit des Instituts, dass sich dieses nicht davor scheut, Themen aufzugreifen, die mit gewissen Tabus belegt sind. Ein Beispiel ist hier der Zweite Weltkrieg. Was damals passierte, war lange ein Tabu. Erst durch die Forschungen von Peter Geiger hier am Institut ist man so weit gekommen, dass man offener darüber reden kann.

Vorher hast du die Aufarbeitung des Finanzplatzes angesprochen. Könnte das schwierig werden, weil viele der früheren Akteure auch heute noch aktiv sind?

Fabian Frommelt: Ja, aber ich meinte jetzt nicht unbedingt die letzten zehn Jahre, sondern was in den Jahrzehnten davor passiert ist. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergangenheit würde nach meiner Meinung wesentlich zur Glaubwürdigkeit der aktuellen Weissgeldstrategie beitragen.

Andreas Brunhart: Mit Blick auf die Unabhängigkeit möchte ich noch kurz auf die finanziellen Voraussetzungen verweisen. Etwas mehr als die Hälfte der Finanzierung des Instituts erfolgt durch das Land. Die Leistungsvereinbarung ist so gestaltet, dass wir innerhalb unserer Fachbereiche vollkommen frei in der Themenwahl sind. Für die Unabhängigkeit ist eine solche Grundfinanzierung essenziell. Sie gibt uns die Möglichkeit, auch einmal auf Auftragsstudien zu verzichten, wenn wir das Gefühl haben, dass der Auftrag nicht ergebnisoffen ist oder wenn wir uns in einem Spezialthema nicht genügend kompetent fühlen.

Das Verhältnis von eigener Forschung zu Auftragsforschung ist ein spannendes Thema. Wie sollte dieses Verhältnis sein, damit es für euch noch stimmt?

Wilfried Marxer: Es ist sicher interessant, wenn man einfach mal «à fonds perdu» finanziert ist und Themen völlig frei wählen kann. Andererseits sind aber auch Auftragsforschungen interessant, weil sie Themen aufgreifen, die offenbar einem aktuellen Bedürfnis entsprechen. Dies zwingt einen, realitäts- und praxisnah zu forschen. Kommt hinzu, dass Auftragsarbeiten immer auch ein Zeichen der Anerkennung sind.

Gibt es andere Finanzierungsmodelle, die für euch wünschenswert wären?

Patricia Schiess: Wir dürfen ja Gelder beim Schweizerischen Nationalfonds (SNF), beim Wissenschaftsfonds in Österreich (FWF) sowie bei einzelnen EU-Programmen einwerben – nicht aber beim Horizon-2020-Programm. Der Aufwand, ein solches Gesuch einzureichen, ist aber relativ



«Es kann nicht die Aufgabe der Wissenschaft sein, den Mund zu halten, sobald es politisch heikel wird. Deshalb herrscht das Motto: «Fürchtet euch nicht!» Jeder Forschende soll zu den Ergebnissen seiner Arbeit stehen.»

Wilfried Marxer

gross. Zudem liegen die Erfolgsaussichten deutlich unter 50 Prozent. Die Gelder von SNF und FWF dürfen in der Regel auch nur für neugeschaffene, auf die Laufzeit des Projekts befristete Stellen eingesetzt werden. Solche Mittel eignen sich also nur für einen projektbezogenen Ausbau der Forschung in einem Fachbereich und nicht für dessen Grundfinanzierung. Ich selbst habe vor zwei Jahren beim SNF Gelder für ein dreijähriges Projekt eingeworben. Mit ihnen werden derzeit zwei volle Doktorandenstellen finanziert. Das war sowohl für mich persönlich als auch das Institut ein grosser Erfolg. Das Institut ist auch in ein Horizon-2020-Programm eingebunden. Es sieht ähnlich hohe Fördermittel vor. Wir erhalten sie aber nicht, weil Liechtenstein kein Mitglied von Horizon 2020 ist. Für die Vernetzung und die Anerkennung ist die Mitarbeit in diesem Programm aber dennoch wichtig. Des Weiteren sind wir in verschiedenen Erasmus+-Programmen involviert. Eines davon wurde von uns initiiert. Für ein so kleines Institut mit einem spezifischen Fokus auf Liechtenstein ist dies ein guter Leistungsausweis.

Wenn wir jetzt ein bisschen weg von den Kosten kommen, wie ist denn die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen? Habt ihr Sparring Partner?

Wilfried Marxer: Die Sparring Partner finden sich zunächst im Institut selbst, also bei den Forschenden und dem Wissenschaftlichen Rat. Wir stehen aber auch in Kontakt mit anderen Hochschulinstitutionen in Liechtenstein und Personen, die sich mit ähnlichen Themen befassen wie wir. Und natürlich stehen wir in einem intensiven Austausch mit Forschenden aus dem Ausland, sei dies durch Forschungs-kooperationen, Teilnahme an Kongressen, wissenschaftli-

«Forschung ist eigentlich immer Dialog.»

Patricia Schiess



«Ich sehe das Institut und die einzelnen Forscherinnen und Forscher als neutrale Instanz. Wir analysieren und legen dar, wir entscheiden aber nicht.»

Patricia Schiess

chen Beiträgen in Zeitschriften oder Sammelbänden und anderem.

Ihr könnt nicht so einfach in die Bibliothek gehen und auf Quellen zurückgreifen, wie man das vielleicht in einem anderen Land könnte, wo es bereits zahlreiche Literatur gibt zu einem Thema. Ihr müsst quasi die Literatur zuerst selber schaffen.

Patricia Schiess: Wir lassen uns natürlich auch von Forschung aus dem Ausland inspirieren. Oft stellt sich dann die Frage, ob die Ergebnisse auch für Liechtenstein gelten oder wie das Thema in Liechtenstein untersucht werden könnte. Umgekehrt ist es für uns wichtig, dass unsere Forschung anschlussfähig ist. Die Qualität zeigt sich darin, dass wir in ausländischen Zeitschriften und Büchern publizieren und von ausländischen Institutionen zu Vorträgen eingeladen werden. Dabei geht es nicht immer nur um Liechtenstein, sondern um den internationalen Vergleich. Forschung ist eigentlich immer Dialog.

Stichwort Dialog. Ihr versucht ja auch, eure Forschungsergebnisse der Bevölkerung nahezubringen. Ihr macht öffentliche Veranstaltungen, seid häufig in den Medien. Habt ihr das Gefühl, es kommt wirklich bei den Leuten an?

Fabian Frommelt: Angesichts dessen, dass wir relativ häufig in den Medien sind, staune ich doch manchmal, wenn ich hier im Land höre: Liechtenstein-Institut, was ist das? Das mag auch damit zusammenhängen, dass wir vor allem Wissen bereitstellen, nicht aber aktiv werben. Ich denke

aber, dass die Leute, die sich für ein bestimmtes Thema interessieren, auch auf unsere Publikationen stossen.

Patricia Schiess: Wir kümmern uns ja auch nicht nur um tagesaktuelle Fragen. Die Forschung von heute soll auch in zehn oder 20 Jahren noch relevant sein. Für uns ist es wichtig, einen guten Mix zu bieten. Beiträge in den Medien und öffentliche Vorträge sollen das Interesse der Leute wecken, während umfangreichere schriftliche Publikationen zur Vertiefung einladen.

Andreas Brunhart: Wenn ich mit Forschern im Ausland spreche, sind diese immer sehr erstaunt, wie stark wir im Dialog mit der breiten Öffentlichkeit sind. Für eine Forschungsinstitution haben wir meines Erachtens also eine grosse Sichtbarkeit. Das hängt sicher damit zusammen, dass wir uns stark um die Wissensvermittlung bemühen. Ich glaube auch, dass die Berührungsgänge bei uns tiefer sind als bei anderen Forschungsinstituten. Der starke Bezug zu Liechtenstein in unserer Forschung wirkt hier sicher positiv.

Das ist vielleicht auch dem geschuldet, dass ihr zu wichtigen Fragen forscht und ihr euch nicht in Details verliert.

Andreas Brunhart: Für uns ist dies eine stete Herausforderung: Einerseits zur internationalen, in meinem Fall englischen Forschungsliteratur beizutragen und andererseits eine Anwendung für ein breites, Deutsch sprechendes Publikum in Liechtenstein zu sichern. Man muss diesen Spagat irgendwie schaffen, indem man zum Beispiel ein längeres Papier auf seine zentralen Aussagen herunterbricht, die Ergebnisse visualisiert und auf verschiedene Arten vermittelt.

Das ist sehr herausfordernd, macht es aber auch interessant.

Wilfried Marxer: Durch unsere unterschiedlichen Zielpublika, die wir haben, sind wir vielen Forscherinnen und Forschern aus dem Ausland ein bisschen voraus. Der Austausch mit einem nichtwissenschaftlichen Publikum hat bei uns eine lange Tradition. Es bestand schon immer eine Nachfrage vonseiten der Medien. Wir waren auch stets in der Erwachsenenbildung engagiert. Andererseits haben wir

aber unsere Ansprechpartner in der Wissenschaft. Dann gibt es Projekte, die beide Interessengruppen verbinden – wie etwa der Verfassungskommentar online oder das Historische Lexikon online. Ich bin überzeugt, dass gerade Letzteres im Land starken Zuspruch finden wird.

Gibt es bei unterschiedlichen Adressaten eurer Forschung nicht auch Zielkonflikte?

Fabian Frommelt: Auch in der Geschichte haben wir immer wieder Auftragsarbeiten. Jüngere Beispiele sind die Studien zum Islam oder zur doppelten Staatsbürgerschaft. Im letzten Jahr haben uns auch die Arbeiten am Liechten-

stein-Weg stark absorbiert. Darunter leidet das eigentliche Forschungsprojekt. Dieses sollte aber eigentlich einen zentralen Stellenwert haben. Nicht nur, weil es um spannende Fragen geht, sondern weil wir damit unsere Expertise verbessern und unser wissenschaftliches Handwerk pflegen. Die Balance zwischen freier, ungebundener Forschung und Auftragsstudien ist also sehr wichtig – sowohl für das Institut als auch für die einzelnen Forschenden.

Patricia Schiess: Für mich geht es bei unserer Arbeit zuerst einmal darum, dass wir selber als Forschende verstehen, warum etwas so ist, wie ist. Dann muss man diese Erkenntnis einordnen – also was bedeutet dies konkret. Am Schluss geht es dann noch darum, diese Überlegungen verständlich und zugänglich zu machen. Diese Aufgabe ist eigentlich bei jedem Thema und jeder Frage gleich. Insofern sehe ich zwischen den Arbeiten für die einzelnen Zielgruppen keine Zielkonflikte. Die Herausforderung ist vielmehr, wie Fabian bereits gesagt hat, die Balance zu finden.

Kommen wir zum Schluss. Wo seht ihr die Herausforderung für eure Arbeit und das Institut allgemein?

Fabian Frommelt: Für den Fachbereich Geschichte sehe ich die Herausforderung darin, mit dem Untersuchungsobjekt Liechtenstein den Anschluss an die internationale Forschungslandschaft zu behalten. Es gibt im Ausland durchaus Leute, die sich für Kleinstaaten interessieren. Um hier die entsprechende Sichtbarkeit zu erhalten, muss man aber schon einen sehr originellen Ansatz finden. Es reicht sicherlich nicht, nur zu beschreiben, was passiert ist. Hier sind wir gefordert.

Patricia Schiess: In den vergangenen Jahren ist das Interesse am Thema Kleinstaatlichkeit gestiegen. Das Liechtenstein-Institut ist hier gefordert, seine Expertise einzubringen. Wir haben bereits viele Daten und Analysen. Wir müssen aber noch sichtbarer werden, damit andere diese auch nutzen. Das Liechtenstein-Institut muss sich als Marke weiter etablieren. Dabei gilt: Steter Tropfen höhlt den Stein.

Andreas Brunhart: In der Zeit von Fake-News sind wir gefordert, den Leuten zu erklären, was unabhängige Forschung ist und wieso sie wichtig ist. Inzwischen gibt es zu allem selbst ernannte Experten, gleichzeitig wird das eigentliche Expertenwissen immer öfter angezweifelt. Die Wissenschaft und damit auch das Institut braucht hier eine klare Kommunikationsstrategie.

Wilfried Marxer: In der Politikwissenschaft sind wir vor allem methodisch gefordert. Wir wollen wissen, welche Einstellungen die Leute haben, wie sie sich bei den Wahlen entschieden haben und aus welchen Gründen. Die Frage ist bloss, welche Instrumente zur Erhebung dieser Fragen am besten geeignet sind. Darüber gibt es in der Politikwissenschaft eine grosse Debatte. Wir sind deshalb gefordert, die für die jeweilige Fragestellung passende Erhebungsme-



«Am Liechtenstein-Institut versuchen wir, uns stets auf grundlegende Fragen zu konzentrieren und uns nicht in irgendwelchen Details zu verlieren.»

Wilfried Marxer

thode zu finden. Und dann stellt sich natürlich die Frage, wie man die Ergebnisse präsentiert. Soll man das Gleiche tatsächlich fünf Mal sagen, nur damit man jedes Publikum mit seinen Mediennutzungsgewohnheiten abholt? Das sind Fragen, die wir uns alle stellen. Und dann ist da noch die internationale Forschungslandschaft, wie sie Patricia, Fabian und Andreas angesprochen haben. Wie stark sollen wir uns einbringen, wenn wir eigentlich die Aufgabe haben, liechtensteinrelevante Forschung zu betreiben? Schliesslich wollen wir ja hier im Land auch einen gewissen Nutzen generieren, nicht pekuniärer Art, aber in Bezug auf die Identität. Angesichts der beschränkten Ressourcen müssen wir immer auch Prioritäten setzen. Das Ziel bleibt aber immer dasselbe: Qualitativ hochstehende Forschung zu liefern.

Ein wunderbares Schlusswort. Vielen Dank für das Gespräch!

Historisches Lexikon online: Geschichte für alle zugänglich machen



Präsentierten gestern die Online-Version des Historischen Lexikons, von links: Projektleiter Fabian Frommelt, Kulturministerin Aurelia Frick und Christian Frommelt (Direktor Liechtenstein-Institut). (Foto: Nils Volmar)

Rasch und zuverlässig informiert über die Geschichte Liechtensteins

Meilenstein Fünf Jahre nach dem Erscheinen des Historischen Lexikons des Fürstentums Liechtenstein wurde gestern die Online-Version des Nachschlagewerkes präsentiert.

VON SILVIA BÖHLER

Das Historische Lexikon des Fürstentums Liechtenstein (HLFL) bildet die Grundlage für die heutige Online-Version. Das Nachschlagewerk ist im Jahr 2013 in zwei Bänden erschienen und umfasst wichtige Ereignisse und Personen, geografische Orte und relevanten Themen zu Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik – oftmals war das Historische Lexikon ein Meilenstein der Wissensvermittlung. Heute gehen wir einen Schritt weiter, freut sich Regierungsrätin Aurelia Frick gestern im Gaismaier in Triens. Denn das Liechtenstein-Institut hat den gesamten Inhalt der Historischen Lexikons digitalisiert und ins Internet gestellt. Informationen und Geschichten aus und über Liechtenstein sind dadurch jederzeit und weltweit abrufbar. Aurelia Frick: «Als Kulturministerin ist es mir ein Anliegen, der Bevölkerung

und den Gästen aus dem Ausland die Geschichte Liechtensteins näherzubringen. Schliesslich ist die Geschichte unsere Identität, die unser Land und die Bürger immer wieder aufs Neue formt.» Frick ist davon überzeugt, dass das Historische Lexikon künftig auch öfters von Schülern genutzt werden wird. Im Zeitalter der Tablets und Handys sei das digitale Lexikon eine gute Quelle, um Geschichte und Vergangenheit in den Unterricht einzubauen. Natürlich gehe dies nicht nur für Schulen, sondern auch für Diskussionen in Familien und an Stammtischen.

Plattform für fundiertes Wissen

Durch die Forschung will das Liechtenstein-Institut zu einem besseren Verständnis im In- und Ausland und zur nachhaltigen Entwicklung beitragen. Diese Leistungen erbringe auch das Historische Lexikon, das die aktuellen Geschichtsforschungen des Landes zusammenfasst, erklärt Christian Frommelt, Direktor des Liechtenstein-Instituts. Gerade bei einem Kleinstaat wie Liechtenstein, dessen Existenz sich nur über die Geschichte erklären lässt, seien diese Geschichte so essenziell. Auch er betonte, dass die Bürger aus der Geschichte Identität schöpfen könnten. «Wichtig ist deshalb, dass die Geschichte gut aufgearbeitet ist und nicht irgendwelche My-

then bedient werden», so Frommelt. Die Digitalisierung biete den Forschern hier viele Vorteile – das Liechtenstein-Institut stellt seit mehreren Jahren eine grosse Mehrheit seiner Publikationen online zur Verfügung. Dabei gehe es nicht nur darum, Inhalte online zu publizieren, sondern auch mehrere Inhalte miteinander zu verknüpfen – so wie es auch beim Historischen Lexikon der Fall ist. Weitere Vorteile sind der weitestgehend kostenlose Zugang sowie die Möglichkeit die bestehenden Artikel immer wieder aktualisieren und mit neuen Informationen ergänzen zu können.

Die digitale Kommunikation habe aber auch ihre Schattenseiten. «Gesicherteres Wissen und fundierte Meinungen stehen heute blossen Geschwätz gleichberechtigt gegenüber», sagte Christian Frommelt. Das Historische Lexikon soll deshalb allen Suchenden eine zentrale Anlaufstelle bieten, die fundiertes Wissen zur Verfügung stellt. Die bei der Erstellung der Druckversion angewendeten Instrumente zur Qualitätssicherung würden auch bei der Online-Version weitergeführt. «Wir haben bereits ein Gremium aus Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland zusammengesetzt, das die Umsetzung der Online-Version begleiten soll», so Frommelt. Angedacht sei, dass alle Artikel immer von

mehreren Experten geprüft werden. Die künftige Aufgaben sieht Frommelt vor allem in der Aktualisierung der Artikel, aber auch das Historische Lexikon als Quelle der fundierten Wissenschaft publik zu machen. Ziel sei es, dass auch andere Plattformen wie etwa Wikipedia sich massgeblich am Lexikon orientieren.

Weitere Finanzierung noch unklar

So wie in den gedruckten Bänden sind auch online rund 2600 Artikel in fünf Kategorien (thematische, biografische, geografische Artikel sowie Dynastie- und Familienartikel) gegliedert. 500 Fotos sowie Grafiken, Karten, Filme und Tonaufnahmen ergänzen die Artikel. Finanziert wurde die Online-Ausgabe durch die Regierung sowie sechs Gemeinden, die das Projekt auch im nächsten Jahr noch unterstützen werden. Die weitere Finanzierung scheint allerdings nicht gesichert, wie Projektleiter Fabian Frommelt gestern Abend erklärte. Im Jahr 2016 habe das Liechtenstein-Institut eine Vereinbarung mit der Regierung abgeschlossen, um die Print-Version des Lexikons ins Internet zu stellen. Nicht Teil der Vereinbarung war damals allerdings die Finanzierung. «Das Thema wird uns nächstes Jahr nochmals beschäftigen», so Frommelt.

Das Historische Lexikon ist als selbst unter www.historisches-lexikon.li einsehbar.

Am 13. November 2018 konnte die Online-Plattform des Historischen Lexikons des Fürstentums Liechtenstein (eHLFL) erstmals der breiten Öffentlichkeit präsentiert werden. Fünfeinhalb Jahre nach Erscheinen des zweibändigen gedruckten Werkes liegt dieses umfassende Nachschlagewerk nun online (historisches-lexikon.li) vor.

Das Historische Lexikon ist ein umfassendes Nachschlagewerk zu wichtigen Ereignissen und Personen, geografischen Orten und relevanten Themen zu Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur, Naturraum und Politik Liechtensteins von der Urgeschichte bis zur Gegenwart.

Das Liechtenstein-Institut hat die gesamten Inhalte der Druckversion des HLFL digitalisiert, womit weltweit online auf fundierte, wissenschaftlich abgestützte Informationen zu Liechtenstein zugegriffen werden kann. Durch die Verlinkung mit weiteren Online-Informationsquellen dient das eHLFL als digitale Plattform zur liechtensteinischen Geschichte und Landeskunde. Ziel ist es, Textinhalte und Illustration laufend zu aktualisieren und zu erweitern.

Auszug aus der Ansprache von Regierungsrätin Aurelia Frick anlässlich der Präsentation des Historischen Lexikons online

«Als Kulturministerin und als Kulturbegeisterte ist es mir natürlich ein Anliegen, dass wir unseren Gästen aus dem Ausland und auch uns selbst unsere Geschichte näher bringen. Schliesslich ist es die Geschichte, welche die Identität des Landes und der Bevölkerung ausmacht. Sie formt das Land und die Bürgerinnen und Bürger immer wieder aufs Neue. Und genau deshalb sind das Historische Lexikon und die neue Online-Plattform so wichtig für Liechtenstein.

Ich bin überzeugt: Dieses Pionierwerk für das digitale Zeitalter erleichtert uns den Zugang zu neuem Wissen. Ich denke da unter anderem auch an unsere Schülerinnen und Schüler, die in der Schule heute nicht mehr nur aus Büchern lernen. Sie nutzen Tablets und Computer, um sich weiterzubilden. Da ist das eHLFL eine perfekte Ergänzung, die in den Unterricht eingebaut werden kann. Durch einen einfachen Zugang zu diversen Themen der liechtensteinischen Geschichte und zahlreichen Verlinkungen ist es möglich, sich in kurzer Zeit einen Überblick zu verschaffen. Dies gilt natürlich nicht nur für Schulen, sondern auch für Diskussionen am Familien- oder Stammtisch. (...)

An dieser Stelle ist ein Dank angebracht. Ein Dank an das Liechtenstein-Institut und all jene Personen, die in den vergangenen 30 Jahren Zeit und Arbeit in dieses umfangreiche und zeitaufwendige Projekt gesteckt haben! Sie haben dazu beigetragen, ein Bildungsgut, eine Kulturleistung und ein staatspolitisches Werk zu schaffen. Ein Werk, mit dem unser Land steht und fällt! Herzlichen Dank!»

KonSens – Konjunktureller Sammelindikator für Liechtensteins Volkswirtschaft

Das Liechtenstein-Institut hat von der liechtensteinischen Regierung eine Anschubfinanzierung für den konjunkturellen Sammelindikator KonSens erhalten. Die erste Publikation ist für August 2019 geplant. Andreas Brunhart gibt Auskunft über dieses neue Analysetool.

Was ist der KonSens?

Der KonSens ist ein gleichlaufender, konjunktureller Sammelindikator, der vierteljährlich 16 liechtensteinische Einzelindikatoren in sich vereint und mit statistischen Methoden zu einem gleichlaufenden Signal zusammenfasst und so zeitnah verschiedene – teils auch widersprüchliche – konjunkturelle Impulse zu einem einheitlichen Bild verbindet, indem er für jedes Quartal einen einzigen Datenpunkt als Indikator zur Konjunkturentwicklung generiert, der als Kapazitätsauslastung (Boom/Rezession etc.) der Gesamtwirtschaft interpretiert werden kann.

Woher kommt das Wort «KonSens»?

Zunächst einmal von der Vorstellung des Konjunkturzyklus als Konsens aus verschiedenen einzelnen konjunkturellen Impulsen. Dieser Ansatz, die Konjunkturdefinition nicht nur auf die BIP-Trendabweichung abzustellen, sondern auf eine gemeinsame Komponente vieler Einzelvariablen, geht auf die Konjunkturanalyse-Pioniere Burns und Mitchell in den 1940er-Jahren zurück («Business Cycle as a Consensus») und wird bis heute als wichtige Ergänzung zur BIP-Fixierung gesehen. Zudem dient das Wort «KonSens» als Abkürzung für «Konjunktur-Sensor».

Worin liegt der Nutzen dieses neuen Analyseinstruments?

Die Konjunktur- und Wachstumsanalyse ist ein wichtiger Bestandteil der volkswirtschaftlichen Forschung, deren Ergebnisse für Politik, Verwaltung (in Liechtenstein speziell für die Finanzmarktaufsicht), Unternehmen und Forschung von unmittelbarer Relevanz sind. Ziel der Konjunkturanalyse ist es, den kurzfristigen Konjunkturverlauf möglichst zutreffend und zeitnah zu beschreiben und zu erklären. Im Unterschied dazu widmet sich die Wachstumsanalyse der langfristigen volkswirtschaftlichen Entwicklung und macht so das Wachstum der gesamten Volkswirtschaft oder einzelner Segmente sichtbar. Für die Wirtschaftsanalyse und -politik ist es von grosser Bedeutung, möglichst genau und früh zu wissen, an welchem Punkt eines Konjunkturzyklus sich die Wirtschaft gerade befindet. Dies ist mit der momentan verfügbaren Datenbasis in Liechtenstein nur bedingt möglich, da beispielsweise das BIP erst mit über einem Jahr Verzögerung publiziert wird und zudem nicht unterjährig vorliegt. Da die einseitige Abstützung auf schweizerische Indikatoren nicht optimal ist (u.a. wegen dem Konjunkturverlauf Liechtensteins gegenüber der Schweiz), kann der KonSens hier eine grosse Lücke füllen.

Kann der KonSens auch über die liechtensteinischen Grenzen hinaus Interesse finden?

Der KonSens verbessert die konjunkturelle Analyse Liech-



*Andreas Brunhart:
«Der KonSens könnte auch für andere Klein(st)staaten, welche ähnliche Datenrestriktionen aufweisen, als Vorbild dienen.»*

tensteins und findet damit zum Beispiel Niederschlag im World Economic Survey des ifo-Forschungsinstitut, an dem das Liechtenstein-Institut zusammen mit Ökonomen aus über 100 Ländern teilnimmt. Ein zweites Beispiel ist der bereits angesprochene nachgewiesene konjunkturelle Verlauf Liechtensteins gegenüber der Schweiz. Dies kann für die Prognose der schweizerischen Volkswirtschaft wertvoll sein. Der KonSens könnte auch für andere Klein(st)staaten, welche ähnliche Datenrestriktionen aufweisen, oder für autonome Gebiete, subnationale Regionen und gar Städte als Vorbild dienen.

Wie wird der KonSens-Wert berechnet?

Nach der Selektion der geeigneten Daten und der Beseitigung von Datenlücken mit Interpolationsmethoden werden die Einzelindikatoren zeitreihenanalytischen Verfahren unterzogen. Die in Geld gemessenen Variablen werden preisbereinigt und jene, welche ein saisonales Muster aufweisen, saison-/kalenderbereinigt. Nach Bereinigung des langfristigen Wachstumstrends hat man schliesslich die konjunkturelle Komponente aller Einzelindikatoren isoliert, diese ist ja das Hauptinteresse des KonSens. Die Gewichtung, Normierung und Aggregation zum gemeinsamen KonSens-Wert findet dann per Hauptkomponentenanalyse statt. Dieser Wert liegt dann für das aktuelle und alle vorhergehende Quartale (1998–2019) vor. Die damit verbundenen aktuellen Dokumente und Daten werden dann kostenlos auf unserer Homepage zur Verfügung gestellt.

Sind im Zusammenhang mit dem KonSens noch weitere Forschungsaktivitäten geplant?

Auch wenn das Liechtenstein-Institut – vor allem seit Schliessung der Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein – zu Liechtensteins Konjunktur immer wieder einmal publiziert hat, möchten wir die angewandte Wirtschaftsanalyse ausbauen und eine unabhängige, systematische und nachhaltige Konjunktur- und Wachstumsanalyse für Liechtenstein auf regelmässiger Basis etablieren. Hierfür haben wir auch schon einige konkrete Tools geplant, die sich gegenseitig ergänzen. Die genaue Ausgestaltung hängt aber noch von der zukünftigen Finanzierung ab. Der KonSens liefert aber schon einen ersten, wichtigen Beitrag dazu, und das mit einem sehr guten Kosten-Nutzen-Verhältnis.

«Post-Brexit Europe»-Workshop



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung «Post-Brexit Europe» am Liechtenstein-Institut.

Am 25. Oktober 2018 fand am Liechtenstein-Institut im Rahmen des Jean-Monnet-Projekts «Post-Brexit Europe: Lessons from the European Economic Area (PELEEA)» ein interdisziplinärer Workshop statt. PELEEA ist ein zweijähriges Forschungsprojekt, welches das Liechtenstein-Institut zusammen mit den Universitäten Island, Oslo und Cambridge durchführt. Neben den Projektpartnern waren am Workshop auch die Universitäten Brügge, Bern, Zürich und Liechtenstein sowie die Stabsstelle EWR vertreten.

Der Austritt des Vereinigten Königreichs (VK) aus der Europäischen Union (EU) ist für die Mitglieder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz von grosser Relevanz. Im Workshop wurde thematisiert, wie die einzelnen Staaten den Brexit-Prozess koordinieren, welche rechtlichen und politischen Herausforderungen sich ihnen stellen und wie sich der Brexit auf sensible Politikfelder wie z. B. die Finanzdienstleistungen auswirken könnte.

Der Schwerpunkt des Workshops lag jedoch auf der Frage, welche Institutionen ein Abkommen über die zukünftigen Beziehungen zwischen dem VK und der EU umfassen könnte und welche Auswirkungen sich daraus auf das EWR-Abkommen ergeben könnten.

Analog zu den gegenwärtigen Verhandlungen zwischen dem VK und der EU waren auch die Verhandlungen über das EWR-Abkommen durch die Suche nach einem institutionellen Rahmen der gemeinsamen Beziehungen bestimmt. Die EFTA-Staaten wollten dabei eine zu starke politische Integration vermeiden. Zugleich bemühten sie sich um ein Mitspracherecht bei der Entscheidungsfindung für EWR-relevante EU-Regeln. Im Gegensatz dazu war die EU bestrebt, ein «Trittbrettfahren» und «Rosinenpicken» der EFTA-Staaten durch eine lediglich selektive Teilnahme am Binnenmarkt zu verhindern. Auch wollte die EU die Autonomie ihrer Prozesse sowie die Integrität der EU-Rechtsordnung schützen.

Nach mühsamen Verhandlungen einigten sich die EFTA-Staaten und die EU auf eine sogenannte Zwei-Pfeiler-Struktur. Diese umfasst einen Pfeiler mit EU-Institutionen und einen Pfeiler mit EFTA-Institutionen. Die Institutionen des EFTA-Pfeilers wurden extra für die Umsetzung und Administration des EWR-Abkommens geschaffen und sollen die Kompetenzen der Organe des EU-Pfeilers möglichst genau widerspiegeln. Die beiden Pfeiler sind durch mehrere gemeinsame Organe verbunden.

Die Zwei-Pfeiler-Struktur setzt voraus, dass interne EFTA-Angelegenheiten auch innerhalb des EFTA-Pfeilers geregelt werden. Damit soll die Souveränität der EWR/EFTA-Staaten gewährleistet werden. Dieses Prinzip ist für die EWR/EFTA-Staaten weiterhin handlungsleitend. Wo genau die in einem EU-Rechtsakt für die EU-Institutionen vorgesehenen Kompetenzen nach der Übernahme des entsprechenden Rechtsaktes in das EWR-Abkommen im EFTA-Pfeiler angesiedelt werden, ist jedoch oft Gegenstand langwieriger Verhandlungen zwischen der EU und den EWR/EFTA-Staaten. Mehrfach blieb die Entscheidungskompetenz dabei nur symbolisch innerhalb des EFTA-Pfeilers verankert, während faktisch die Entscheidung auch für die EWR/EFTA-Staaten durch die EU-Institutionen oder zumindest im engen Zusammenspiel zwischen EU- und EFTA-Institutionen gefällt werden. Dies unterstreicht, wie wichtig der EU die Integrität ihrer Rechtsordnung ist und dass für Drittstaaten eine umfassende Teilnahme am EU-Binnenmarkt im Endeffekt nur mit Einschränkungen der nationalstaatlichen Entscheidungsautonomie möglich ist.

Es ist nicht zu erwarten, dass die EU in den Verhandlungen mit dem VK stark von ihren bisher gegenüber Nicht-Mitgliedstaaten praktizierten Grundsätzen abweichen wird. Dennoch könnte der Brexit oder auch das institutionelle Abkommen Schweiz–EU für den EWR und seine Institutionen eine grosse Herausforderung darstellen. Das institutionelle Abkommen Schweiz–EU beispielsweise scheint der Schweiz sektoriell einen mit dem EWR vergleichbaren Marktzugang zu ermöglichen, ohne jedoch die Schweiz einer unabhängigen Überwachungsbehörde wie der EFTA-Überwachungsbehörde oder der Europäischen Kommission zu unterstellen.

Solche kleinen Unterschiede im institutionellen Setting eines Drittstaates mit der EU können sich negativ auf den Rückhalt des EWR in den EWR/EFTA-Staaten auswirken. Gerade in Norwegen und Island könnte der EWR künftig deshalb an Unterstützung verlieren, was sich zwangsläufig negativ auf dessen Funktionsweise auswirken würde. Im Workshop wurden deshalb auch Reformvorschläge für das EWR-Abkommen diskutiert. Diese sollen im nächsten Workshop in Reykjavik vertieft werden und zum Abschluss des Projekts zusammen mit weiteren Analysen zum Brexit und zum EWR-Abkommen in einem Sammelband publiziert werden.

Direkte Demokratie in Liechtenstein

Am 7. Februar 2019 wurde die Monografie «Direkte Demokratie in Liechtenstein – Entwicklung, Regelungen, Praxis» von Wilfried Marxer der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie ist als Band 60 in der Reihe «Liechtenstein Politische Schriften» des Verlags der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft erschienen. Wir haben dem Autor ein paar Fragen gestellt.

Was hat dich dazu bewogen, eine solche Monografie in Angriff zu nehmen?

Wilfried Marxer: Wir sind in der politikwissenschaftlichen Abteilung des Liechtenstein-Instituts immer bemüht, Forschungslücken zu schliessen. Wahlen, Parteien, Medien und viele weitere Elemente und Aspekte des politischen Systems sollen systematisch untersucht werden. Die direkte Demokratie ist ebenfalls ein Element, das eine gründliche Analyse verdient hat.

Gab es denn dazu noch keine Forschung?

Doch, schon. Martin Batliner ist in seiner Dissertation über die politischen Volksrechte 1991 darauf eingegangen, Waschkuhn 1994 in seiner Abhandlung über das politische System Liechtensteins. Diese Arbeiten liegen aber bereits mehr als 20 Jahre zurück. Auch andere Beiträge kann man dazu finden. Das Ziel bei meiner Publikation war, die gesamte Geschichte der direkten Demokratie, deren rechtliche Entwicklung, die Anwendung der verschiedenen Instrumente und deren Bedeutung im politischen Entscheidungsprozess möglichst vollumfänglich darzustellen. Entsprechend gross ist der Umfang des Buches.

Muss man sich vorstellen, dass sich der Autor in ein Kämmerlein zurückzieht, um dann irgendwann mit seinem Opus an die Öffentlichkeit zu treten?

Naja, das ist manchmal in der Schreibphase oder bestimmten Recherchephasen der Fall, dass man sich gerne etwas abkapselt. Andererseits steht man mit einem Forschungsthema meist in Kontakt mit einer internationalen Forschungscommunity. Bevor das Buch herausgekommen ist, hatte ich zahlreiche Einladungen zu Vorträgen, Seminaren, Kongressen und anderem an Universitäten im Ausland, woraus nicht selten Publikationen in Sammelbänden und anderes entstehen. Wenn man auf der Website des Liechtenstein-Instituts in der Rubrik «Direkte Demokratie, Volksabstimmungen» sucht, findet man 41 Einträge mit meinem Namen. Darunter sind auch Abstimmungsanalysen zu verschiedenen Volksabstimmungen in Liechtenstein seit den 2000er-Jahren. Die Monografie ist insofern ein Konzentrat mit zahlreichen zusätzlichen Elementen.

Projekt abgeschlossen – Deckel zu? Oder geht es mit der Forschung weiter?

Wir versuchen im Rahmen unserer beschränkten Ressourcen, so gut es geht, relevante Themen kontinuierlich weiterzubearbeiten. Direkte Demokratie gehört sicher dazu.

Sonderfall umfassend beleuchtet

Buchpräsentation Gestern Abend wurde Wilfried Marxers neues Werk «Direkte Demokratie in Liechtenstein» feierlich am Liechtenstein-Institut präsentiert. Damit gelingt Marxer einmal mehr ein Standardwerk über ein zentrales Kapitel Landespolitik.

Mit dieser «vierten» einer lang-jährigen Forschung» sein Mar- xer wiederum ein Meilenstein in der Forschung, so Emanuel Schäfer einleitend. Als Verleger der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft dürfte Schäfer nach diesem Jahr wieder ein umfassendes Nachschlagewerk präsentieren: Band 60 der «Liechtenstein Politische Schriften» kommt mit seinen über 560 Seiten nicht eben schick, dafür aber wiederum reichhaltiger daher. Wie Marxer im anschließenden Vortrag dankbar erklärte, «wie wenig er eigentlich die Kompetenz Mar- xer einleuchtend nicht möglich gewesen. Eine Befriedigung ist dann keine gegeben worden, oder die Kurzsichtigkeit, Vieles darf die der interessierte Leser über ein neues Nachschlagewerk zu ei- nem Standardwerk in unserem politischen System freuen.

Einige Monografie über direkte Demokratie Sucht man im Internet über Ma- raxer, findet man eine Reihe von Publikationen, die sich mit der direkten Demokratie in Liechtenstein befassen. Einmal mehr ein Standardwerk über ein zentrales Kapitel Landespolitik.

Buch ist dabei beinahefalls in nur vier Jahren entstanden. Viel mehr handelte es sich um eine fleissig- langjährige Forschung und Kooperationen. In verschiedenen internationalen Netzwerken konnten Marxer und das Liechtenstein-Institut mit anderen For- schenden aus aller Welt die Di- rekte Demokratie-Forschung mit- prägen. Seit Liechtenstein 1921 direktdemokratische Rechte er- hielt, hat es viele interessante Be- reiche der Politik gegeben. In an- deren Belangen ist es wiederum erst in der Folge des letzten Ver- fassungsjubiläum zu einem gewor- denen. Entsprechend Publikati- onen finden sich neben der Vor- stellung auf der Seite des Liech- tenstein-Instituts, wo einige der- seit 2002 mehr als 40 entsand- ten Beiträge zudem gratis zum Download zur Verfügung stehen.

Neben Einleitungen in die For- schungsgeschichte, darfst man sich auch einen Überblick über den Inhalt des Buches über die- sen Autor gewinnen. So ist die- ses Buch ein wertvolles Schat- trolchen für alle, die sich mit der direkten Demokratie in Liechtenstein be- fassen. Einmal mehr ein Stan- dardwerk über ein zentrales Ka- pitel Landespolitik.



Wilfried Marxer (Autor), Christian Frommert (Direktor Liechtenstein-Institut) und Emanuel Schäfer (Verleger) bei der gestrigen Buchpräsentation (v. l.).

schieden. Hier zeigt sich eine klare Tendenz hin zu einem ein- heitlicheren Abstimmungs- verfahren – während früher viele Differenz noch stark von Lan- desrecht beschränkt waren, sind sie mittlerweile eine gewisse An- gabe der politischen Entscheidung abzugeben. Die Grenze nach- dem Schweizer Verfassung ge- gangen, die das Darf- tigen sei, könnten eine mög- liche Erklärung für diese Tendenz sein – so eine augenscheinliche Massnahme.

So kontrovers die direkte De- mokratie quer durch politische Lager diskutiert wird, so viel An- erkennung geht von der aus. Die Idee einer direkten Abstim- mung am Gemeinwesen ist dabei ein so wie die Demo- kratie selbst. Um sie ab Stütze- reiche demokratische Kultur zu erhalten und ihrem viehe- schen Misbrauch durch De- magogen vorzubeugen, sind die Verordnungen der Schweiz un- zweifelhaft. Zu diesem Inhalt über die Demokratie in Liech- tenstein ist ein fundierter Bei- trag. (8)

Liechtensteiner Vaterland, 8. Februar 2019

Wie ist denn deren Bedeutung einzuschätzen?

Direkte Demokratie, also Volksabstimmungen aufgrund von Initiativen oder Referenden, werden international zunehmend als möglicher Weg zur stärkeren Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger, gegen Politikverdrossenheit und als praktische Alternative zu hilfloser Elitenkritik ins Feld geführt. Liechtenstein gehört zu einem der führenden Staaten der Welt in Bezug auf die direktdemokratischen Instrumente wie auch deren praktische Anwendung. Das macht den Fall also auch international interessant.

Der Fürst hat aber ein Sanktionsrecht. Ist das nicht ein Widerspruch?

Trotz der starken Stellung des Fürsten in der liechtensteini- schen Staatsordnung und den Aufgaben und Kompetenzen der Repräsentativorgane – Landtag und Regierung – kommt der direkten Demokratie eine starke Funktion zu. Das Volk kann direkt Impulse setzen, diese einmal die Notbremse betätigen. Ganz wichtig ist aber auch, dass die politischen Entscheidungen anderer Organe auf die Stimmung in der Bevölkerung Rücksicht nehmen müssen, wenn sie ein Referendum verhindern wollen. Direkte Demokratie führt direkt und indirekt dazu, dass das Volk ernst genommen werden muss. Das wird zunehmend auch in Staaten erkannt, die sich scheuen, solche Elemente in ihr politisches System aufzunehmen. Allerdings braucht es in der dualistischen Staatsordnung Liechtensteins sowohl das Volk, meist ver- treten durch den Landtag, wie auch den Fürsten, damit Ent- scheidungen zustande kommen.

Wilfried Marxer: Direkte Demokratie in Liechtenstein. Entwicklung, Regelungen, Praxis.

ISBN: 978-3-7211-1098-2. Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft, LPS 60, Bendern 2018.

Zu beziehen bei: www.buchzentrum.li

Themenschwerpunkte des Liechtenstein-Instituts

Die Forschung des **Fachbereichs Geschichte** fügt sich einerseits in die gängige Periodisierung der Geschichte ein und berücksichtigt andererseits die für Liechtenstein relevanten historischen Teildisziplinen. Während bisher der Schwerpunkt vor allem im Bereich der politischen Geschichte lag, sollen sich künftige Forschungsprojekte verstärkt auf den Bereich der Sozial- und Kulturgeschichte konzentrieren.



Der **Fachbereich Wirtschaft** untersucht die Volkswirtschaft Liechtensteins aus einer regional und international vergleichenden Perspektive. Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung konzentriert sich aktuell vor allem auf makroökonomische Fragen und damit die Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge (z. B. Konjunktur und Wachstum) und Grössen (z. B. Volkseinkommen oder Beschäftigung).

Im Zentrum der **politikwissenschaftlichen Forschung** stehen die Prozesse und Institutionen des politischen Systems Liechtenstein. Die politikwissenschaftliche Forschung ist dabei stets um internationale Vergleiche bemüht, insbesondere mit den Nachbarstaaten Liechtensteins, anderen Kleinstaaten oder den Partnern Liechtensteins in internationalen Organisationen.



Den Schwerpunkt der **rechtswissenschaftlichen Forschung** bildet das öffentliche Recht und damit das Verhältnis des Bürgers zum Staat sowie die Ausgestaltung der staatlichen Gewalt. Diese Fokussierung ermöglicht Forschung zu Themen wie Rechtsstaat, Demokratie, Menschenrechte, Verfassungsvergleichung, öffentliches Wirtschaftsrecht oder europäische und internationale Institutionen.

Projekte im Fachbereich Geschichte

Die Kaiserliche Administration der Reichsgrafschaft Vaduz und der Reichsherrschaft Schellenberg (1684–1699/1712). Herrschaft, Verwaltung, politische Kultur

Die rund dreissigjährige Periode vom Ende der Vaduzer Hexenprozesse 1680 bis zum Verkauf der Herrschaft Schellenberg (1699) und der Grafschaft Vaduz (1712) durch die Grafen von Hohenems an das Fürstenhaus Liechtenstein wurde bislang nicht vertieft untersucht. Sie war geprägt von der Zwangsverwaltung der beiden Herrschaften durch den kaiserlichen Kommissar Rupert von Bodman im Auftrag des Römisch-deutschen Reichs. Mit dem Ende der Herrschaft der Grafen von Hohenems und dem Übergang an das Haus Liechtenstein erfolgte in dieser Zeit eine wichtige Weichenstellung im Prozess der liechtensteinischen Staatsbildung.

Verantwortlich: Fabian Frommelt (Dissertation)

Die liechtensteinisch-schweizerischen Beziehungen seit den 1920er-Jahren

Seit sich Liechtenstein mit dem Abschluss des Zollvertrags im Jahr 1923 nach der Schweiz ausgerichtet hat, sind die beiden Länder eng miteinander verflochten. Dies nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch in der Gesetzgebung oder auch kulturell. Es wird verschiedenen Aspekten und Themen der ereignisreichen schweizerisch-liechtensteinischen Beziehungsgeschichte nachgegangen.

Verantwortlich: Martina Sochin D'Elia

Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein – Online-Lexikon

Das Historische Lexikon des Fürstentums Liechtenstein (HLFL) ist im Januar 2013 in zwei gedruckten Bänden erschienen. Das HLFL bündelt das geschichtliche Wissen über das Land und seine Menschen von den Anfängen bis zur Gegenwart in rund 2600 thematischen, biografischen und geografischen Artikeln. Dazu kommt eine Vielzahl an Tabellen, Grafiken, Karten und Stammtafeln. Das Lexikon enthält Sachartikel zu Themen aus Staat und Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, Kultur und Kirche, Natur und Umwelt.

Das Liechtenstein-Institut digitalisierte in den Jahren 2017 und 2018 sämtliche Inhalte des gedruckten Lexikons. Die digitale Version – das Historische Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL) – ging im November 2018 unter der Adresse <https://historisches-lexikon.li/> online. Sie wurde der Öffentlichkeit am 13. November 2018 im Kulturzentrum Gasometer in Triesen präsentiert. Die Artikel und Illustrationen werden laufend aktualisiert und erweitert.

Verantwortlich: Fabian Frommelt
Mitarbeit: Ruth Allgäuer

Migrationshistorische, integrationshistorische und flüchtlingspolitische Fragen, insbesondere zur Doppelten Staatsbürgerschaft

Tätigkeiten in diesem Bereich umfassen die Mitarbeit an Studien, an Expertennetzwerken sowie (Tagungs-)Publikationen, Vorträge und Bereitstellung von Informationen für internationale Organisationen.

Verantwortlich: Martina Sochin D'Elia

Religion und Kirche in Staat und Gesellschaft

Unter besonderer Berücksichtigung der Kirche–Staat-Diskussion in Liechtenstein seit 1997

Seit der Errichtung des Erzbistums Vaduz im Dezember 1997 haben sich in Liechtenstein die Diskussionen um eine Neuordnung des Verhältnisses von Kirche und Staat intensiviert. In mehreren Anläufen wurde versucht, eine Modernisierung des Staatskirchenrechts zu vollziehen. Die angezielten Reformen bedeuten insofern einen Paradigmenwechsel, als sich der Staat künftig «religionsneutral» verstehen will und eine paritätische Ordnung der Religionen im staatlichen Recht anstrebt. Das Forschungsprojekt untersucht diese Reformbemühungen in einer interdisziplinären Perspektive (Geschichte, Staatskirchenrecht, Religionssoziologie usw.).

Verantwortlich: Günther Boss

Projekte im Fachbereich Politik

Auswirkungen des Brexit auf Liechtenstein sowie den EWR

Am 23. Juni 2016 stimmte eine knappe Mehrheit der Stimmberechtigten des Vereinigten Königreichs für dessen Austritt aus der Europäischen Union (EU). Der sogenannte Brexit beschäftigt seither die europäische Politik und ist auch ein zentrales Thema in der politik- und rechtswissenschaftlichen Forschung. Im Rahmen des Projekts werden die Auswirkungen des Brexit auf Liechtenstein und den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) untersucht.

Für Liechtenstein geht es dabei einerseits darum, die bestehenden Beziehungen zum Vereinigten Königreich in einen neuen institutionellen Rahmen zu überführen und dabei deren materielle Substanz möglichst zu erhalten. Andererseits soll der Brexit nicht die Funktionsweise des EWR gefährden. Im Jahr 2018 erfolgten verschiedene Vorträge sowie die Publikation einzelner Gastkommentare zum Thema.

Verantwortlich: Christian Frommelt

Brexit and the EEA (Jean Monnet Project)

Als sich die Wähler im Vereinigten Königreich dafür entschieden, die Europäische Union zu verlassen, wurde die Neukonzeption der europäischen Integration schnell zu einer der dringlichsten politischen Herausforderungen unserer Zeit. Dieses Projekt soll einen wichtigen und zeitnahen Beitrag zu dieser Debatte leisten, der sich weitgehend auf die einzigartige und hochrelevante Erfahrung Islands, Liechtensteins und Norwegens stützt, die ihre Beziehungen zur EU über den EWR strukturiert haben. Das Jean-Monnet-Projekt wird aus dem Programm Erasmus+ finanziert und von der Universität Island in enger Zusammenarbeit mit der Universität Cambridge, der Universität Oslo und dem Liechtenstein-Institut geleitet. Im Jahr 2018 wurde in Oslo und in Bendern je ein Workshop durchgeführt.

Verantwortlich: Christian Frommelt

Direkte Demokratie in Liechtenstein

Die Monografie zur direkten Demokratie in Liechtenstein wurde Ende 2018 gedruckt. Sie ist im Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft in der Reihe «Liechtenstein Politische Schriften» erschienen. Parallel zu den Arbeiten an der Monografie wurden und werden Volksabstimmungen in Liechtenstein regelmässig mittels Abstimmungsumfragen wissenschaftlich begleitet. Im Jahr 2018 wurde zur Volksabstimmung vom 25. November über den Finanzbeschluss zur Durchführung der «Tour de Ski» in Liechtenstein in Zusammenarbeit mit dem Vaduzer Medienhaus eine Onlineumfrage durchgeführt und die Ergebnisse im LI Aktuell 1/2018 publiziert. Mit der internationalen For-

schungsgemeinschaft zur Direkten Demokratie bestehen enge Kontakte. 2018 wurde eine künftige Zusammenarbeit mit der «Swiss Democracy Foundation» zur Durchführung von Symposien über die direkte Demokratie, bevorzugt im Liechtenstein-Institut, provisorisch vereinbart.

Verantwortlich: Wilfried Marxer

EFTA-Studies.org

Die Website EFTA-Studies.org thematisiert die Integration der vier EFTA-Staaten Liechtenstein, Island, Norwegen und Schweiz in Europa. Durch den anstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU haben Integrationsmodelle ausserhalb der EU an Relevanz gewonnen. Umso wichtiger ist deshalb die Analyse der Institutionen und Prozesse, mit welchen die EFTA-Staaten am europäischen Integrationsprozess partizipieren.

EFTA-Studies.org soll Forschungsergebnisse zu den EFTA-Staaten einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen und den Austausch zwischen Forschern sowie Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft fördern. Die Website wurde vom Liechtenstein-Institut initiiert und soll sich schrittweise in ein Netzwerk mit verschiedenen Institutionen aus den EFTA-Staaten entwickeln. Im Jahr 2018 wurden das Konzept der Website erstellt sowie verschiedene Beiträge verfasst, die im Frühjahr 2019 auf der Website publiziert werden sollen.

Verantwortlich: Christian Frommelt

Funktionsweise der Prozesse und Institutionen des EWR sowie externer differenzierter Integration

Das Projekt analysiert die Funktionsweise der unterschiedlichen Integrationskonzepte der EFTA-Staaten Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz sowie der europäischen Mikrostaaten Andorra, Monaco und San Marino. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem EWR, welcher sowohl mit Blick auf die erfassten Politikbereiche als auch die institutionelle Zusammenarbeit die weitreichendste Form differenzierter Integration darstellt. Welche Politikfelder werden vom EWR abgedeckt? Welchen Einfluss haben die Verfahren und Institutionen des EWR auf dessen Funktionsweise? Und wie kann die Effizienz in der Verwaltung des EWR-Abkommens erhöht werden?

Das Projekt setzt die in der Dissertation «In Search of Effective Differentiated Integration: Lessons from the European Economic Area (EEA)» veröffentlichten Analysen fort und verknüpft sie mit aktuellen Fragestellungen insbesondere zu der institutionellen Zusammenarbeit der EWR/EFTA-Staaten und der EU sowie deren Auswirkungen auf die Souveränität der EWR/EFTA-Staaten und der Integrität des

EU-Rechts. Im Jahr 2018 erfolgten im Rahmen des Projekts verschiedene Vorträge und Gastkommentare. Auch wurde ein Beitrag für einen wissenschaftlichen Sammelband erstellt, welcher 2019 publiziert werden soll.

Verantwortlich: Christian Frommelt

Genderfragen

Auch 2018 war ein grosses Interesse an Genderfragen in Liechtenstein spürbar. Unter anderem erfolgten Vorträge im Rahmen von Veranstaltungen des Fachbereichs für Chancengleichheit des Amtes für Soziale Dienste sowie dem von Regierungsrätin Aurelia Frick initiierten Anlass zum Tag der Lohngleichheit. Neben der Vortragstätigkeit wurde an Publikationen und Projekten im Bereich Genderfragen gearbeitet. Diese sollen die durch das Liechtenstein-Institut im Auftrag der Regierung erstellte «Familienumfrage» vertiefen und ergänzen. In einem ersten Schritt wurde in einem Arbeitspapier, welches 2019 publiziert werden soll, Care-Arbeit in Liechtenstein insbesondere in Bezug auf die Unterschiede zwischen den Geschlechtern aufgearbeitet. Daneben wurden weitere künftige Forschungsprojekte im Bereich Genderfragen konzipiert und mit der Suche nach möglichen Projektpartnern begonnen.

Verantwortlich: Linda Märk-Rohrer

Governance im Kleinstaat – Eine vergleichende Analyse gesetzgeberischer Prozesse

Das Forschungsprojekt untersucht mit vorwiegend theoretischen und deskriptiv-analytischen Zielsetzungen Governance-Formen in kleinstaatlichen Gesetzgebungsprozessen am Beispiel Liechtensteins. Wichtige Forschungsfragen lauten: Wie laufen reale Gesetzgebungsprozesse im politischen System Liechtensteins ab? Wie lassen sich die entsprechenden Regelungsstrukturen mit Typologien der Governance-Forschung beschreiben und analysieren? Die empirische Untersuchung besteht unter anderem aus mündlichen und schriftlichen Expertenbefragungen, einer Auswertung des Landtagsdatensatzes des Liechtenstein-Instituts und einer Fallstudie zur Regierungs- und Verwaltungsreform.

Sebastian Wolf hat seit 2017 eine Professur an der MSB Medical School Berlin inne. Er wird das Forschungsprojekt extern im Laufe des Jahres 2019 abschliessen.

Verantwortlich: Sebastian Wolf

Handbuch: Das politische System Liechtensteins

2018 wurden die Arbeiten am Handbuch politisches System Liechtensteins in Angriff genommen. Das Konzept sieht

mehr als 20 Beiträge zu verschiedenen Aspekten des politischen Systems vor, welche von verschiedenen Autorinnen und Autoren bearbeitet werden. Die Beiträge der Autorinnen und Autoren sind bis zum Frühjahr 2019 einzureichen, der Druck erfolgt in der zweiten Jahreshälfte 2019. Mit dem deutschen Nomos-Verlag wurde 2018 bereits ein Herausgebervertrag abgeschlossen.

Verantwortlich: Wilfried Marxer, Christian Frommelt

Innerstaatliche Auswirkungen des europäischen Integrationsprozesses

Das Projekt analysiert die Auswirkungen des europäischen Integrationsprozesses auf die innerstaatlichen Prozesse. Im Zentrum des Forschungsprojekts stehen dabei die Auswirkungen der EWR- und Schengen-Mitgliedschaft Liechtensteins auf dessen Rechtsordnung, Parlamentsarbeit, Verwaltung und Wirtschaft. Wie und in welchem Umfang beeinflussen europäische Vorgaben das Handeln innerstaatlicher Politikakteure? Wie hoch ist die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit Liechtensteins von Europa? Welche Spielräume nationaler Regulierung bleiben bestehen? Welche Auswirkungen hat die EWR-Mitgliedschaft auf Schlüsselbereiche der liechtensteinischen Volkswirtschaft? Erste Ergebnisse zeigen einen sehr hohen Einfluss des EWR-Rechts auf die liechtensteinische Rechtsordnung. So verfügten in den letzten 15 Jahren durchschnittlich über 30 Prozent der im liechtensteinischen Landesgesetzblatt veröffentlichten Gesetze über einen EWR-Impuls. Die Untersuchungen zeigen auch, dass diese Gesetze im Landtag weniger stark diskutiert werden und mehr Zustimmung erhalten. Im Jahr 2018 wurde ein Länderbericht zu Liechtenstein in einem internationalen EWR-Kommentar veröffentlicht sowie ein Vortrag an der Universität Bergen gehalten.

Verantwortlich: Christian Frommelt

Integrating Diversity in the European Union

Die Europäische Union steht derzeit vor grossen Herausforderungen. Bei der Auseinandersetzung über die Zukunft der EU spielen dabei Überlegungen zu differenzierter Integration – also der unterschiedlich starken Teilnahme am europäischen Integrationsprozess – eine zentrale Rolle. Im Rahmen eines Horizon-2020-Programms erforscht das Liechtenstein-Institut zusammen mit 13 weiteren Forschungsinstituten die theoretischen Grundlagen differenzierter Integration ebenso wie die Funktionsweise und praktische Konsequenzen. Das Projekt startet 2019 und ist auf drei Jahre befristet. Im Jahr 2018 wurde der Förderantrag verfasst und erste Analysen aufgegleist.

Verantwortlich: Christian Frommelt

Interessenvermittlung in Liechtenstein

Im Projekt bezüglich der Interessenvermittlung Liechtensteins geht es um Grundlagenforschung, die aufdecken soll, welche Interessengruppen in Liechtenstein überhaupt existieren und wie diese in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Einfluss nehmen können. 2018 wurden die Expertengespräche, welche im Jahr zuvor geführt worden waren, ausgewertet und zusammen mit den Erkenntnissen aus der Analyse der Vernehmlassungen von 2002 bis 2017 in die Kapitel für das Handbuch zum politischen System Liechtensteins eingearbeitet. Die Liste aller in Liechtenstein organisierten Interessen, welche auf Grundlage von Einträgen im Branchenbuch, den beiden Tageszeitungen und den Gemeindehomepages angefertigt worden war, wurde überarbeitet und aktualisiert. Im Anschluss daran wurden die beiden Kapitel für das Handbuch zum politischen System verfasst: «Organisierte Interessen und Interessenvermittlung» sowie «Soziale Bewegungen und Zivilgesellschaft». Diese sollen Anfang 2019 überarbeitet und anschliessend im Handbuch zum politischen System veröffentlicht werden.

Verantwortlich: Linda Märk-Rohrer

Kleinstaatlichkeit und Europäische Integration

Die Zusammenarbeit der europäischen Staaten hat sich in den vergangenen Jahren stetig erweitert und vertieft. An diesem Trend konnten auch die jüngsten Krisen der Europäischen Union (EU) wie z. B. die Flüchtlingskrise oder die Euro- und Finanzkrise nichts ändern. Besonders kleine Staaten wie Liechtenstein stehen dabei vor einer grossen Herausforderung. Wie können sie trotz begrenzter Ressourcen gleichberechtigt mit den übrigen Staaten Europas am europäischen Integrationsprozess teilnehmen? Empirische Studien im Rahmen des Projekts zeigen dabei, dass die EU Liechtenstein zahlreiche Ausnahmen gewährte, welche sich vor allem mit der Kleinstaatlichkeit Liechtensteins erklären lassen. Umgekehrt verfügt Liechtenstein über diverse Verfahren und Strategien, welche dessen beschränkte Ressourcen kompensieren sollen. Im Jahr 2018 erfolgten keinerlei spezifische Aktivitäten zum Projekt.

Verantwortlich: Christian Frommelt

Der liechtensteinische Landtag

Im Zentrum des Forschungsprojekts steht die deskriptive Analyse der Tätigkeit des liechtensteinischen Landtages. Das Forschungsprojekt untersucht unter anderem, wie die einzelnen Landtagsabgeordneten abstimmen und welche parlamentarischen Instrumente sie nutzen. Wie geeint treten die einzelnen Fraktionen im liechtensteinischen Landtag auf? Von welcher Fraktion und welchen Abgeordneten wird am meisten Opposition ausgeübt?

Die Ergebnisse zeigen unter anderem eine aktive Nutzung der parlamentarischen Instrumente, wechselnde Koalitionsbildungen sowie eine stark selektive Politisierung der Landtagsgeschäfte, wonach sich die politische Debatte auf einzelne Geschäfte konzentriert, während die übrigen Geschäfte meist ohne grosse Opposition bzw. Diskussion verabschiedet werden. Im Rahmen des Forschungsprojekts wird ferner eine politische Landkarte Liechtensteins anhand verschiedener Dimensionen wie z. B. «links–rechts» sowie «konservativ–liberal» erstellt und die Position der einzelnen Abgeordneten auf dieser Landkarte ermittelt. Im Jahr 2018 wurde die Datenerhebung fortgesetzt und die aktuellen Ergebnisse im Rahmen der Vortragsreihe «100 Jahre Parteien in Liechtenstein» präsentiert.

Verantwortlich: Christian Frommelt

Liechtensteinische Migrationspolitik im europäischen Kontext

Das Forschungsprojekt thematisiert die europarechtlichen und europapolitischen Rahmenbedingungen der liechtensteinischen Migrationspolitik. Als einziger Staat im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ist Liechtenstein befugt, die Zuwanderung von EWR-Staatsangehörigen zu beschränken. Umgekehrt profitieren die liechtensteinischen Staatsangehörigen vollumfänglich vom freien Personenverkehr im EWR. Vor dem Hintergrund der derzeit in zahlreichen europäischen Staaten geführten Debatte über die Vor- und Nachteile des freien Personenverkehrs bedarf diese Sonderstellung Liechtensteins einer genauen Betrachtung. Dabei zeigt sich, dass die liechtensteinische Sonderlösung zahlreichen institutionellen Einschränkungen unterliegt, welche den Spielraum einer interessenbasierten Steuerung der Zuwanderung durch die liechtensteinische Regierung verringern. Im Jahr 2018 erfolgten keinerlei spezifische Aktivitäten zum Projekt.

Verantwortlich: Christian Frommelt

Manifesto

Der Datensatz zur Analyse von Wahlprogrammen bei Landtagswahlen wurden nach den Landtagswahlen von 2017 wiederum aktualisiert und die Resultate im Arbeitspapier Nr. 61 des Liechtenstein-Instituts veröffentlicht.

Verantwortlich: Wilfried Marxer, Christian Frommelt

Parteien

Die Parteienforschung gehört zu den Standardaufgaben des Liechtenstein-Instituts. Hundert Jahre nach der Gründung der ersten Parteien Liechtensteins im Jahr 1918 wurde eine Vortragsreihe durchgeführt (siehe unter «Veranstaltungen»).

gen»). Neuere Entwicklungen in der Parteienlandschaft im Jahr 2018 (Spaltung der Partei «Die Unabhängigen», Austritt von Johannes Kaiser aus der Fortschrittlichen Bürgerpartei) und die Parteienpositionierung vor den Gemeindewahlen im März 2019 haben zu zahlreichen Medienanfragen aus dem In- und Ausland geführt.

Verantwortlich: Wilfried Marxer, Christian Frommelt, Patricia Schiess

Politischer Parallelismus und normative Ansprüche an Öffentlichkeit – Fall Liechtenstein

Im Rahmen einer Dissertation unter der Leitung von Prof. Dr. Otfried Jarren, Universität Zürich, wird mittels einer quantitativen Inhaltsanalyse der Landtagsberichterstattung und Meinungsbeiträge der beiden Tageszeitungen Liechtensteiner Volksblatt und Liechtensteiner Vaterland für die Jahre 2006 und 2014 die politische Kommunikation über die politischen Akteure (Staatsoberhaupt, Regierung, Landtag, Parteien) untersucht.

Unter Verwendung des Konzeptes «politischer Parallelismus», welches die Verbindungen zwischen Politik und Medien in den Fokus rückt, werden die Resultate Aufschluss darüber geben, inwieweit sich die Parallelstrukturen zwischen den Tageszeitungen und den Volksparteien FBP und VU auf die politische Berichterstattung niederschlagen. Ob die beiden Tageszeitungen mit ihrer Berichterstattung über die Alltagspolitik demokratiethoretisch-normative Ansprüche erfüllen können, wird mit dem normativen Bezugsrahmen des repräsentativ-liberalen Öffentlichkeitsmodells geprüft.

Das Dissertationsprojekt konnte 2018 abgeschlossen werden.

Verantwortlich: Roman Büsser (Dissertation)

Post-Brexit Europe: Lessons from the European Economic Area (PELEEA)

When voters in the United Kingdom opted to leave the European Union, re-conceptualising European integration swiftly became one of the most pressing political challenges of our time. This project aims to make a significant and timely contribution to this debate drawing largely on the unique and highly relevant experience of Iceland, Liechtenstein and Norway who have structured their relations with the EU through the EEA.

The project is a Jean Monnet Activity funded by the EU's Erasmus+ programme. The project is led by the Institute of International Affairs at the University of Iceland and the Centre for Small State Studies working in close collaboration with ARENA, the University of Cambridge, and the Liechtenstein-Institut.

This two-year project will include workshops and events in Oslo, Liechtenstein, Cambridge and Reykjavik. The aim of the project is to publish a book which explores what it takes for non-member states to build a successful association model with the EU.

Verantwortlich: Christian Frommelt, Georges Baur

Wahlen und Wahlrecht

Die Gemeinderatswahlen vom 24. März 2019 wurden bereits gegen Ende 2018 zunehmend ein Thema des politischen Diskurses. Mehrere Medienanfragen bezogen sich auf die bevorstehenden Gemeinderatswahlen, wobei Fragen des Wahlmodus, der zunehmenden Parteienvielfalt und -konkurrenz, der Schwierigkeiten bei der Kandidatensuche, der teilweise überraschenden Zahl an Vorsteherkandidaten in einzelnen Gemeinden im Vordergrund standen. Zudem wurde eine Expertenteilnahme an der Sendung von Radio Liechtenstein am Wahlsonntag vereinbart.

Verantwortlich: Wilfried Marxer, Christian Frommelt

UN-Antirassismuskonvention

Unter der Leitung von Doris Angst (Schweiz) und Emma Lantschner (Österreich) ist die Herausgabe eines deutschsprachigen Kommentars zur Antirassismuskonvention der UNO (ICERD) im Nomos-Verlag geplant. Am 27. April 2018 fand eine Autorenkonferenz in Graz statt. Das Handbuch soll 2019 erscheinen. Neben der Kommentierung der einzelnen Artikel der Konvention sind Länderberichte zu Deutschland, Österreich, der Schweiz und Liechtenstein vorgesehen. Das Liechtenstein-Institut ist für den Länderbericht Liechtenstein zuständig.

Verantwortlich: Wilfried Marxer

Projekte im Fachbereich Recht

Die Dritte Gewalt zwischen Rechtsstaat und Demokratie

Nach welchen Kriterien und mit welchen Verfahren sollen Richterinnen und Richter (aus-)gewählt werden? Gerichte wachen über die korrekte Anwendung des Rechts und erfüllen so eine zentrale rechtsstaatliche Aufgabe. Sollten sie deshalb primär nach fachlichen Kriterien besetzt werden, oder müssen sie auch demokratisch legitimiert sein, da sie zunehmend auch über politische Fragen entscheiden?

Das Forschungsprojekt untersucht aus rechtsvergleicher Perspektive, welche Rückschlüsse richterliche Selektionsverfahren auf die zentralen Zielsetzungen und Werte einer Rechtsordnung erlauben. Dabei wird auch die besondere Situation der Justiz in Liechtenstein thematisiert, die sich zum einen auch auf externe Expertise stützt, zugleich aber das demokratische Element ebenfalls stark betont.

Verantwortlich: Lorenz Langer

Gemeinderecht

Im Nachgang zur Kommentierung der Bestimmungen über die Gemeinden im Online-Kommentar zur liechtensteinischen Verfassung werden weitere Rechtsfragen zu den Liechtensteiner Gemeinden erörtert. Daraus hervorgegangen ist im Jahr 2017 der Buchbeitrag «Die Kompetenzen der Gemeinden bei der Verleihung des Staatsbürgerrechts. Ein Rechtsvergleich zwischen Liechtenstein und der Schweiz» und ein Vortrag über die Situation der Gemeinden im Fürstentum Liechtenstein vor dem Fachausschuss für Rechtsangelegenheiten des österreichischen Städtebundes.

Verantwortlich: Patricia Schiess

Geschichte des liechtensteinischen Zivilprozessrechts

Unter der Herausgeberschaft von Univ.-Prof. Dr. Hubertus Schumacher befindet sich ein Handbuch zum liechtensteinischen Zivilprozessrecht in Ausarbeitung. Das Liechtenstein-Institut ist dabei für den historischen Teil des Handbuchs (Geschichte der liechtensteinischen Zivilprozessordnung) zuständig.

Verantwortlich: Emanuel Schädler

Das Homogenitätsprinzip in EU-Assoziationsverträgen

Das Homogenitätsprinzip ist wohl das wichtigste methodische Prinzip im EWR-Abkommen. Es soll sicherstellen, dass die Rechtsgestaltung und die Interpretation in dem um die drei EFTA-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen er-

weiterten Binnenmarkt so einheitlich wie möglich, also homogen, erfolgt.

In der Praxis hat sich herausgestellt, dass der Begriff der Homogenität alles andere als klar ist. Die Bandbreite erstreckt sich von einem Verständnis der Identität bis zu z.T. grossen Abweichungen. Dies widerspiegelt sich auch in der Rechtsprechung des EFTA-Gerichtshofs, welche hinsichtlich der Homogenität keineswegs einheitlich ist.

Ziel der Untersuchung ist es, den Begriff der Homogenität zu klären; eine dogmatische Grundlage zu erarbeiten; auf Grund dessen die Anwendung des Homogenitätsprinzips in der Praxis zu überprüfen und zu untersuchen, ob das Homogenitätsprinzip über das EWR-Abkommen hinaus auch auf andere (zukünftige) Assoziationsabkommen der EU mit Drittstaaten (Schweiz; Andorra/Monaco/San Marino; Vereinigtes Königreich) angewandt werden kann.

Verantwortlich: Georges Baur

Liechtenstein und das Völkerrecht

Durch die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, durch die Ratifikation von Staatsverträgen und durch vielfältige Formen der Zusammenarbeit mit seinen Nachbarstaaten ist Liechtenstein eingebunden in das immer dichter werdende Geflecht völkerrechtlicher Verbindlichkeiten. Aus rechtlicher Sicht stellt sich deshalb die Frage, wie die verschiedenen völkerrechtlichen Normen zu qualifizieren sind, welche Wirkungen die Empfehlungen und Stellungnahmen von Expertengremien wie GRECO, CEDAW und der Venedig-Kommission entfalten und wie weit die diesbezügliche Bindung des liechtensteinischen Gesetzgebers reicht. Solche Fragen stellen sich in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Rechts wie zum Beispiel bei der Organisation der Justiz oder im Zusammenhang mit dem Abschluss eines Konkordates mit dem Heiligen Stuhl.

Unter dem Themaschwerpunkt Völkerrecht werden am Liechtenstein-Institut für Liechtenstein relevante völkerrechtliche Fragestellungen analysiert, ebenso wie die völkerrechtlichen Implikationen der liechtensteinischen Rechtsordnung. Besondere Aufmerksamkeit liegt dabei auf dem Aspekt der Kleinstaatlichkeit und dem Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten.

Verantwortlich: Lorenz Langer

Liechtensteinisches Verwaltungsverfahrenrecht

Das Forschungsprojekt widmet sich aus wissenschaftlicher Sicht dem liechtensteinischen Verwaltungs(beschwerde)-verfahren. Einerseits bezweckt es, das geltende Landesverwaltungspflegegesetz (LVG) von 1922 zu beleuchten und insbesondere Hilfestellungen für den Umgang mit ihm in

der juristischen Praxis zu schaffen. Andererseits ist der Blick *de lege ferenda* auf die derzeit laufende Reform des liechtensteinischen Verwaltungsverfahrenrechts und deren (Zwischen-)Ergebnisse gerichtet.

Verantwortlich: Emanuel Schädler

SNF-Projekt «Staatsaufgaben im Kleinstaat»

Seit Herbst 2017 fördert der Schweizerische Nationalfonds SNF das Forschungsprojekt «Staatsaufgaben im Kleinstaat. Eine rechtsvergleichende Analyse für Liechtenstein». Es widmet sich der Frage, welche Aufgaben ein Staat zwingend wahrnehmen muss und weder an Private im Inland noch an Organisationen im Ausland abtreten darf.

Die beiden Dissertandinnen haben unterdessen ihr Thema näher eingekreist und an Doktorandenkolloquien an der Universität Zürich präsentiert. Im Zentrum von Sarah Schirmers Untersuchung stehen Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse, die von Privaten erbracht werden. Enya Steiner analysiert die Leistungsaufträge der öffentlichen Unternehmen aus dem Bereich Infrastruktur. In beiden Dissertationen spielt neben dem liechtensteinischen Recht das Europarecht eine grosse Rolle.

Zum vertieften Austausch folgten im November 2018 Univ.-Prof. Thomas Jaeger (Universität Wien), Prof. Matthias Oesch (Universität Zürich) und Prof. Andreas Stöckli (Universität Fribourg) einer Einladung ans Liechtenstein-Institut.

Verantwortlich: Patricia Schiess

Doktorandinnen: Sarah Schirmer, Enya Steiner

Verfassungskommentar (verfassung.li)

Das Projekt beinhaltet eine wissenschaftlich fundierte, Rechtsprechung und Literatur gleichermaßen umfassend darstellende Kommentierung der liechtensteinischen Verfassung, welche seit dem 15. März 2016 für jedermann kostenlos zugänglich als Online-Kommentar veröffentlicht ist. Das aus liechtensteinischen, schweizerischen und österreichischen Experten des Verfassungsrechts bestehende Begleitgremium hat im abgelaufenen Jahr zweimal getagt. Die Kommentierung der noch nicht analysierten Verfassungsartikel wird fortgesetzt und im Laufe des Jahres 2019 abgeschlossen.

Verantwortlich: Peter Bussjäger, Patricia Schiess

Mitarbeit: Lorenz Langer, Emanuel Schädler

Liechtenstein und die EMRK

Liechtenstein konnte 2018 40 Jahre Mitgliedschaft im Europarat feiern. Aus diesem Anlass veranstaltete die Regierung am 22. August 2018 ein gut besuchtes Seminar zum Thema

«Liechtenstein und die Europäische Menschenrechtskonvention». Das Liechtenstein-Institut war gleich mit zwei Referierenden vertreten. Die Vorträge wurden anschliessend in der liechtensteinischen Juristen-Zeitung veröffentlicht. Die vertiefte Beschäftigung mit der EMRK wird am Liechtenstein-Institut über das Seminar hinaus fortgesetzt.

Verantwortlich: Emanuel Schädler, Patricia Schiess

Kirchenrecht/Staatskirchenrecht

Die Untersuchung widmet sich den Kirchengebäuden der römisch-katholischen Landeskirche in Liechtenstein. Sie will deren Rechtslage im kanonischen sowie staatlichen Recht, insbesondere deren Berührungspunkte, darstellen und den Umgang mit dieser Rechtslage in der Praxis anhand von Beispielen prüfen.

Verantwortlich: Emanuel Schädler

Projekte im Fachbereich Wirtschaft

Europäische Kleinstaaten im internationalen ökonomischen Spannungsfeld

In Fortführung der bisherigen auf Liechtenstein bezogenen Forschung wird in diesem laufenden Projekt der Fokus auf Liechtenstein im internationalen Kontext gerichtet, indem andere Kleinstaaten Europas in die Forschungsfragen integriert werden. Dabei sind wirtschaftliche, institutionelle und politische Unterschiede (respektive Eigenheiten) von analytischer Interesse. In diesem Zusammenhang sind die Auswirkungen der Finanz- und Schuldenkrise von besonderer Relevanz.

Verantwortlich: Andreas Brunhart

Konjunkturchronologie

Es gibt zwar bereits verschiedene historische und ökonomische Untersuchungen des steilen Wachstums der liechtensteinischen Wirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg (und mittlerweile auch einige konjunkturanalytische Publikationen zu Liechtensteins Volkswirtschaft). Es fehlte jedoch bislang eine akribische Aufarbeitung kurzfristiger konjunktureller Einflüsse und Schocks entlang dieses langfristigen Wachstumspfad der letzten Jahrzehnte. Neben der statistischen Analyse von Zeitreihen der liechtensteinischen Volkswirtschaft soll in diesem Projekt vor allem eine wirtschaftsgeschichtliche, chronologische Aufbereitung im Vordergrund stehen. Dafür werden unzählige Quellen und Berichte aus den jeweiligen Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg bis heute gesichtet, ausgewertet und zu einem konjunkturellen Bild gebündelt. Dabei wird Liechtenstein auch im Kontext der internationalen konjunkturellen Fluktuationen betrachtet und es werden Vergleiche mit dem wirtschaftlichen Klima in den umliegenden Nachbarstaaten angestellt.

Verantwortlich: Andreas Brunhart

Konjunkturindikator KonSens

Der KonSens ist ein gleichlaufender, konjunktureller Sammelindikator («Konjunktursensor»), der vierteljährlich 16 liechtensteinische Einzelindikatoren in sich vereint und mit statistischen Methoden zu einem gleichlaufenden Signal zusammenfasst und so zeitnah verschiedene – teils auch widersprüchliche – konjunkturelle Signale zu einem einheitlichen Bild verbindet. Der Name «KonSens» spiegelt zum einen die Vorstellung des Konjunkturzyklus als Konsens aus verschiedenen einzelnen konjunkturellen Impulsen. Zum anderen ist der Name «KonSens» die Abkürzung für «Konjunktur-Sensor», also für einen Sammelindikator, der als Sensorium für die Konjunkturlage der liechtensteinischen Volkswirtschaft dienen soll. Eine solche Quartalszeitreihe kann als Kapazitätsauslastung (Boom/Rezession, Kontrak-

tion/Expansion etc.) der Gesamtwirtschaft interpretiert werden.

Das Liechtenstein-Institut hat von der liechtensteinischen Regierung eine Anschubfinanzierung für den KonSens erhalten. Die erste Publikation ist für August 2019 geplant (mit KonSens-Werten von 1999 bis 2. Quartal 2019).

Verantwortlich: Andreas Brunhart

Liechtensteins öffentliche Finanzen: Eine strukturell-analytische Betrachtung der Haushalte von Land, Gemeinden und Sozialversicherungen

In diesem Projekt werden umfassende Analysen der öffentlichen Finanzen Liechtensteins durchgeführt. Im Lichte der öffentlichen Sparanstrengungen werden mögliche Vor- und Nachteile verschiedener Instrumente zur stärkeren Finanzkontrolle untersucht.

Im Kontext dazu werden die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte im Hinblick auf die Trennung der strukturellen Komponente von konjunkturellen sowie transitorischen Einflüssen analysiert. In diesem Zusammenhang stehen vor allem das strukturelle Defizit und die Frage der nachhaltigen Finanzierung der öffentlichen Haushalte (Staat, Gemeinden, Sozialversicherungen) im Zentrum des Interesses. Dabei werden exogene Determinanten (z.B. die internationale Wirtschaftskrise) und endogene Einflussfaktoren (Wachstumsschwäche der liechtensteinischen Volkswirtschaft, Reform am Finanzplatz, Steuerreform, politische Sparanstrengungen) explizit miteinbezogen.

Verantwortlich: Andreas Brunhart

Wachstums- und Konjunkturanalyse

Die punktuelle, aber fortlaufende Wachstums- und Konjunkturanalyse wird seit 2013 als Daueraufgabe am Liechtenstein-Institut betrachtet. Dabei ergeben sich wegen der Kleinheit der liechtensteinischen Volkswirtschaft Synergien zum Forschungsbereich Kleinstaatenökonomie.

Verantwortlich: Andreas Brunhart

Auftragsstudien, Gutachten

Bildungsbericht

Das Liechtenstein-Institut hat vom Schulamt des Fürstentums Liechtenstein den Auftrag erhalten, analog dem Bildungsbericht Schweiz einen Bildungsbericht Liechtenstein zu erstellen. Der Bildungsbericht Liechtenstein soll parallel zum Bildungsbericht Schweiz und wie dieser im Vierjahresrhythmus erscheinen, da eine Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung geplant ist, die für die Schweiz alle bisherigen Bildungsberichte erarbeitet hat. Der 1. Bildungsbericht Liechtenstein wird demzufolge im Jahr 2022 veröffentlicht werden. Zuvor wird ein Pilotbericht erstellt werden, dessen Erscheinen für das Jahr 2020 vorgesehen ist.

Im Verlauf des Jahres 2018 wurde das Konzept des Pilotberichts und des darauf aufbauenden Bildungsberichts erstellt. Das Konzept sieht vor, dass der Pilotbericht den Monitoringteil des Bildungsberichts bildet, der das liechtensteinische Bildungssystem anhand der vorhandenen Bildungsdaten nach den Beurteilungskriterien Effektivität, Effizienz und Equity untersucht. Dabei werden Datenlücken offenbar, die nach und nach geschlossen werden sollen. Gemäss Konzeption soll der Bildungsbericht immer einen aktuellen und wo immer möglich verbesserten Bildungsmonitoringteil enthalten und je nach Umfang ein bis zwei Schwerpunktthemen. Die Schwerpunktthemen werden mit der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung und den in Liechtenstein verantwortlichen Bildungsinstitutionen abgestimmt.

Verantwortlich: Kristina Budimir

Doppelbürgerschaft: Hintergründe, Chancen, Risiken

Im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Migration (EKM) erstellten Joachim Blatter von der Universität Luzern, Michael Buess von Demoscope sowie Martina Sochin D'Elia vom Liechtenstein-Institut eine Studie zum Thema Doppelbürgerschaft in der Schweiz.

Bereits jede vierte Schweizerin und jeder vierte Schweizer im In- und Ausland hat mindestens eine weitere Staatsbürgerschaft. Immer mehr Menschen erlangen die Doppelbürgerschaft durch Geburt. Die Studie, die in den Jahren 2017 und 2018 erstellt und im Dezember 2018 der breiten Öffentlichkeit vorgestellt wurde, präsentiert erstmals einen umfassenden Überblick zur Entwicklung sowie zu den Chancen und Risiken von Doppelbürgerschaft in der Schweiz.

Verantwortlich: Martina Sochin D'Elia

Lohnunterschiede durch andere Faktoren erklärbar

Untersuchung Zum dritten Mal nahm das Liechtenstein-Institut die Löhne der Mitarbeitenden der Landesverwaltung unter die Lupe. Anhand der verfügbaren Lohndaten wurde keine Geschlechterdiskriminierung festgestellt. Trotzdem gibt es Verbesserungspotenzial.

«Wir sind nicht Wissenschaftler im Lohnunterschied zwischen Mann und Frau. Liechtenstein steht im europäischen Vergleich in der Mitte», führt Wilfried Marzer vom Liechtenstein-Institut an. In der jüngsten Präsentation der Ergebnisse der Lohnuntersuchung des Liechtenstein-Instituts über die Lohnsituation in der Landesverwaltung mit Informationen aus

Zölibium, Geschlecht, Lebensalter, Alter, Beschäftigungsdauer, Dienstverhältnis und natürlich zum Lohn. Die Verwaltung beruht aus 46 Einheiten, davon sind 19 Ämter. Laut Regierungschef Adrian Hasler könne der Lohnunterschied auf die oben genannten Faktoren zurückzuführen sein. «Wir freuen uns sehr über das Resultat der Lohnuntersuchung», erklärt Marzer.

Auch andere Unternehmen sind betroffen. Die Chancengleichheit, insbesondere die Gleichstellung von Mann und Frau, ist ein zentrales gesellschaftspolitisches Anliegen, erklärt Hasler. Mit der Untersuchung 2007 und 2012 zum dritten Mal in Auftrag gegeben. An der

Löhne der Landesverwaltung sollten auch andere Unternehmen in Liechtenstein anisiert werden, eine Untersuchung einzuleiten. «Der Aufwand für eine solche Analyse ist sehr unterschiedlich», erklärte Marzer.

Gleich Frauen ermutigen, sich zu bewerben. Das Fazit der Untersuchung zeigt klar auf, dass keine Diskriminierung aufgrund von Geschlecht feststellbar ist und dass der Lohnunterschied durch andere Faktoren erklärbar sei. «Primär sind die Gründe Lebensalter, Alter und Dienstverhältnis, so Marzer. Die Lohnunterschiede sind ein Indikator für die Gleichstellung von Mann und Frau. Die Unterschiede zwischen Mann und Frau sind abnehmend. Die Untersuchung von Frauen in höherem beruflichen Positionen ist aufschlussreich und da-

her geben es Differenzen im Medianlohn. «Wir möchten auch in Zukunft für Frauen ermöglichen, sich auf Führungsebenen bei der Landesverwaltung zu bewerben», betont der Regierungschef Hasler. Er wünscht sich, dass auch in Zukunft Lohnunterschiede bei der Landesverwaltung gemindert werden.

Nathalie Ragnozzi
steuert@liechtenstein.li

Jahr	Männer	Frauen	Unterschied (%)
2007	8028	6225	-22.3%
2012	8928	6941	-22.3%
2018	8792	7296	-17.7%

Quelle: Liechtenstein-Institut, Grafik: Katharina Hasler

Liechtensteiner Vaterland, 14. Dezember 2018

Jubiläum «300 Jahre Fürstentum Liechtenstein»

Im Auftrag von Liechtenstein Marketing erstellten Fabian Frommelt und Martina Sochin D'Elia das inhaltliche Konzept für den sogenannten Liechtenstein-Weg. Der Liechtenstein-Weg verläuft durch alle Gemeinden Liechtensteins und bietet an 136 Points of Interest historische Hintergrundinformationen zu Liechtenstein, die über die Llistory-App auf dem Smartphone sowohl in Textform wie auch in einer Audioversion abgerufen werden können. Jede der 136 Stationen hält einen bis drei Texte zur Geschichte Liechtensteins bereit. Im Jahr 2018 wurden die Texte und Illustrationen der App erarbeitet. Der Liechtenstein-Weg wird am 26. Mai 2019 eröffnet.

Verantwortlich: Fabian Frommelt, Martina Sochin D'Elia

Lohn(un)gleichheit in der Landesverwaltung

Nach 2007 und 2012 hat die Regierung wiederum den Auftrag zur Untersuchung der Lohnsituation in der Landesverwaltung erteilt. Es ging wie bei den vorangegangenen Studien darum, allfällige Lohndiskriminierung festzustellen. Die Studie zeigt, dass dies nicht der Fall ist, dass aber aufgrund unterschiedlicher beruflicher Positionen Frauen durchschnittlich dennoch deutlich weniger verdienen als Männer. Die Studie wurde gemeinsam mit Regierungschef Adrian Hasler am 13. Dezember 2018 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Verantwortlich: Wilfried Marzer

Medien und Medienförderung

Im Auftrag des Ministeriums für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport wurde 2018 eine Onlineumfrage zu den liechtensteinischen Medien und zur Medienförderung durch-

geführt. Dies beinhaltete einerseits die Befragung einer repräsentativ ausgewählten Stichprobe von 3000 Personen, andererseits eine offene Umfrage, die sich an die gesamte Wohnbevölkerung richtete. Die Studie wurde im Oktober 2018 abgeschlossen.

Verantwortlich: Wilfried Marxer

Menschenrechtsbericht

Seit dem Jahr 2010 wird im Auftrag der Regierung jeweils ein Statusbericht zu den Menschenrechten in Liechtenstein erstellt. Darin werden rund 100 Themen, die Bezug zu Menschenrechten haben, anhand von Zahlen und Fakten behandelt.

Verantwortlich: Wilfried Marxer, Patricia Hornich

Monitoring Extremismus

Seit dem Jahr 2011 wird jährlich im Auftrag der Regierung und der Gewaltschutzkommission ein Bericht über den Rechtsextremismus in Liechtenstein erstellt, seit 2016 generell über Extremismus. Der Bericht sammelt alle öffentlich zugänglichen Informationen über Aktivitäten der extremistischen Szene, sowohl Berichte in den Medien wie auch Flugblätter, Aktionen, Veranstaltungen oder Darstellungen im Internet. Ferner werden auch Aktionen von Behörden, Stellungnahmen und anderes im Bericht dokumentiert.

Verantwortlich: Wilfried Marxer

Studie Service-public-Unternehmen

Das Ministerium für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport erteilte dem Liechtenstein-Institut den Auftrag, eine Studie über sieben Service-public-Unternehmen, die dem Ministerium zugeordnet sind, zu erstellen. Die Studie wurde 2017 mit der Erhebung von Strukturdaten und Interviews mit Verantwortlichen der Unternehmen begonnen. Anfang 2018 folgte eine Online-Bevölkerungsumfrage. Die Studie wurde gemeinsam mit dem Minister für Wirtschaft, Infrastruktur und Sport, Daniel Risch, am 19. Juni 2018 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Verantwortlich: Wilfried Marxer; Mitarbeit: Roman Büsser

Studie Vereinbarkeit Familie und Beruf

Die bereits im Frühjahr 2017 von der Regierung bzw. dem Ministerium für Gesellschaft in Auftrag gegebene Studie über die Lage der Familien in Liechtenstein (Familienumfrage) wurde am 17. Mai 2018 gemeinsam mit Geschäftsminister Mauro Pedrazzini der Öffentlichkeit vorgestellt.

Volksblatt
Inland 3

Schwerpunkt Bevölkerungsumfrage «Service public»

Bevölkerung setzt auf Leistungen unter staatlicher Kontrolle

Umfrage In der Bevölkerung herrscht weitgehend die Meinung vor, dass Service-public-Leistungen von staatlichen Betreibern erbracht werden sollten. Dies ist die vielleicht wichtigste Erkenntnis der gestern vorgestellten Bevölkerungsumfrage.

VON HOLGER FRANGE

Die Angebote der Service-public-Unternehmen werden überwiegend als sehr wichtig für das Land eingeschätzt und deren Funktionen gilt als unabdingbar. Vonseiten von Verbänden und Interessengruppen wird die einheimische Kontrolle als wichtig erachtet. Versorgungssicherheit steht im Vordergrund. Konkurrenz zwischen verschiedenen Anbietern wird grundsätzlich mehrheitlich sowohl von der Bevölkerung wie auch von den Verbänden und Interessengruppen begrüßt, wobei sich je nach Bereich die Situation etwas anders darstellt. In der Frage von Zusatzleistungen zur eigentlichen Grundversorgung geben die Meinungen von einer Konkurrenzierung der Privatwirtschaft bis zu einem gewissen Mass an unternehmerischer Freiheit ebenfalls auseinander.

Nachgefragt
Wilfried Marxer: «Die Unternehmen können die Kritik nutzen»

VAZU Die Umfrage zu den öffentlichen Unternehmen liegt nun auf dem Tisch. Dabei ging es vor allem darum, Kritikpunkte in Erfahrung zu bringen. Wie damit umgegangen wird, ist nun allen Beteiligten gegeben haben, sich zu äussern.

«Vollkasko» Wie repräsentativ ist die Umfrage?

Auflagen wurden bereinigt
 Die Umfrage verlief in drei Untersuchungsphasen. Zunächst wurden Vertreter von Verbänden und Interessengruppen zu den sieben Unternehmen befragt.

Sie gaben über bestehende Beziehungen zu den Service-public-Unternehmen sowie über positive und negative Erfahrungen Auskunft, ebenso darüber, welche Herausforderungen sie für die betreffenden Unternehmen sehen und wie ihre Erwartungen ausfallen. Ausserdem wurde die gesellschaftliche Haltung zum Service public

Das Radio, das 100 Prozent erreicht, wurde nicht erfüllt»

WILFRIED MARXER Die Umfrage wurde in drei Phasen durchgeführt. Zunächst wurden Vertreter von Verbänden und Interessengruppen zu den sieben Service-public-Unternehmen befragt. Sie gaben über bestehende Beziehungen zu den Service-public-Unternehmen sowie über positive und negative Erfahrungen Auskunft, ebenso darüber, welche Herausforderungen sie für die betreffenden Unternehmen sehen und wie ihre Erwartungen ausfallen. Ausserdem wurde die gesellschaftliche Haltung zum Service public

Radio L polarisiert und die Telecom muss über die Bücher

Sorgen bei Radio L werden vor allem Finanzierungsprobleme gesehen. Die Telecom muss gleich mit mehreren Bausteinen kämpfen.

LGW und LWK
Wenig Beanstandungen

LIEmobil, Post und Liechtenstein Marketing
Gut, aber mit Verbesserungspotenzial

Radio L polarisiert und die Telecom muss über die Bücher

Sorgen bei Radio L werden vor allem Finanzierungsprobleme gesehen. Die Telecom muss gleich mit mehreren Bausteinen kämpfen.

LGW und LWK
Wenig Beanstandungen

LIEmobil, Post und Liechtenstein Marketing
Gut, aber mit Verbesserungspotenzial

gung und den Fokusgruppengesprächen in den Bericht zur Familienumfrage flossen, werden im Bereich Genderfragen weitere Publikationen mit Daten aus der Familienumfrage angestrebt.

Verantwortlich: Linda Märk-Rohrer, Wilfried Marxer

Wirtschafts- und Finanzdaten zu Liechtenstein

Das Liechtenstein-Institut hat im Auftrag der Regierung und in Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik und der Finanzmarktaufsicht Daten aus verschiedenen nationalen und internationalen Quellen aufbereitet und kommentiert. Ergänzt wurden diese durch Datenschätzungen aus der Forschung des Liechtenstein-Instituts. Die im Mai 2018 erstmals veröffentlichte Broschüre soll Mitarbeitenden von Regierung und Verwaltung für das Erstellen von Dossiers und Hintergrundinformationen zum Wirtschaftsstandort Liechtenstein dienen, liefert der Öffentlichkeit darüber hinaus einen einfach verständlichen Überblick zur Volkswirtschaft Liechtensteins und erspart somit mühsame Daten- und Informationssuchen. Sie bietet darüber hinaus kurze ökonomische Analysen der dargestellten Entwicklung, Erklärungen der Begriffe und Definitionen sowie einen zeitlichen und internationalen Vergleich.

Diese Zahlen und Einschätzungen sind auch in englischer Sprache verfügbar, womit eine wichtige Lücke geschlossen werden kann, welche bis anhin existierte für Interessenten aus dem Ausland (internationale Organisationen, ausländische Behörden, Ratingagenturen, Medien, Investoren, Forschende etc.). Der Bericht soll jährlich aktualisiert werden.

Verantwortlich: Andreas Brunhart, Christian Frommelt

Wo drückt Familien der Schuh?

Ergebnisse In einer umfassenden Befragung liess die Regierung junge Familien zu Wort kommen. Deren dabei aufgetauchte Bedürfnisse sollen der Politik als Grundlage für die künftige Familienpolitik dienen und wurden gestern präsentiert.

VON DANIELA FRITZ

Was wünschen sich junge Familien in Liechtenstein? Um dies herauszufinden, gab das Ministerium für Gesellschaft beim Liechtenstein-Institut eine Studie in Auftrag, die als Grundlage für die weitere Familienpolitik dienen soll. Die gestern im Eschner Gemeindefest präsentierten Ergebnisse zeigen einmal mehr, dass in Liechtenstein sehr unterschiedliche Familienmodelle gelebt werden und der Wahlreicht zwischen diesen eine hohe Bedeutung zukommt. Der Grossteil der 974 Teilnehmer zeigte sich mit der Betreuungssituation der Kinder zufrieden, wobei diese meist von den Frauen übernommen wird. Auch Grosseltern werden vielfach einbezogen, während ausserhäusliche Angebote eher dann genutzt werden, wenn sich keine private Lösung finden lässt. Allerdings gestaltet sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die meisten Eltern schwierig und erfordert oftmals Improvisationsgeist. Bemängelt wurde auch die fehlende Wertschätzung der Haus- und Familienarbeit, welche wenig überauschend meist von den Frauen gesteuert wird. Zudem zeigt die Umfrage, dass viele Eltern vor allem in den ersten Lebensjahren die Kinderbetreuung gerne selber in die Hand nehmen würden. Drei Viertel sprechen sich für einen längeren bezahlten Elternurlaub aus – wobei vor allem in Kauf nehmen würden.

Elternurlaub kreativer nutzen
Ein solcher wird hierzulande allerdings wohl nicht so bald Realität werden, wie die Diskussion im Eschner Gemeindefest zeigte. Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini gab auf die Frage eines Vertreters des Liechtensteiner Arbeitnehmerverbandes (LAVV) zu bedenken, dass in Liechtenstein deutlich weniger Geld vom Lohn abgezogen wird als im Ausland, was es längere Karenzenzeiten gibt. Er müsse ein Gleichgewicht von Geben und Nehmen herrschen. Ein längerer bezahlter Elternurlaub sei daher derzeit politisch kein realistisches Ziel. Pedrazzini wies aber auf die bereits existierende Möglichkeit des unbezahlten Elternurlaubs hin, der nicht nur am Stück konsumiert werden könne. «Wenn man mit den heutigen Methoden kreativ umgeht und noch eine gewisse finanzielle Unterstützung dazubringt, wären wir schon einen grossen Schritt weiter», versicherte der Regierungsrat auf eine Interpellationsbeantwortung. In dieser wurde eine Erhöhung und Staffelung des Kindergelds angedacht, mit welchem sich ein unbezahlter Elternurlaub finanzieren lassen sollte (das «Volksblatt» berichtete).

Tatsächlich wird die Möglichkeit des unbezahlten Elternurlaubs noch nicht voll ausgeschöpft, wie die Umfrage zeigt. Zwar nahen rund die Hälfte der befragten Männer diesen



Regierungsrat Mauro Pedrazzini mit den Autoren der Studie Wilfried Marxer und Linda Märk-Rohrer, bei der anschließenden Diskussion. (Foto: Michael Zanghellini)

in Anspruch, allerdings meist nur für wenige Tage. Dies vor allem deshalb, weil es die Arbeit nicht anders zugelassen hätte. Ein Aspekt, der auch in der Debatte am Donnerstagabend im Publikum kritisch hervorgehoben wurde. «Hier findet gerade ein Umdenken statt», zeigte sich Pedrazzini nicht zuletzt wegen des Fachkräftemangels überzeugt. Die gesetzlichen Voraussetzungen für den Elternurlaub seien jedenfalls vorhanden. Es brauche aber auch ein Entgegenkommen beider Seiten: Wenn sich vier Monate am Stück nicht beziehen lassen, wäre beispielsweise eine Reduzierung um 50 Prozent – dafür über acht Monate lang – oder eine jeweilige Verlängerung der Sommerferien ein möglicher Kompromiss zwischen Arbeitnehmer und -geber. «Wir lernen hier in der Gesellschaft erst den Umgang damit», erläuterte der Minister.

Fehlende Teilzeitalternativen
Seitens der Arbeitgeber herrsche allerdings oftmals wenig Verständnis für Familien, wurde von den befragten Familien bemängelt – insbesondere bezüglich rarere Teilzeitalternativen. Ein Knackpunkt, an dem der Gesetzgeber ansetzen müsse, sei die Ungewissheit, ob man den bisherigen Job in Teilzeit ausüben könne, meinte gestern auch eine Frau aus dem Publikum. Von Verpflichtungen jeglicher Art für die Arbeitgeber rief Mauro Pedrazzini allerdings ab, dann würden die Unternehmen abwandern. Die Firmen würden um Fachkräfte buhlen und sich dabei alle möglichen Arbeitszeitmodelle einfallen lassen. Dies werde von den Grossen zu den kleinen Unternehmen überschwappt. Wilfried Marxer, neben Linda Märk-Rohrer ein Autor der Studie, wies diesbezüglich auch auf die Ergebnisse hin: «Wir haben von den Teilnehmern immer wieder gehört, dass keine Massnahmen getroffen werden sollen, die dazu führen, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt noch mehr diskriminiert werden.»

Mehr zu den Ergebnissen auf Seite 5

Liechtensteiner Volksblatt, 18. Mai 2018

«Es fehlt an familienfreundlicher Kultur»

Umfrageergebnisse Die Befragung von fast 1000 Erziehungsberechtigten zeigt klar auf, dass in der Frage der Familienförderung auch eine Wertediskussion geführt werden muss. Kinder sind die Zukunft – doch wie viel ist dem Staat diese Zukunft wert?

Debbie Vogt
Umfrageergebnisse
Eigentlich war schon nach der Veröffentlichung der letzten «Familie und Beruf» der Wirtschaftsuniversität Zürich klar: Familien sollten selber entscheiden, welche Modelle sie bevorzugen. Egal ob beide Elternteile arbeiten, die Mutter zuhause bleibt, das Kind von den Grosseltern betreut wird oder die Eltern auf eine Kita angewiesen sind: Eine gewisse Wahlreichtum ist ein Kennzeichen moderner Gesellschaften. Und die Familienmodelle sollen gesellschaftlich anerkannt werden. Doch eine Umfrage des Liechtenstein-Instituts erweist besorgniserregend: Linda Märk-Rohrer und Wilfried Marxer haben 974 Online-Umfragefragen beantwortet und angegebene Präferenzen mit 12-er-Termschichten gefüllt. Das Interesse an Bildungsgewinn und Eltern hilft sich sehr engagiert und fast immer in mehreren Richtungen einbezieht.

«Gleichgewicht zwischen Geben und Nehmen finden»

Ja, Wünsche und Bedürfnisse werden nicht erfüllt. Die Politik letzten Endes dazu bereit

ist, diese umzusetzen, nicht auf andere Weise. Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini betont zu Recht: Es geht nicht um ein Gleichgewicht von Geben und Nehmen, sondern um die Möglichkeit, sich in der Familienpolitik nicht, aber auch nicht alle schicksalhaft, sondern selbstbestimmt, auf der Basis der eigenen Bedürfnisse zu entscheiden. Und dies ist ein Prozess, bei dem sich alle Beteiligten einbringen müssen, aber ganz klar bei der Familienarbeit eine zentrale Rolle spielen.

Eltern sitzen sich am «Ungleichgewicht»

Die Durchführung der Umfrage fand im vergangenen Herbst 2017 statt. Insgesamt wurden 5440 Erziehungsberechtigte in 2000 Familien befragt. Die Kinder, die befragt sind, haben im Durchschnitt 12,5 Jahre und sind zu 50 Prozent weiblich. 974 Fragebogen sind zurückgegeben, was ein sehr hohes und repräsentatives Rücklauf ist und auf ein grosses Interesse schliesst, sich im Familienleben zu engagieren.

Tatsächlich haben sich befragte Eltern teilweise internem eingeleitet, wie ein diskursiver Blick in den Bereich zur Familienumfrage zeigt. Nicht nur die Mutterverpflichtung, wie bei einem Drittel von ihnen Partnerfamilienangehörigen, sondern auch

Mauro Pedrazzini
Gesellschaftsminister

das sich Männer durchaus bewusst sind, dass sie nicht alleine die Verantwortung für die Familie

Kindbetreuung und Hausarbeit übernehmen. Das wichtigste Thema bei den gefüllten Fragebogen war, wie weitreichend die Wahlreichtum der verschiedenen Modellen herausgearbeitet werden sollte. Eine Wahlreichtum ist aber erst, wenn jede Kindbetreuungsoption gleichberechtigt zur Verfügung steht. Welche eine Form der Betreuung, nämlich die von Grosseltern, die andere hingegen nicht, sondern ein Ungleichgewicht, an dem sich viele Eltern, laut der Studie von Linda Märk-Rohrer und Wilfried Marxer, zu ärgern. Es werde als wichtig angesehen, zu akzeptieren, dass es ganz viele verschiedene Formen der Kinderbetreuung gebe und nicht die einzig Richtige. So brauche die Politik geeignete Förderungen, die ein anderes Modell wählen können. Aber es brauche eben auch von Seiten des Staates eine Gleichbehandlung der verschiedenen Modelle. Diese Gleichbehandlung sehen viele als noch nicht verwirklicht. «Hier sind wir gleich viel bei der Förderung haben: Eine Frau, die nicht arbeiten geht, und eine Frau, die den Haushalt macht, wenn diese gleiche Unterstützung bekommen. Das ist ein Ungleichgewicht», so Mauro Pedrazzini.

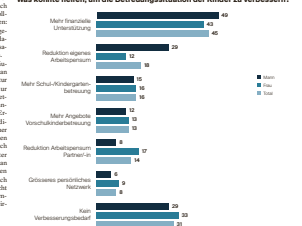
WWW.
Die vorliegende Umfrage finden Sie unter: liechtenstein-institut.li

Quelle: Liechtenstein-Institut



Wilfried Marxer, Autor der Studie, präsentiert die Ergebnisse. Bild: D. Schwaninger

Was könnte helfen, um die Betreuungssituation der Kinder zu verbessern?



Liechtensteiner Vaterland, 18. Mai 2018

Mitgliedschaft in Expertennetzwerken

Forschende des Liechtenstein-Instituts arbeiten in verschiedenen internationalen Expertennetzwerken mit. Bei direkt von der EU finanzierten Netzwerken finden öffentliche Ausschreibungen statt, bei denen die sich bewerbenden Konsortien für jeden Staat eine unabhängige Person mit akademischem Hintergrund benennen müssen. Dies betrifft die Mitgliedstaaten der EU, teilweise auch EWR- und weitere Staaten und somit auch Liechtenstein.

Bei manchen Netzwerken wird dabei das Liechtenstein-Institut als die geeignete Institution für den Länderfall Liechtenstein identifiziert. Die Entschädigung erfolgt aus Mitteln der EU. Die Experten müssen je nach Fragestellung und Themenschwerpunkten relevante Informationen über den betreffenden Staat, über Gesetzeslage, politische Entscheidungen und Massnahmen, statistische Daten etc. liefern.

Academic Network of Experts in the Field of Disability (ANED)

Das Akademische Netzwerk für europäische Behindertenpolitik (ANED) wurde im Dezember 2007 von der Europäischen Kommission eingerichtet. ANED unterstützt in Zusammenarbeit mit dem Referat «Eingliederung von Menschen mit Behinderungen» der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten in der Entwicklung von behindertenpolitischen Strategien durch unabhängige wissenschaftliche Beratung, Analyse und Information. Gleichfalls werden die Ziele der Behindertenpolitik der EU im Hinblick auf eine vollständige Integration und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen gefördert.

Das Liechtenstein-Institut ist seit 2012 Mitglied dieses Netzwerkes und nimmt durch sachverständige Berichterstattung zu spezifischen Entwicklungen und Themen Stellung. Die Leitung des Netzwerkes erfolgt durch Human European Consultancy in Zusammenarbeit mit dem Centre for Disability Studies der Universität Leeds.

2018 lagen die thematischen Prioritäten in Bereichen Gesundheit und Sozialschutz.

<http://www.disability-europe.net>

Verantwortlich: Wilfried Marxer, Patricia Hornich

Congress of Local and Regional Authorities

Die Gruppe unabhängiger Experten gründet auf der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung («European Charter of Local Self-Government») des Europarates und arbeitet für den Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates («Congress of Local and Regional Authorities»). Jeder Mitgliedsstaat ist mit einem unabhängigen Ex-

perten vertreten. Diese liefern regelmässig Länderberichte zu ausgewählten Themen. Das Expertentreffen 2018 fand am 20./21. September in Strassburg statt.

Verantwortlich: Wilfried Marxer

EUDO Citizenship

Seit dem Jahr 2009 sammelt das European Union Democracy Observatory on Citizenship Informationen zu Fragen der Bürgerschaft, der Einbürgerung sowie der relevanten Gesetzgebung in europäischen Ländern. Ziel ist es, Daten und Analysen bereitzustellen für Wissenschaft, Regierungen, internationale Organisationen und NGOs.

<http://www.eudo-citizenship.eu>

Verantwortlich: Martina Sochin D'Elia

European Equality Law Network

Die Hauptaufgabe des europäischen Netzwerkes von Rechtsexperten für Gleichstellung und Nichtdiskriminierung besteht darin, zuverlässige und sachkundige Informationen zur Unterstützung der Europäischen Kommission betreffend die Entwicklung beider Antidiskriminierungsrichtlinien (2000/43/EG, Antirassismusrichtlinie; 2000/78/EG, Beschäftigungsrichtlinie) bereitzustellen. Hierbei werden Analysen hinsichtlich der Auswirkungen regulatorischer Vorgaben auf die Praxis, einschliesslich des damit zusammenhängenden Fallrechts, sowie Empfehlungen zu den einschlägigen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten zur wirkungsvollen Bekämpfung von Diskriminierung erarbeitet.

Das Liechtenstein-Institut ist seit 2012 im europäischen Netzwerk unabhängiger Sachverständiger im Bereich der Nichtdiskriminierung tätig.

Das Netzwerk wird seit 2014 von Human European Consultancy, Migration Policy Group (MPG) und der Utrecht Universität im Auftrag der Europäischen Kommission betrieben.

<http://www.equalitylaw.eu/>

Verantwortlich: Wilfried Marxer, Patricia Hornich

European Social Policy Network (ESPN)

Das Europäische Netzwerk für Sozialpolitik (ESPN) wurde 2014 eingerichtet um der Europäischen Kommission unabhängige Informationen, Analysen und Fachkenntnisse über die Sozialpolitik zur Verfügung zu stellen. Eine wesentliche Aufgabe der ESPN ist die Unterstützung der Europäischen Kommission bei der Überwachung der nationalen Umsetzungsfortschritte der Mitgliedsstaaten in Bezug auf die vereinbarte «Europa 2020 Strategie».

Hierbei ist die Hauptaufgabe der ESPN-Mitglieder die Analyse und Auswertung des Prozessfortschritts der nationalen Strategien zu Sozialschutz und sozialer Eingliederung (bspw. Altersvorsorge, Arbeitslosigkeit etc.) gemäss den Zielvorgaben der «Europa 2020 Strategie». Das ESPN fungiert auch als Sekretariat des MISSOC (Mutual Information Systems on Social Protection).

2018 lag der thematische Fokus auf der Ausarbeitung von Lösungsansätzen in Bezug auf Fragen zum Zugang der nationalen Gesundheitsversorgung und der Langzeitpflege.

Im Zentrum des ESPN stehen Länderteams unabhängiger Experten für Sozialpolitik. Das Liechtenstein-Institut arbeitet seit 2014 aktiv im ESPN mit.

Die Leitung des Netzwerks erfolgt durch das Luxembourg Institute of Socio-Economic Research (LISER) und das unabhängige belgische Forschungsinstitut APPLICA in enger Zusammenarbeit mit dem European Social Observatory.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1135&langId=en>
Verantwortlich: Wilfried Marxer, Patricia Hornich

Eurydice

Eurydice ist ein Netzwerk für Bildungsinformationen der Europäischen Kommission, welches einen detaillierten Überblick über die unterschiedliche Bildungslandschaft Europas liefert. Da die europäische Kooperation im Bildungsbereich ebenso wie die Mobilität in Europa zunimmt, wird es immer wichtiger zu verstehen, wie die Bildungs- und Ausbildungssysteme unserer Nachbarn organisiert und aufgebaut sind. Detaillierte Beschreibungen und Übersichten über die einzelnen nationalen Bildungssysteme werden in Form einer europäischen Enzyklopädie zu nationalen Bildungssystemen auf der Eurydice-Homepage zur Verfügung gestellt. Diese sehr umfassende Darstellung kann länderweise oder themenspezifisch betrachtet werden.

Die Informationen zu den nationalen Bildungssystemen werden regelmässig durch die nationalen Eurydice-Stellen aktualisiert. Nach den festgelegten Kriterien wurde im Rahmen dieses Programmes eine erste umfassende Beschreibung des liechtensteinischen Bildungssystems vorgenommen, welche nun laufend ergänzt und überarbeitet wird.

http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/index_de.php
Verantwortlich: Barbara Schneider

Handbuch Politischer Journalismus

Unter der Projektleitung von Prof. Marlis Prinzing und Prof. Roger Blum ist die Herausgabe eines Handbuchs Politischer Journalismus geplant (Herbert von Halem-Verlag, Köln). Unter anderem sind dabei Darstellungen des politischen Journalismus in ausgewählten Ländern vorgesehen. Der Länder-

bericht Liechtenstein wurde im Oktober 2018 eingereicht. Der Zeitpunkt der Publikation steht noch nicht fest.

Verantwortlich: Wilfried Marxer

Jean-Monnet-Projekt «Kleinststaaten»

An einem Workshop in Strassburg wurde am 4. Oktober 2018 eine Projekteingabe für ein Jean-Monnet-Projekt über die europäischen Integrationsherausforderungen von Kleinststaaten vorbereitet. Am Projekt wollen sich Vertreterinnen und Vertreter von Universitäten und Forschungseinrichtungen aus Strassburg, Perpignan, Barcelona, Andorra, Island, San Marino und Liechtenstein beteiligen. Die Projekteingabe erfolgt im Februar 2019.

Verantwortlich: Wilfried Marxer

Vernetzungsgruppe «sichtwechsel»

Das Liechtenstein-Institut arbeitet in der Vernetzungsgruppe für Menschen mit Behinderung und Unterstützungsbedarf (sichtwechsel) aufgrund der Expertentätigkeit im Rahmen des EU-Netzwerks ANED mit.

Verantwortlich: Wilfried Marxer, Patricia Hornich

World Economic Survey (ifo-Institut)

Andreas Brunhart beteiligt sich seit Ende 2018 an der vierteljährlichen WES-Expertenumfrage des ifo-Instituts in München, an der über 1000 Ökonominnen und Ökonomen aus etwa 120 Ländern teilnehmen.

Verantwortlich: Andreas Brunhart

Dreijähriges Erasmus+-Projekt «Herausforderungen für Kleinstaaten»

Das Liechtenstein-Institut hat erfolgreich einen Antrag für ein Erasmus+-Projekt gestellt. Das Projekt dauert von September 2018 bis Ende August 2021 und trägt den Titel «Challenges to Democracy and Social Life in European Small States».

Am Projekt unter der Leitung des Liechtenstein-Instituts beteiligen sich Vertreterinnen und Vertreter von Universitäten aus Island, Estland, Luxemburg, Andorra, San Marino, Montenegro, Malta, Zypern sowie das Liechtenstein-Institut. Es ist geplant, zu verschiedenen aktuellen Fragen wie Migration und Flüchtlinge, europäische Integration, Souveränität, wirtschaftliche Entwicklung und regionale Kooperation, e-Governance und weiteren Themen Workshops durchzuführen und die Resultate für die Aus- und Weiterbildung an Hochschulen und in der Erwachsenenbildung aufzubereiten.

Verantwortlich für das Projekt vonseiten des Liechtenstein-Instituts ist Wilfried Marxer, je nach Thema werden weitere Forschungsbeauftragte des Liechtenstein-Instituts zu den Treffen beigezogen.

Partnerorganisationen

Andorra: Universität d'Andorra; Cristina Yáñez de Aldecoa

Cyprus: University of Nicosia; Nicos Trimikliniotis

Estonia: Ragnar Nurkse Department of Innovation and Governance, Tallinn University of Technology; Külli Sarapuu

Iceland: University of Iceland; Pia Hansson

Luxembourg: Université de Luxembourg; Anna-Lena Högenauer

Malta: Università ta Malta; Godfrey Baldacchino

Montenegro: Faculty of Political Science, University of Montenegro; Olivera Komar

San Marino: Università degli Studi della Repubblica di San Marino; Michele Chiaruzzi



Erasmus+-Projekt gestartet

Herausforderungen für Kleinstaaten Das Liechtenstein-Institut hat erfolgreich ein Projekt für eine strategische Partnerschaft im Rahmen des europäischen Bildungsprogramms Erasmus+ beantragt. Am 9. November fand das Auftakttreffen im Liechtenstein-Institut in Barenden statt.

Im auf drei Jahre angelegten Projekt «Challenges to Democracy and Social Life in European Small States» geht es darum, einen Informationsaustausch zwischen Akademikerinnen und Akademikern aus europäischen Kleinstaaten zu aktuellen Herausforderungen zu pflegen. Zu diesen Herausforderungen gehören Themen wie Migration, regionale Kooperation, wirtschaftliche Entwicklung, internationale Beziehungen, Bürgerbeteiligung. Dabei sollen geeignete Materialien für die Erwachsenenbildung, für Schulen und für generell interessierte Kreise erarbeitet werden.

Im ersten Treffen am 9. November ging es um Kennzahlen zu den beteiligten Kleinstaaten sowie die Hochschul- und Erwachsenenbildungslandschaft in den beteiligten Partnerstaaten. Cornelia Jäger von der Agentur



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Auftakttreffens im Liechtenstein-Institut in Barenden. Bild: pd

für internationale Bildungsangelegenheiten und Angelika Vonlanthen Biedermann von der Stiftung Erwachsenenbildung Liechtenstein gaben wertvolle Impulse aus Sicht der Administration sowie der Erwachsenenbildung. Das nächste Treffen widmet sich im April 2019 in Malta einerseits dem Themenbereich Migration und Flüchtlinge, andererseits den Regelungen der Staatsbürgerschaft in den einzelnen Kleinstaaten.

Ein wichtiges Traktandum ist bei den Treffen jeweils auch die Frage, wie der Kleinstaatenvergleich in geeignete Unterrichtsmaterialien transferiert werden kann. Als Verbreitungsinstrument dient dabei eine Projektwebseite, die im Aufbau ist. Diese Webseite soll künftig als Anlaufstelle und Kommunikationsplattform dienen, von der di-

daktisch aufbereitete Informationen über europäische Kleinstaaten «open access» bezogen werden können.

Beteiligte Projektpartner

Die Leitung des Projektes liegt beim Liechtenstein-Institut, die Projektleitung hat Wilfried Marxer inne. Neben Liechtenstein sind Island, Estland, Luxemburg, Andorra, San Marino, Montenegro, Malta und Zypern an der Partnerschaft beteiligt. (pd)

Infos unter www.liechtenstein-institut.li



Beiräte, Mandate, Kommissionen

Arbeitsgemeinschaft deutschsprachiger Portale zur Regionalgeschichte und Landeskunde

Das Internet hat sich als Präsentations- und Forschungsinstrument im historischen Bereich etabliert. Zahlreiche Institutionen, die im regional- bzw. landesgeschichtlichen oder landeskundlichen Bereich tätig sind, bieten zentrale Einstiegsseiten und spezielle Informationsangebote in Form von Internetportalen an. Die AG Regionalportale versteht sich als Plattform zum Wissenstransfer und zur weiteren Vernetzung dieser Web-Angebote. Das Historische Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL) wurde 2017 Mitglied. Es wird durch Fabian Frommelt vertreten.

www.ag-regionalportale.de

Arbeitskreis für interregionale Geschichte des mittleren Alpenraumes (AIGMA)

Der AIGMA ist eine grenzüberschreitende Kontaktgruppe kulturgeschichtlich tätiger Gesellschaften, Institutionen und Historiker im Raum Graubünden, St. Gallen, Vorarlberg und Liechtenstein. Das Liechtenstein-Institut wurde 2018 durch Martina Sochin D'Elia und Fabian Frommelt vertreten.

Am 17. November 2018 fand in St. Gallen die Tagung «Hüben & Drüben. Wirtschaft ohne Grenzen» statt. Die Tagung ging u.a. folgenden Fragen nach: Wie wirken sich Grenzen auf wirtschaftliches Handeln aus? Welche Formen von Grenzen der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit gibt es in feudalherrschaftlich organisierten Territorien?

www.aigma.net

Begleitgremium zum Projekt «Herrschaftsstrukturen im Wandel»

Seit Februar 2017 untersucht Dr. Stefan Frey im Auftrag des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein die Herrschafts- und Verwaltungsstrukturen im heute liechtensteinischen Gebiet im Spätmittelalter. Fabian Frommelt gehört dem Begleitgremium an.

DenkRaum Bodensee

Wilfried Marxer ist Mitglied im «DenkRaum Bodensee», einem unabhängiger Think Tank, der in interdisziplinärer Sichtweise Impulse für eine zukunftsfähige wirtschaftliche, räumliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung in der Bodenseeregion setzt. Ihm gehören Vertreter und Vertreterinnen der Universität St. Gallen, der Universität Konstanz, der Zeppelin Universität Friedrichshafen, der DHBW Ravensburg Friedrichshafen, des Vorarlberger Architekturinstituts und des Liechtenstein-Instituts an. 2018 fanden

Workshops und Veranstaltungen in Friedrichshafen, Konstanz und im Liechtenstein-Institut in Bendern statt.

Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein

Fabian Frommelt ist seit 2002 Vorstandsmitglied, seit 2005 stellvertretender Vereinsvorsitzender.

Initiative «mehr demokratie!»

Wilfried Marxer fungiert als Mitglied im Beirat der österreichischen Initiative «mehr demokratie!». Dies ist eine parteiunabhängige Initiative für eine Stärkung direkter Demokratie in Österreich.

Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg

Rupert Quaderer ist Mitglied der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg.

Liechtensteinisches Landesmuseum

Martina Sochin D'Elia ist Mitglied des Stiftungsrates.

Statistikkommission der Regierung

Andreas Brunhart ist seit Januar 2013 Mitglied.

Stiftung Heimat- und Familiengeschichte Triesenberg

Emanuel Schädler ist seit 1. Januar 2018 Mitglied im Stiftungsrat.

Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (LAG)

Viele wissenschaftliche Arbeiten von Forschenden des Liechtenstein-Instituts werden im Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft publiziert («Liechtenstein Politische Schriften» (LPS), «Kleine Schriften» (KS)). Emanuel Schädler ist seit 1. Januar 2016 Leiter des Verlags und betreut verschiedene umfassende Projekte in den beiden Publikationsreihen des LAG-Verlags.

Christian Frommelt hat als Direktor des Liechtenstein-Instituts von Amtes wegen Einsitz in der Verlagsleitung.

Veranstaltungen

Das Haus Liechtenstein und die Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg (13.3.2018)

Der tschechische Historiker Prof. Dr. Václav Horčíčka sprach über die Konfiskation des Eigentums des Hauses Liechtensteins und ihre Folgen. Im Zentrum des Vortrages standen die Ursachen und Zusammenhänge, die zur Konfiszierung des Eigentums des Hauses Liechtenstein im Jahre 1945 geführt haben.

Besondere Aufmerksamkeit fand die Position des Hauses Liechtenstein in der tschechischen Gesellschaft, sein Verhältnis zum tschechoslowakischen Staat und weiterhin nach dessen Auflösung durch Deutschland in den Jahren 1938/1939 zu den deutschen Besatzungsorganen.

Brexit und die Legitimitätskrise der EU: Können die EU und das Vereinigte Königreich etwas vom EWR lernen? (22.3.2018)

Christian Frommelt ging in seinem Vortrag der Frage nach, wie sich der Brexit auf die Funktionsweise des EWR auswirkt und welche Lehren sich aus dem EWR für die Suche nach einem geeigneten Modell für die Beziehungen zwischen der EU und UK ziehen lassen. Könnte ein solches Modell gar eine Alternative für den EWR bieten?

Vortragsreihe «1968 und Das Zittern in der Provinz» (April/Mai 2018)

Die «Chiffre» 1968 steht für studentischen Protest, Rufe nach Veränderung, für Demonstrationen, Aufbegehren gegen alte Ordnungen und Strukturen. Was in den Städten aufbrach und zu grossen gesellschaftspolitischen Erschütterungen führte, erreichte die Provinz als abgeschwächtes Zittern, gleichwohl mit nachhaltiger Wirkung. Die Vorträge zu 1968 und den Folgen beleuchteten dieses spezifische Spannungsfeld.

17.4.2018: Die 68er in Liechtenstein

Jürgen Schremser, Historiker (Mag. Phil.), Autor und Illustrator. Er veröffentlichte Beiträge zu Kultur- und Zeitgeschichte, unter anderem: ««I like Gerard» oder «Freddy for ever». 1968 in Liechtenstein», erschienen 2013 im Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein.

24.2.2018: Vom «metropolen Sein» zum «provinziellen Werden»

Die freischaffende Historikerin Heike Kempe, M.A., ist im süddeutschen Raum tätig und beschäftigt sich seit längerem mit den politischen, sozialen und kulturellen Aus- und Aufbrüchen in der Provinz seit den 1960er-Jahren.

Hi-Hi-Hinterwäldler?

68er Gestern referierte der Historiker Jürgen Schremser am Liechtenstein-Institut zum Titel «1968 und Das Zittern in der Provinz» über die 68er-Bewegung in Liechtenstein. Vaduz war nicht Berlin – doch auch hier passierte einiges.

Liechtenstein ist in den letzten Jahrzehnten bekanntlich nicht als Hort des Avantgardismus und der gesellschaftspolitischen Experimentierfreude in Erscheinung getreten. Während etwa im Nachbarland Österreich das Frauenstimmrecht 1918 eingeführt worden war, vollzog sich dieser Schritt in Liechtenstein im Jahre 1984. Gekämpft worden war dafür schon bedeutend früher und was Schremser eingehend schilderte, keineswegs zupfeiflich: In einer spontanen Kundgebung ihres Unmutes über den negativen Ausgang der Abstimmung über das Frauenstimmrecht 1971 stante so mancher Stammtischbruder, wie es nun auch schon in Vaduz tagung. Mit dem Slogan «Hi-Hi-Hinterwäldler» adressierende Protestierenden üben Unmut über das antiquierte Frauenbild ihrer Heimat.

Gewalttätige Attacken als Antwort auf Proteste
Die neuen Formen des Protests, die bei den Stammtischbrüdern noch Irritation ausgelöst hatten, führten bald zu handfesten Reaktionen. Bei einem Protestmarsch von Oberstufenschülerinnen des Gymnasiums etwa setzten die Protestierenden gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt gewesen. Historikerin Veronika Marxer, selbst aktiv an den Protesten beteiligt, spricht diesbezüglich von «extremistischen Frauenstimmrechtgegnern» – eine Formulierung, die für Männer, die öffentlich nicht vor körperlicher Gewalt gegen protestierende Schülerinnen (l) zurückweichen, kaum überzogen anmutet. Und das, weil junge Frauen die Gesellschaft, in der sie leben, aktiv mitgestalten und nicht länger schuldlos der Verfügung-



Jürgen Schremser zeichnete die Entwicklungen rund um die 68er-Bewegung in Liechtenstein nach. Bild: Toni Büchel

gewalt ihres Vaters oder Ehemannes unterliegen wollten.
Pflichterunterhaltung als Protest
Wie im Protest auf der «Strasse» als Aktionsraum – hatten Forderungen nach neuen Rechts- und Machtverhältnissen, neuen Geschlechterrollen und Lebensentwürfen auch in anderen Bereichen Fuss gefasst, so Schremser. Deutlich trat dies in der Pflichterunterhaltung in Vaduzer Rathaus vom 15. April 1968 zutage. Kurt Quaderer und Josef Biedermann traten als Herren Rot und Schwarz auf die Bühne und parodierten die eingespülte, immerwährende Schwarz-Rote Koalition. Eine zentrale Forderung auf dem Transparent und im gesprochenen Text dabei: Meinungsfreiheit! Auf Daudek richteten sie dem Ansager des Abends aus, dass jetzt «Schluss mit eurer programmierten freien Meinungslosigkeit».
Reibungsflächen mit Althergebrachten
Wie man aus den Forderungen der 68er-Bewegung und in dem momentanen Begegnungsausschuss, eines ist klar: Die selbstbewusste Jugendbewegung von damals brachte ein neues Selbstverständnis mit sich. Sie ebnete den Weg hin zu einem neuen Geist – einem Geist, der sich als mündiges politisches Subjekt und damit als verantwortlicher Teil einer Gesellschaft versteht. Ein Geist, der Dinge nicht einfach hinnimmt, sondern des Hinterfragens und wenn nötig des Protestes. Diese Selbstermächtigung, dieses Gefühl, etwas, ja die Welt verändern zu können, das damals an den starren durchhierarchisierten Strukturen gekratzt hat, dafür auch 68. Heroldende erkaum abgegendie Gesamtgesellschaft gesicherter Mass in Entscheidung – vielmehr wurde gefordert, ernst genommen zu werden, mitgestaltet zu dürfen, als vollwertiger Teil der Gesellschaft anerkannt zu werden.
Etwa sechs wussten und seit den 60ern. Etwas wurde neu geregelt, anderes scheint noch immer überholt. Im Landungssternbarte 4 statt 2 Parteien. Und doch scheint Liechtenstein noch nicht im Geiste einer in Schremserns Worten «Veränderung als kulturelle Normalität» angekommen zu sein. Geschweige denn die Veränderung als demokratischen Anspruch anzufordern. (H)

Liechtensteiner Vaterland, 18. April 2018

15.5.2018: Die 68er-Bewegung in Graubünden – Erinnerungen und Erlebnisse

Dr. iur. Werner Caviezel war in den «wilden 1968er-Jahren» politisch sehr aktiv, vor allem in Graubünden: in der Studentenpolitik, in der ausserparlamentarischen Opposition, aber auch in der Sozialdemokratischen Partei und in der Gewerkschaft, im Mieterverband, in Umweltschutzorganisationen sowie als Parlamentarier und Richter.

30.5.2018: Wie sich das Flüchtige verfestigt und das Feste verflüchtigt: Narrative der 1968er

Prof. Dr. Roy Sommer, Professor für Anglistische Literatur-, Kultur- und Medienwissenschaft an der Bergischen Universität Wuppertal (BUW). Zu seinen Forschungsinteressen zählen kulturwissenschaftliche Ansätze der Literatur- und Erzähltheorie, narrative Formen in literarischen und politischen Diskursen der Gegenwart sowie der transdisziplinäre Wissenstransfer.

Liechtensteins Medienlandschaft im Wandel (19.4.2018)

Massenmedien wie Presse, Radio und Fernsehen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Funktionieren der Demokratie. Die Medienlandschaft befindet sich in einem steten Wandel, welcher sowohl Printmedien als auch Radio wiederholt vor grosse marktwirtschaftliche und journalistische Herausforderungen stellt. Die Veranstaltung thematisierte die Rolle der Medien im politischen System Liechtensteins und die Herausforderungen, welche sich den liechtensteinischen Medien aktuell stellen.

Nach einem Impulsreferat von Wilfried Marxer zu den Entwicklungslinien im liechtensteinischen Mediensystem stell-

te Reinhard Walser einige Thesen zur Zukunft der liechtensteinischen Medien auf.

In der anschliessenden Diskussion stellten sich Martin Frommelt (Radio L), Doris Quaderer (Liechtensteiner Volksblatt), Patrik Schädler (Liechtensteiner Vaterland), Reinhard Walser und Wilfried Marxer den Fragen von Christian Frommelt.

Plattformen mit zeitbasierten Währungen und andere Märkte mit unflexiblen Preisen (6.6.2018)

Prof. Dr. Berno Büchel, Professor für Mikroökonomie an der Universität Fribourg

Ausgehend von Tauschbörsen für Waren (z.B. BookMooch, GuessttoGuest) untersucht der Referent das Gleichgewicht auf Tauschbörsen für Dienstleistungen.

Das Wirtschaftspolitische Seminar Alpenrhein ist eine Kooperation zwischen dem Liechtenstein-Institut und der HTW Chur.

Nachbar Ständestaat – Der Umgang liechtensteinischer Parteien mit dem austrofaschistischen «Ständestaat» (19.6.2018)

Elias Quaderer präsentierte im Rahmen dieses Referats seine Bachelorarbeit, die an der Universität Zürich entstand.

Verhaltensökonomie nutzbar machen – Einblicke in die österreichische «Nudge-Unit» (23.10.2018)

Dr. Axel Sonntag, Insight Austria – Competence Center for Behavioral Economics, Institut für Höhere Studien, Wien

Das Wirtschaftspolitische Seminar Alpenrhein ist eine Kooperation zwischen dem Liechtenstein-Institut und der HTW Chur.

Umbruch und Aufbruch 1918/19 (8.11.2018)

Das Ende des Ersten Weltkriegs zog in Europa tiefgreifende Umbrüche nach sich. Das Naheverhältnis Liechtensteins zu Österreich endete und ermöglichte in beiden Ländern den Aufbruch zur eigenständigen Rechts- und Verfassungsentwicklung. Im Rahmen dieser in Kooperation mit der Privaten Universität Liechtenstein (UFL) durchgeführten Veranstaltung sprach Prof. Dr. DDr. h.c. Wilhelm Brauneder zum Thema «Österreich: Eine Neugründung vor dem Untergang» und Dr. Rupert Quaderer zum Thema «Liechtenstein: Innen- und aussenpolitische Wegsuche nach 1918».



Die Diskussionsrunde (von links: Martin Frommelt (Radio L), Patrik Schädler (Vaterland), Doris Quaderer (Volksblatt), Moderator Christian Frommelt sowie Wilfried Marxer vom Liechtenstein-Institut und Reinhard Walser. Foto: Paul Wunderlin)

Marxer: «Ich vermisse die Schnüffelnase der Journalisten»

Diskussion Die Medienlandschaft ist im Wandel. Nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Liechtenstein. Sinkende Abonnenten-, Hörer- und Werbezahlen stellen auch vor die Frage, was Journalismus soll und kann.

VON SEBASTIAN ALBRICH

Was ist die Kritik an der Politik betreffend, so würde in der Wahrnehmung der Bevölkerung sogar nur das Parteiblätterschimpfen, die Versuche, die Themen aller Parteien einzuholen. «Auch wenn man uns Parteiblätterschimpfen, die Versuche, die Themen aller Parteien einzuholen.»

DORIS QUADERER

WOLFGANG WÄLDEL

der Beitrag zur Meinungsbildung der Bevölkerung geboten. Die Qualität sei hierzulande zwar gut, doch gerade bei der kritischen, investigativen Recherche würde sich Marxer von liechtensteinischen Medien mehr wünschen. «Ich vermisse etwas die Schnüffelnase der Journalisten», erklärt er. Reinhard Walser, der ehemalige Geschäftsführer des Vaduzer Medienhauses, spricht Radio, Tageszeitungen und TV hierzulande die Erfüllung ihrer demokratischen Aufgaben generell ab. Auch da die Politik in den Medien immer wieder Einfluss nehme. Was die Kritik an der Politik betreffend, so würde in der Wahrnehmung der Bevölkerung sogar nur das Parteiblätterschimpfen, die Versuche, die Themen aller Parteien einzuholen. «Auch wenn man uns Parteiblätterschimpfen, die Versuche, die Themen aller Parteien einzuholen.»

hoch auf die Kontrollfunktion des Radios. Er wehrt sich zudem vehement gegen den Vorwurf der politischen Einflussnahme aufs Programm. Auch dem Radio würden immer wieder Gerüchte gesteckt und diese würden nicht aufgrund von Einflussnahme fallen gelassen. Vielmehr würden diese, wenn man beide Seiten befragt, oft einfach verpuffen. Hier unterscheiden man sich beispielsweise auch von «hoi DE», führt wiederum «Volksblatt-Chefredaktorin Doris Quaderer mit Blick auf die Recherche aus, denn für jeden Fehler müsse das Medium auch geradestehen. Sie könne nicht einfach nur Behauptungen und Gerüchte in den Raum stellen, sondern müsse sich auf gesicherte Quellen berufen und bei den Betroffenen nachfragen. Hierin liege auch ein weiterer Aspekt der journalistischen Qualität: Die Ausgewogenheit. «Auch wenn man uns Parteiblätterschimpfen, versuchen wir bei den Themen immer die Meinungen aller Parteien einzuholen, so Quaderer. Diese Recherchearbeiten brauchen jedoch auch Zeit, wie Martin Frommelt weiss und diese werden in Zeiten schnellleibiger, digitaler Medien immer knapper. Hinzu kommt der wirtschaftliche Druck. «Wir müssen mit weniger Fördergeldern und weniger Werbestimmen mehr Leistung erbringen», so Patrick Schädler, Chefredaktor des «Vaterlands».

Ökonomie und Verantwortung

Hier sieht Marxer wiederum auch einen Faktor für den Mangel an grossen kritischen Themen. Es fehle an Ressourcen. Ein grosser guter Artikel bringe nun mal keine 100 zusätzlichen Abonnenten, argumentiert er. «Man verliere sich zwei», wirft Schädler daraufhin ein und spricht dabei auch einen weiteren kritischen

Punkt an. Denn auch wenn alle die starke politische Einflussnahme verneinen, sieht es auf der Unternehmensebene anders aus. Ein kritischer Artikel könne hier Inzertatekosten, was gerade in diesen schwierigen Zeiten zusätzlich schmerzt. Die finanzielle Lage beeinflusst somit auch stark die journalistische Qualität. Eine Pensionslösung, wie dieser Druck gelindert werden kann, hat jedoch noch kein Medium gefunden – und das nicht nur in Liechtenstein. Zwar setze man verstärkt auf Digitalisierung, doch fehle es hier an einem Normmarktsegment, vor allem da die digitalen Werbeeinnahmen eher spärlich sind. Aktuell würden bei allen Medien die Online-Auftritte via Printzeitung finanziert.

Eine Zeitung?

Für Frommelt stehen die Zeichen in Zukunft auf jeden Fall auf verstärkte Konzentration und engere Zusammenarbeit. Der Idee einer einzigen Landeszeitung stehen die Chefredakteure von «Volksblatt» und «Vaterland» jedoch durchaus kritisch gegenüber. Konkret sei wichtig, denn der Wettbewerbgedanke sowie die gegenseitige Kontrolle würden auch das Tempo hoch halten. Aus wirtschaftlicher Sicht würde eine Monopolstellung wiederum die Position gegenüber den Anzeigekunden stärken, so die Abwägung. Wobin es gehe, werde schliesslich jedoch der Markt entscheiden, mahnt Marxer. Es könne durchaus sein, dass es künftig nur noch eine Zeitung gebe. Auch sei er auf jeden Fall gespannt, wie die Antworten der Regierung auf die aktuell zu behandelnden Postulate und Anfragen zur Medienlandschaft und -förderung ausfallen werden.

Die ganze Diskussionsrunde kann auch [facebook.com/volksblatt](https://www.facebook.com/volksblatt) nachgesehen werden.

Liechtensteiner Volksblatt, 20. April 2018

Vortragsreihe «100 Jahre Parteien in Liechtenstein» (November 2018)

1918 wurden die ersten beiden Parteien Liechtensteins gegründet: die Christlich-Soziale Volkspartei und die Fortschrittliche Bürgerpartei. Sie dominierten jahrzehntelang das politische Geschehen. Erst 1993 konnte die Freie Liste neben den beiden Grossparteien Landtagsmandate erobern. 2013 waren erstmals vier Parteien im Landtag vertreten. Das Jubiläum war ein Anlass, um auf die Parteiengeschichte und die aktuelle Situation einzugehen.

6.11.2018: Geschichte der liechtensteinischen Parteien

Wilfried Marxer | Der Vortrag beleuchtete die Entwicklung der Parteienlandschaft seit der Gründung der ersten Parteien 1918. Im internationalen Vergleich erfolgten die Parteigründungen in Liechtenstein spät. In den 1920er-Jahren waren die Christlich-soziale Volkspartei und die Fortschrittliche Bürgerpartei die beiden einzigen Parteien. Turbulenter wurde es in den 1930er-Jahren, als nicht nur neue politische Bewegungen entstanden, sondern mit der Volksdeutschen Bewegung auch die Nationalsozialisten in Liechtenstein aktiv wurden.

20.11.2018: Die Parteien und das Recht

Patricia Schiess | Liechtenstein kennt kein Parteiengesetz, welches die Aufgaben, die Organisation, die Finanzierung

Liberales Parteienrecht gewährt viele Freiheiten

Recht Nach einem ersten Einblick in die Geschichte der Parteien referierte Patricia Schiess im gestrigen zweiten Teil der Serie über die Parteien und das Recht. Mit ihren Ausführungen war sie am Puls der Zeit: Die Transparenz der Parteienfinanzierung ist ständiges Thema.

In der Vortragserie «100 Jahre Parteien in Liechtenstein» beleuchtet das Liechtenstein-Institut auf drei Abende die Geschichte der Parteien, ihr Rechtsstatus und die politische Parteien und ihre Umsetzung. Am gestrigen zweiten Vortragabend wurde von Patricia Schiess, Forschungsbeauftragte Recht am Liechtenstein-Institut, das liechtensteinische Parteienrecht und internationale Vorgaben zur Transparenz der Parteienfinanzierung vorgestellt. Über dieses Thema kann erst im September-Belegungsprogramm am 27. November ein Vortrag stattfinden. Bis dahin bleibt das Thema Parteienrecht nicht aus dem Semesterprogramm unberührt. Dem Parteienrecht wird vorgeschrieben, dass nicht nur unparteiische Parteien zur Wahl ansetzen dürfen – sondern eben auch 30 Listen, die sich auf einer Liste von Parteien gründen. In der Verfassung sind die Parteienrechte geregelt. Zur Veranschaulichung referierte Schiess die Organisation der Parteien, wie Parteiensystem, Kandidatinnen und Kandidaten. Ebenfalls charakteristisch für das heutige Parteienrecht ist die Tatsache, dass nicht



Patricia Schiess verdeutlicht die Bedeutung des Begriffs «Wählergruppen». Bild: Teresa Schwegler

nur unparteiische Parteien zur Wahl ansetzen dürfen – sondern eben auch 30 Listen, die sich auf einer Liste von Parteien gründen. In der Verfassung sind die Parteienrechte geregelt. Zur Veranschaulichung referierte Schiess die Organisation der Parteien, wie Parteiensystem, Kandidatinnen und Kandidaten. Ebenfalls charakteristisch für das heutige Parteienrecht ist die Tatsache, dass nicht

erfüllt. Der Begriff ist in der Verfassung, die Parteien sind als Wahlgruppen, die Wahlberechtigten eine Liste von Parteien gründen. In der Verfassung sind die Parteienrechte geregelt. Zur Veranschaulichung referierte Schiess die Organisation der Parteien, wie Parteiensystem, Kandidatinnen und Kandidaten. Ebenfalls charakteristisch für das heutige Parteienrecht ist die Tatsache, dass nicht

erfüllt. Der Begriff ist in der Verfassung, die Parteien sind als Wahlgruppen, die Wahlberechtigten eine Liste von Parteien gründen. In der Verfassung sind die Parteienrechte geregelt. Zur Veranschaulichung referierte Schiess die Organisation der Parteien, wie Parteiensystem, Kandidatinnen und Kandidaten. Ebenfalls charakteristisch für das heutige Parteienrecht ist die Tatsache, dass nicht

wichtig. Denn nicht der aktuelle Stand, sondern die Entwicklung der Parteien ist das zentrale Thema. Die Abgeordnetenvereine haben das Recht zu sprechen. In der Verfassung sind die Parteienrechte geregelt. Zur Veranschaulichung referierte Schiess die Organisation der Parteien, wie Parteiensystem, Kandidatinnen und Kandidaten. Ebenfalls charakteristisch für das heutige Parteienrecht ist die Tatsache, dass nicht

erfüllt. Der Begriff ist in der Verfassung, die Parteien sind als Wahlgruppen, die Wahlberechtigten eine Liste von Parteien gründen. In der Verfassung sind die Parteienrechte geregelt. Zur Veranschaulichung referierte Schiess die Organisation der Parteien, wie Parteiensystem, Kandidatinnen und Kandidaten. Ebenfalls charakteristisch für das heutige Parteienrecht ist die Tatsache, dass nicht

Kolloquium zum SNF-Projekt «Staatsaufgaben im Kleinstaat» (30.11.2018)

Die beiden Doktorandinnen des Fachbereichs Recht, Sarah Schirmer und Enya Steiner, erhielten am 30. November 2018 Gelegenheit, den Stand ihrer Arbeit an einem internen, hochkarätig besetzten Kolloquium zu präsentieren.

Univ.-Prof. Thomas Jaeger (Universität Wien, 3. von rechts im Bild rechts), Prof. Matthias Oesch (Universität Zürich, 3. von links) und Prof. Andreas Stöckli (Universität Fribourg, ganz links) folgten mit ihren wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer Einladung ans Liechtenstein-Institut. Rechtsvergleichend (Liechtenstein, Schweiz, Österreich), aber immer auch mit Blick auf das Europarecht, loteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verschiedene Aspekte rund um das Thema des vom Schweizerischen Nationalfonds finanzierten Forschungsprojekts «Staatsaufgaben im Kleinstaat» aus.



Es zeigte sich dabei, wie inspirierend es ist, gemeinsam über Rechtsnormen, Urteile und Grundsätze zu diskutieren. Mit den Expertinnen und Experten zusammen Fragen formulieren, Lösungswege vergleichen und bisherige Annahmen in Frage zu stellen, macht nicht nur Spass. Vielmehr ermöglicht ein solcher Austausch von Gedanken und Wissen eine weitere Vertiefung in die eigene Forschungsarbeit aller Beteiligten.

«Mit Volldampf zu mehr regionalem Wachstum? Der Siegeszug der Eisenbahn und das Bevölkerungswachstum in der Schweiz des 19. Jahrhunderts» (10.12.2018)

Konstantin Büchel, Post-Doc am Volkswirtschaftlichen Institut in Bern im Bereich Public Economics, referierte über die regionalen Wachstumseffekte der Schweizer Eisenbahnpansion im 19. Jahrhundert.

Lehrtätigkeit, Vorträge, Kurse, Konferenzen



Andreas Brunhart am 1. Liechtensteiner Lindau-Alumni-Treffen. Universität Liechtenstein, Vaduz, 22.6.2018

Georges Baur

Seminar zum Thema EU-Assoziationsabkommen an der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs in Brüssel (10.10.2018)

UK Transport in Europe's yearly conference: Transport in the Single Market and EEA – the EFTA States' experience. Vortrag und Panelteilnahme an der Jahresversammlung der Britischen Transportvereinigung in Brüssel (18.10.2018)

Andreas Brunhart

Lehrbeauftragter an der Hochschule für Technik und Wirtschaft, Chur: Lehrveranstaltungen Makroökonomie

Lehrbeauftragter an der Technischen Hochschule Deggen-dorf: Lehrveranstaltung Konjunktur und Wachstum (WS 2017/2018)

Lehrbeauftragter an der Universität Liechtenstein: Lehrveranstaltungen International Economics und Wirtschaftsgeschichte (WS 2018/2019)

Kurzreferat über die Teilnahme an der Lindauer Nobel-preisträgertagung 2014, anlässlich des 1. Liechtensteiner Lindau-Alumni-Treffens. Universität Liechtenstein, Vaduz (22.6.2018)

Vortrag zum Gemeindesteuerwettbewerb, Rotary Club Liechtenstein. Restaurant Löwen, Vaduz (13.11.2018)

Christian Frommelt

Kurzeinführungen in die Geschichte und das politische System Liechtensteins für die neuen Angestellten der liechtensteinischen Landesverwaltung.

Brexit-Halbzeitanalyse. Impulsreferat und Podiumsdiskussion auf Einladung vor foraus Regiogruppe Liechtenstein, Schloßlekkeller Vaduz (29.3.2018)

Two-pillar issues. Which challenges does the EEA face? Lunch-Seminar, Universität Bergen (16.4.2018)



Georges Baur an der Jahreskonferenz von «UK Transport in Europe», Brüssel, 18.10.2018

Liechtenstein and the EEA: Implementation and Compliance. Lunch-Seminar, Universität Bergen (17.4.2018)

«Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses – Möglichkeiten und Grenzen des Kleinstaates». Moderation der Podiumsdiskussion anlässlich des 1. Liechtensteiner Lindau-Alumni-Treffens, Universität Liechtenstein, Vaduz (22.6.2018)

Liechtensteins Rolle im Europäischen Integrationsprozess. Lunch-Seminar, Amt für Auswärtige Angelegenheiten, Vaduz (27.6.2018)

12th Conference of the Presidents of Parliaments of Small European States. Three presentations: The sovereignty of small states: Origins and international recognition / Political participation: Special challenges in the small state / International relations and diplomacy: Strategies and priorities, Vaduz (20.9.2018)

Demand for and supply of different institutional arrangements in the EEA: Will Brexit change something? / Do we need a reform of the EEA Agreement? Präsentationen anlässlich einer Veranstaltung im Rahmen des Jean-Monnet-Projekts «Post-Brexit Europe: Lessons from the European Economic Area (PELEEA)», Bendern (25.10.2018)

«Handelspolitische Autonomie der Schweiz?» Teilnahme an einer Podiumsdiskussion an der Jahrestagung der Schweizer Vereinigung für Internationales Recht, Universität Zürich (23.11.2018)

Effects on EEA countries: The Liechtenstein Perspective. Vortrag im Rahmen der Veranstaltung «Brexit – What will be the likely effects on the EEA?» am Litteraturhuset in Oslo (23.1.2018).

If picking and choosing were possible: The ideal post-Brexit partnership lessons from Liechtenstein. Vortrag im Rahmen eines Workshops anlässlich der Veranstaltung «Brexit – What will be the likely effects on the EEA?» am ARENA Centre for European Studies in Oslo (24.1.2018).

The European Economic Area: a two-pillar system. Vortrag im Rahmen der Konferenz «The EU's «Privileged Partnerships» with its Neighbours: An Institutional Perspective» am College of Europe in Brügge/Belgien (25.1.2018).

Fabian Frommelt

Lehrbeauftragter an der Universität Liechtenstein: Lehrveranstaltung Wirtschaftsgeschichte (WS 2018/2019)

Geschichte des politischen Systems in Liechtenstein. Vortrag an der Schweizerischen Bausekretärenkonferenz im Rathaussaal in Vaduz (20.9.2018)

Das periphere Fürstentum. Zur Stellung, Verwaltung und Kontrolle des Fürstentums Liechtenstein im fürstlich-liechtensteinischen Besitzkonglomerat. Vortrag an der Tagung «Frühneuzeitliche Kleinterritorien. Herrschaftsformen der «Begrenztheit»?» im Vorarlberger Landesarchiv in Bregenz (organisiert von der Universität Innsbruck/Institut für Geschichtswissenschaften und der Pädagogischen Hochschule Feldkirch) (29.9.2018)

Das Historische Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL). Präsentation am «Workshop ÖBL 2000» des Österreichischen Biographischen Lexikons an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften/Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung in Wien (23.11.2018)

Lorenz Langer

«Rechtlos im Cyberspace? Verantwortlichkeit für Menschenrechtsverletzungen im digitalen Raum». Universität Wien, Juristische Fakultät (16.10.2018)

Linda Märk-Rohrer

«Ohne Frauen ist kein Staat zu machen». Zwei Impulsreferate anlässlich einer Veranstaltung des Fachbereichs für Chancengleichheit des Amtes für Soziale Dienste (März 2018)

Wilfried Marxer

Vortrag am Institut d'Estudis Catalans in Barcelona über das politische System Liechtensteins und dessen internationale Beziehungen (22.2.2018)

Vortrag über aktuelle politische Fragen bei den Altpfadfindern, Restaurant Linde, Schaan (28.2.2018)

Vortrag und Teilnahme an einer Gesprächsrunde zum Thema der Wahlchancen von Frauen, organisiert vom Fachbereich Chancengleichheit des Amtes für Soziale Dienste (6.3.2018)

Politiklehrgang für Frauen im Auftrag des Fachbereichs Chancengleichheit des Amtes für Soziale Dienste für Kurs Teilnehmerinnen aus Vorarlberg und Liechtenstein, Götzis (14.4.2018)

Gemeinsam globale Herausforderungen meistern



Treffen Der Landtag wurde gestern zum internationalen politischen Schauplatz. Die neun Parlamentspräsidenten der europäischen Kleinstaaten fanden sich in Vaduz ein, um gemeinsam über Herausforderungen, Chancen und Zielsetzungen der Kleinstaaten in Europa zu sprechen. Sie alle waren sich einig: Gemeinsam kann etwas bewegt werden. Bild: pd

Christian Frommelt (im Bild hintere Reihe 1.v.l.) an der 12. Konferenz der Parlamentspräsidenten der Kleinstaaten Europas. Liechtensteiner Vaterland, 21.9.2018

Vortrag aus Anlass des 200. Geburtstages von Karl Marx über dessen Rezeption und Einfluss in Liechtenstein, Haus Gutenberg, Balzers (16.5.2018)

Medienkonferenz mit Gesellschaftsminister Mauro Pedrazini über die Studie «Vereinbarkeit von Familie und Beruf», Regierungsgebäude, Vaduz (17.5.2018)

Vortrag über die Service-public-Studie für die von der Studie erfassten Unternehmen, Regierungsgebäude, Vaduz (15.6.2018)

Medienkonferenz mit dem Minister für Wirtschaft, Infrastruktur und Sport, Daniel Risch, zur Service-public-Studie, Regierungsgebäude, Vaduz (19.6.2018)

Impulsstatement am Tag der Menschenrechte anlässlich der Ausstellung «Paradiesvögel» des Kunstvereins Schichtwechsel, Rössle, Mauren (10.12.2018)

Medienkonferenz mit Regierungschef Adrian Hasler zur Studie «Lohn(un)gleichheit in der Landesverwaltung», Regierungsgebäude, Vaduz (13.12.2018)

Emanuel Schädler

Die EMRK in der Grundrechtsgeschichte Liechtensteins. Vortrag im Rahmen des vom Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur veranstalteten Seminars «Liechtenstein und die Europäische Menschenrechtskonvention» Universität Liechtenstein, Vaduz (22.8.2018)

Patricia Schiess

Titularprofessorin für öffentliches Recht und Verfassungsvergleichung an der Universität Zürich: Übungen im öffentlichen Recht I (Frühlingssemester 2018), Übungen im Personenrecht an der Universität Zürich (Herbstsemester 2018)

Liechtenstein's constitution, the prince and Liechtenstein's international obligations. Vortrag in der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der University of Agder in Kristiansand (Norwegen) (30.5.2018)

Zu Gast am Liechtenstein-Institut

Die Stellung der EMRK in der liechtensteinischen Rechtsordnung. Vortrag im Rahmen des vom Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur veranstalteten Seminars «Liechtenstein und die Europäische Menschenrechtskonvention» Universität Liechtenstein, Vaduz (22.8.2018)

Martina Sochin D'Elia

Interner Weiterbildungskurs für Lehrpersonen am Berufs- und Weiterbildungszentrum Buchs zum Thema «Die Geschichte des Fürstentums Liechtenstein» (20.2.2018)

Wirtschaftsfaktor Zollvertrag? Liechtenstein und seine Zollvertragspartner seit 1852. Vortrag im Rahmen der Tagung «David und Goliath – Die Anbindung des Grossherzogtums Luxemburg an den Deutschen Zollverein (1842–1918)». Nationalarchiv Luxemburg (19.4.2018)

Input zur Studie «Bürgerschaft und Demokratie in Zeiten transnationaler Migration. Hintergründe, Chancen und Risiken der Doppelbürgerschaft» im Rahmen der Plenarsitzung der Eidgenössischen Migrationskommission EKM vom 26./27. April 2018 (zusammen mit Joachim Blatter)

«Perspectives on Liechtenstein». Vortrag im Rahmen des Aufenthaltes der EQAR-Gruppe in Liechtenstein (12.6.2018)

Vortrag zum Thema «Gesellschaftliche und kulturelle Veränderungen in den vergangenen 50 Jahren in Liechtenstein – Ausblick auf die nächsten 10 Jahre» auf Einladung des Liechtensteiner Presseclubs LPC anlässlich des 50-Jahr-Jubiläums des LPC (17.9.2018)

Vortrag zum Thema «Doppelte Staatsbürgerschaft bei Einbürgerung» anlässlich einer Informationsveranstaltung der Freien Liste (25.9.2018)

Vortrag auf Einladung der Karls-Universität Prag in Prag zum Thema «Sovereignty vs. Prosperity? The Swiss-Liechtenstein Customs Union Treaty of 1923» (5.11.2018)

Vortrag zum Thema «Der, die, das Fremde in Liechtenstein» anlässlich eines Symposium des P.E.N.-Clubs Liechtenstein (11.11.2018)



Das Liechtenstein-Institut erhält immer wieder Besuch aus dem In- und Ausland. So war auch Prof. Ivan Sammut von der Universität Malta am Institut zu Gast.

Während seines Gastaufenthaltes an der Universität Zürich fand Prof. Ivan Sammut von der Universität Malta (im Bild oben 2.v.l.) Gelegenheit für einen Besuch am Liechtenstein-Institut. Ivan Sammut ist Head of Department der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Malta und ein Spezialist für Europarecht. Im Zentrum des Gedanken- und Erfahrungsaustausches mit ihm standen denn auch die Herausforderungen, die sich für den Kleinstaat Malta aus der EU-Mitgliedschaft ergeben (24.4.2018).

Weitere Besuche (Auswahl)

Delegation der Kanadischen Botschaft: Pamela Hay, Consul (Commercial), Senior Trade Commissioner; Lakshmi Kern, Officer responsible for the Education and the Information Communications Technologies (+FinTech) sectors (15.3.2018)

Antrittsbesuch von Regierungsrätin Dominique Gantenbein am Liechtenstein-Institut, in Begleitung von Daniel Miescher, Johann Wucherer und Martina Tschanz (28.8.2018)

Slovenia – Liechtenstein Friendship Association (SLFA) in Begleitung von Reto Brunhart (25.9.2018)

EFTA-Überwachungsbehörde (ESA): Frank Büchel, Kollegiumsmitglied, Bente Angell-Hansen, ESA-Präsidentin (16.10.2018)

Schweizer Demokratie-Stiftung: Bruno Kaufmann, Anne Marie Sigmund (19.12.2018)



Liechtensteiner Volksblatt, 21. September 2018

Medienpräsenz

Als unabhängiges Institut wird das Liechtenstein-Institut jedes Jahr von zahlreichen in- und ausländischen Medien kontaktiert und um Stellungnahmen, Gastkommentare oder Interviews gebeten.

Bereits vor Beginn des Jubiläumsjahrs «300 Jahre Fürstentum Liechtenstein» zeigten sich zahlreiche ausländische Journalisten und Medienschaffende interessiert an Liechtenstein. Eine Delegation ausländischer Wirtschaftsjournalisten war Mitte November zu Besuch am Liechtenstein-Institut, Ende November ein Journalist der Süddeutschen Zeitung. Auch die englische Zeitschrift «The Economist» trat mit einer Interviewanfrage an das Liechtenstein-Institut heran.

Regelmässig publizieren Forschungsbeauftragte des Liechtenstein-Instituts auch in der Tagespresse zu ihren Forschungsthemen. Neben der Berichterstattung zu den Veranstaltungen des Liechtenstein-Instituts, die jeweils auch viel öffentliche Aufmerksamkeit generieren, nimmt die Tagespresse regelmässig auf Publikationen, Studien und Gutachten des Liechtenstein-Instituts Bezug.

Gastkommentare

Budimir, Kristina: Der Budgetüberschuss weckt Begehrlichkeiten – Was tun? *Wirtschaft Regional*, 11.8.2018.

Frommelt, Christian: «Wohin steuern Liechtensteins Parteien?» *Lie-Zeit* Nr. 71, Dezember 2018.

Frommelt, Christian: Demokratie braucht den Diskurs. *Lie-Zeit* Nr. 67, August 2018.

Frommelt, Christian: Endspurt oder eben nicht? Brexit: Mögliche Auswirkungen auf Liechtenstein. *Lie-Zeit* Nr. 70, November 2018.

Frommelt, Christian: Handelskonflikt. *Wirtschaft Regional*, 14.7.2018.

Frommelt, Christian: Muss das EWR-Abkommen reformiert werden? *Wirtschaft Regional*, 5.5.2018.

Frommelt, Christian: Wer sind wir? Fragen zur Identität. *Lie-Zeit* Nr. 66, Juni 2018.

Frommelt, Fabian: Das Historische Lexikon ist online. *Digital Humanities made in Liechtenstein*. *Lie-Zeit* Nr. 70, November 2018.

Langer, Lorenz: Richterwahlen: Die Akzeptanz ist zentral. *Neue Zürcher Zeitung*, 22.8.2018, S. 10.

Langer, Lorenz: Strassburg, wie hast du's mit der Religion? *Neue Zürcher Zeitung*, 28.11.2018.

Marxer, Wilfried: Medien – Aufschwung oder Niedergang? *Lie-Zeit* Nr. 65, Mai 2018.

Quaderer, Rupert: Geschichte und Identität. Gastkommentar im Rahmen der Artikelserie «Geschichte wozu?» des Liechtenstein-Instituts. *Liechtensteiner Volksblatt*, 19.12.2018.

Schädler, Emanuel: Die Verdoppelung der Wahrheit. *Lie-Zeit* Nr. 62, Februar 2018.

Schädler, Emanuel: Zwei Juristen – drei Meinungen. *Lie-Zeit* Nr. 68, September 2018.

Schiess, Patricia: Juristische Gutachten – wozu sind sie gut? *Lie-Zeit* Nr. 64, April 2018.

Schuster, Cornelia: Wissenschaften im digitalen Umfeld. *Lie-Zeit* Nr. 69, Oktober 2018.

Sochin D'Elia, Martina: Sind Doppelbürger illoyal? *Lie-Zeit* Nr. 63, März 2018.



Interview von Sebastian Albrich mit Christian Frommelt, Liechtensteiner Volksblatt, 26. September 2018

Veröffentlichungen 2018



Monografien, Sammelbände

Blatter, Joachim; Sochin D'Elia, Martina; Buess, Michael (2018): Bürgerschaft und Demokratie in Zeiten transnationaler Migration: Hintergründe, Chancen und Risiken der Doppelbürgerschaft. Studie im Auftrag der Eidgenössischen Migrationskommission EKM, Bern.

Büsser, Roman (2018): Politischer Parallelismus und normative Ansprüche an Öffentlichkeit – der Fall Liechtenstein. Eine öffentlichkeitstheoretisch geleitete Inhaltsanalyse der Tageszeitungen für die Jahre 2006 und 2014. Dissertation, Universität Zürich.

Marxer, Wilfried (2018): Direkte Demokratie in Liechtenstein. Entwicklung, Regelungen, Praxis. Barend: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (Liechtenstein Politische Schriften, 60).

Artikel in Fachzeitschriften und Sammelbänden

Brunhart, Andreas (2018): Konjunktur Liechtensteins weist der Schweiz die Richtung. In: Die Volkswirtschaft, hg. vom Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF, Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, Bern, 4/2018, S. 52–54.

Brunhart, Andreas (2018): La conjoncture liechtensteinoise indique la voie à la Suisse. En: La Vie économique, éditée par le Secrétariat d'État à l'économie (SECO) et le Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche (DEFR), Berne, 4/2018, p. 52–54.

Brunhart, Andreas (2018): Liechtensteins Gemeinde- und Landesfinanzen unter besonderer Berücksichtigung von Steuerwettbewerb und Gemeindeautonomie. In: Liechtenstein-Institut (Hg.) (i.Ersch.): Gemeinden – Geschichte, Entwicklung, Bedeutung.

Frommelt, Christian (2018): Liechtenstein and the EEA. In: Finn Arnesen, Halvard Haukeland Fredriksen, Hans Petter

Graver, Ola Mestad and Christoph Vedder (Hg.): Agreement on the European Economic Area. A Commentary. Baden-Baden: Nomos, S. 35–58.

Frommelt, Christian (2018): The institutional framework of the European Economic Area: A flexible but highly complex two-pillar system. In: Gsthöhl/Phinnemore (Eds.): The EU's 'Privileged Partnerships' with its Neighbours: An Institutional Perspective forthcoming, Routledge (i.Ersch.).

Frommelt, Fabian (2018). Vaduzer Münzquerelen im späten 17. Jahrhundert. Zur Währungspolitik des Schwäbischen Kreises an seinem Südrand. In: Harald Derschka, Jürgen Klöckler (Hg.): Der Bodensee. Natur und Geschichte aus 150 Perspektiven. Jubiläumsband des internationalen Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung 1868–2018, Ostfildern: Jan Thorbecke Verlag, S. 128f.

Langer, Lorenz (2018): Die demokratische Kontrolle von Kompetenzübertragungen an inter- und supranationale Institutionen: Schweizerische Perspektiven und Erfahrungen. In: Werner Schroeder und Andreas Müller (Hg.): Demokratische Kontrolle völkerrechtlicher Verträge. Baden-Baden/Wien: Nomos/facultas, S. 63–81.

Langer, Lorenz (2018): The South China Sea as a Challenge to International Law and International Legal Scholarship. In: Berkeley Journal of International Law, 36(2), 383–417

Schädler, Emanuel (2018): Die EMRK in der Grundrechtsgeschichte Liechtensteins. In: Liechtensteinische Juristen-Zeitung (LJZ) 2018, S. 120–132.

Schiess, Patricia (2018): Die Freiheiten des liechtensteinischen Gesetzgebers beim Einfügen der EMRK in die nationale Rechtsordnung. In: Liechtensteinische Juristen-Zeitung (LJZ) 2018, S. 143–152.

Schiess, Patricia (2018): Geschlechtergleichheit, Care-Arbeit und Familienpolitik in Liechtenstein. In: Jusletter 5. Februar 2018.

Schiess, Patricia (2018): Juristische Gutachten im Gesetzgebungsprozess. In: Liechtensteinische Juristen-Zeitung (LJZ) 2018, S. 69–78.

Sochin D'Elia, Martina (2018): «Ein Stück Schweiz namens Liechtenstein» – Narrative der liechtensteinisch-schweizerischen Beziehungen anlässlich der Zollvertragsjubiläen. In: *Didactica Historica*. Schweizerische Zeitschrift für Geschichtsunterricht, 4/2018, Faire la Fête. Zwischen Gedenken und Umdeutung, S. 63–68.

Sochin D'Elia, Martina (2018): Ist das liechtensteinische Gemeindebürgerrecht noch zeitgemäss? In: Liechtenstein-Institut (Hg.) (i.Ersch.): *Gemeinden – Geschichte, Entwicklung, Bedeutung*.

Wolf, Sebastian; Bussjäger, Peter; Schiess, Patricia (2018): Law, small state theory and the case of Liechtenstein. In: *Small States & Territories*, Vol. 1, No. 2, 2018, S. 183–196.

Sonstige Publikationen

Brunhart, Andreas (2018): Zumwinkel-Affäre. Lexikon-Artikel. Stand: 6.11.2018. In: *Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL)*, URL: <https://historisches-lexikon.li/Zumwinkel-Affäre>.

Brunhart, Andreas; Frommelt, Christian (2018): Economic and financial data on Liechtenstein. Government of the Principality of Liechtenstein (ed.). Vaduz: Government of the Principality of Liechtenstein.

Brunhart, Andreas; Frommelt, Christian (2018): Wirtschafts- und Finanzdaten zu Liechtenstein. Regierung des Fürstentums Liechtenstein (Hg.). Vaduz: Regierung des Fürstentums Liechtenstein.

Bussjäger, Peter (2018): Kommentierungen zum VII. Hauptstück (Von der Regierung: Art. 86-90 LV). In: Liechtenstein-Institut (Hg.): *Kommentar zur liechtensteinischen Verfassung*. Online-Kommentar, Bendern 2016, verfassung.li.

Frommelt, Christian (2018): Effects on EEA countries: The Liechtenstein Perspective. Foliensatz eines Vortrages im Rahmen der Veranstaltung «Brexit – What will be the likely effects on the EEA?» vom 23. Januar 2018 am Litteraturhuset in Oslo.

Frommelt, Christian (2018): How well does the EEA work? RECAP. Liechtenstein Institute, Bendern.

Frommelt, Christian (2018): If picking and choosing were possible: The ideal post-Brexit partnership lessons from Liechtenstein. Foliensatz eines Vortrages im Rahmen eines Workshops anlässlich der Veranstaltung «Brexit – What will be the likely effects on the EEA?» vom 24. Januar 2018 am ARENA Centre for European Studies in Oslo.

Frommelt, Christian (2018): The European Economic Area: a two-pillar system. Foliensatz eines Vortrages im Rahmen der Konferenz «The EU's «Privileged Partnerships» with its Neighbours: An Institutional Perspective» vom 25. Januar am College of Europe in Brügge/Belgien.

Frommelt, Christian (2018): Wie gut funktioniert der EWR? NACHGEFRAGT. Liechtenstein-Institut, Bendern.

Hornich, Patricia (2018): ESPN Country Profile Liechtenstein. Liechtenstein. 2018. Hg. v. European Commission, CEPS, Applica und Ose. Brussels.

Hornich, Patricia (2018): ESPN Thematic Report on Challenges in long-term care. Liechtenstein. Hg. v. European Commission, CEPS, Applica und Ose. Brussels.

Hornich, Patricia (2018): ESPN Thematic Report: Inequalities in access to healthcare. Liechtenstein. Hg. v. European Commission, CEPS, Applica und Ose. Brussels.

Hornich, Patricia (2018): ESPN Thematic Report: Pension Adequacy Report Liechtenstein. Liechtenstein. Hg. v. European Commission, CEPS, Applica und Ose. Brussels.

Märk-Rohrer, Linda; Marxer, Wilfried (2018): Familienpolitik in Gegenwart und Zukunft. Ergebnisse einer Umfrage im Auftrag der Regierung des Fürstentums Liechtenstein. Bendern. Liechtenstein-Institut.

Marxer, Wilfried (2018): Extremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2017. Bendern.

Marxer, Wilfried (2018): Liechtenstein's Foreign Policy between Regional Co-operation, Europeanization and Globalization. In: *RECERC – Revue électronique du Consorci d'Etudes Catalanes* (10 (numéro 2 spécial)).

Marxer, Wilfried (2018): Lohn(un)gleichheit in der liechtensteinischen Landesverwaltung. Untersuchung im Auftrag des Amtes für Personal und Organisation. Bendern. Liechtenstein-Institut.

Marxer, Wilfried (2018): Manifesto Research – Forschungsbericht Liechtenstein (Stand 2017). Bendern (Arbeitspapier Liechtenstein-Institut, 61).

Marxer, Wilfried (2018): Menschenrechte in Liechtenstein – Zahlen und Fakten 2017. Regierung des Fürstentums Liechtenstein (Hg.). Mitarbeit: Patricia Hornich, Sarah Nigg. Vaduz: Regierung des Fürstentums Liechtenstein

Marxer, Wilfried (2018): Volksabstimmung «Tour de Ski» vom 25. November 2018. Ergebnisse einer Onlineumfrage. Bendern (LI Aktuell 1/2018).

Marxer, Wilfried; Büsser, Roman (2018): Service public in Liechtenstein – Öffentliche Unternehmen im Fokus. Studie im Auftrag des Ministeriums für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport. Bendern. Liechtenstein-Institut.

«Liechtenstein erzählen»

Marxer, Wilfried; Hornich, Patricia (2018): Country report 2018 on the non-discrimination directives (Directives 2000/43/EC and 2000/78/EC). Liechtenstein. European Network of Legal Experts in the Non-discrimination Field. Hg. v. Human European Consultancy und Migration Policy Group.

Marxer, Wilfried; Hornich, Patricia (2018): Country report on the European Pillar of Social Rights. Liechtenstein. Report for the Academic Network of European Disability Experts (ANED).

Marxer, Wilfried; Hornich, Patricia (2018): European Semester 2017/2018 shadow fiche on disability. Liechtenstein. Report for the Academic Network of European Disability Experts (ANED).

Schädler, Emanuel (2018): Index zum Landesverwaltungs-pfleugesetz.

Schädler, Emanuel (2018): Kommentierung zu Art. 34 und 35 LV (Eigentumsgarantie und Enteignung). In: Liechtenstein-Institut (Hg.): Kommentar zur liechtensteinischen Verfassung. Online-Kommentar, Bendern 2016, verfassung.li.

Schädler, Emanuel (2018): Tafeln zum Landesverwaltungs-pfleugesetz (LVG) samt Gliederung des LVG im Anhang.

Schiess, Patricia (2018): Kommentierung zu Art. 23 LV (Münzwesen und öffentliches Kreditwesen). In: Liechtenstein-Institut (Hg.): Kommentar zur liechtensteinischen Verfassung. Online-Kommentar, Bendern 2016, verfassung.li.

Schiess, Patricia (2018): Liechtenstein's constitution, the prince and Liechtenstein's international obligations. Kommentierter Foliensatz eines Vortrages vom 30. Mai 2018 am Department of Law der University of Agder in Kristiansand (Norwegen). NACHGEFRAGT. Liechtenstein-Institut, Bendern.

Sochin D'Elia, Martina/Brunhart, Andreas (2018): Zukunft Doppelbürgerschaft? Eine Diskussionsgrundlage. Bendern (LI Focus 1/2018).

Nachdem «Demokratische Momente», der erste Band der Reihe «Liechtenstein erzählen» Mitte 2017 im Zürcher Limmat Verlag erschienen ist, befindet sich der zweite Band dieser Publikationsreihe in Vorbereitung. Er soll im Herbst 2019 erscheinen.

Das Selbstverständnis einer Gesellschaft, einer Kultur entsteht über das, was erinnert und erzählt wird. Entscheidend aber ist, was erzählt gehört. Das Erzählprojekt «Liechtenstein erzählen» gibt Einblick in die Lebenswirklichkeiten, die nicht in Zeitungen, Reden, Statistiken, Umfragen vorkommen, zeigen Hoffnungen, Gefühle, Wünsche, Enttäuschungen, Familiengeschichten und persönliche Erfahrungen.

In Band 2 erzählen «Überzeugungstäter/-innen» aus erster Hand von Aufbrüchen in Musik, Kunst, Gesellschaft, Architektur und Literatur in Liechtenstein. Die daraus entstandenen Wirklichkeitserzählungen dokumentieren das Zittern in der Provinz, die emanzipativen Kräfte auf dem Lande und in den Gemeinden im Ringen um ein kulturelles Selbstverständnis. Schlaglichter fallen auf Beatbands, Theatergründungen, Künstlerleben, moderne Architekturen und andere merkwürdige, zeitgeschichtlich aufschlussreiche Ereignisse. Angereichert wird der Hauptteil des Buches durch wissenschaftliche Erörterungen aus regionaler und internationaler Perspektive. Aus Gesprächen mit Gewährsleuten destillieren die Autoren authentische Erzählungen nahe an der gesprochenen Realität. Fotos und Dokumente aus Archiven und Privatbeständen ergänzen das Orale.

Die Erzählungen werden ergänzt durch die überarbeiteten Texte, die den Vorträgen der Reihe «1968 und das Zittern in der Provinz» zugrunde lagen, die im April und Mai 2018 am Liechtenstein-Institut stattfand.

Verantwortlich: Roman Banzer, Hansjörg Quaderer

Vorbereitungskolloquien für die Rechtsanwaltsprüfungen

Für Kandidaten und Kandidatinnen der Rechtsanwaltsprüfung resp. der Eignungsprüfung für Rechtsanwälte führt das Liechtenstein-Institut Vorbereitungskolloquien durch, so auch im Frühjahr und im Herbst 2018. In den Kolloquien werden folgende Themen behandelt:

- Verfassungsrecht (Dozent: Dr. Hilmar Hoch)
- Verwaltungsrecht (Dozent: lic. iur. et oec. Andreas Batliner)
- Zivil- und Zivilprozessrecht (Dozent: lic. iur. Uwe Öhri)
- Strafrecht (Dozent: Dr. Walter Krabichler)

Institutsbibliothek

Die Bibliothek des Liechtenstein-Instituts existiert zum einen als kontinuierlich ausgebauter Präsenzbibliothek vor Ort, die den eigenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern den Zugang zu 6953 Printmedien einschliesslich 36 Zeitschriften und anderen Periodika bietet. Die Entnahme und Benutzung ist für die gesamte Belegschaft frei und unkompliziert gewährleistet.

Da der gesamte materielle Bibliotheksbestand im Liechtensteiner Gesamtkatalog recherchiert werden kann und dort zunehmend mit Normschlagworten der Gemeinsamen Normdatei (GND), aber auch mit Links zu den Inhaltsverzeichnissen ausgestattet wird, stellt er auch eine Dienstleistung für die wissenschaftlich tätige und interessierte Öffentlichkeit in Liechtenstein dar. Wer in den Räumen der Institutsbibliothek arbeiten und lesen will, kann dies bei einer angenehmen Arbeitsatmosphäre und freiem WLAN tun.

Die «virtuelle» Seite der Bibliothek umfasst die Lizenzierung und das Zugangsmanagement in Bezug auf digitale Dokumente, die Besorgung von kurzzeitig benötigten analogen oder digitalen Dokumenten aus Bibliotheken des deutschen Sprachraumes und eine Fülle von weiteren Dienstleistungen. Darunter fällt zum Beispiel die Vorbereitung von Dokumenten für die Aufnahme in das Repositorium eLiechtensteinensia der Landesbibliothek, das Scannen von Inhaltsverzeichnissen als Teil des Catalog Enrichment sowie die allgemeine Forschungsunterstützung. Für das Letztere kann man etwa den Einsatz bei Autoren-Vertragsverhandlungen, Klärung von Fragen zu Open Access, Beratung zu Science 2.0 und die Verbesserung der Sichtbarkeit von Publikationen im Internet anführen.

Besonders die Vorarbeiten für die eLiechtensteinensia, die möglichst umfangreich auch Publikationen des Liechtenstein-Instituts im Volltext beinhalten soll, haben das Jahr geprägt. Die Verfügbarkeit über Urheberrechte muss noch einmal überprüft, Kataloganpassungen samt umfangreichen Planungstätigkeiten müssen vorgenommen werden.

Einhergehend mit der gesellschaftlichen Tendenz der Digitalisierung hat es die Bibliothek zunehmend mit Dateien, Lizenzen und der Verwaltung von Zugängen zu tun, während der Bedarf an Printmedien abnimmt. Der europäische Forschungsraum befindet sich im Umbruch, in dem zwei auf den ersten Blick gegenläufige Tendenzen zu beobachten sind. Es wird zwar weiterhin in herkömmlichen wissenschaftlichen Verlagen publiziert. Diese werden aber immer häufiger für den Prozess der Begutachtung und die Dienstleistung des Vertriebs durch die Forschenden und deren Institutionen bezahlt. Die Publikation selbst wird dagegen in zunehmendem Mass offen und kostenlos zur Verfügung gestellt. Auf der anderen Seite findet ein Konzentrationsprozess auf Seiten der Dokumentanbieter statt, der Lizenzen für kleine Player verteuert und Zugänge erschwert. Es wird ein spannender Prozess sein, als Bibliothekarin hier einen gangbaren Weg zu finden.

Wissenschaften im digitalen Umfeld

Wissenschaftliche Bibliothek – der Name weckt Bilder im Kopf. Eine Bibliothek ist eine Sammlung von Büchern in Regalen und das ist es, was man findet, wenn man die Bibliothek im Liechtenstein-Institut aufsucht. Als Hintergrund für Porträtfotos ist so eine Bücherwand sehr dekorativ. Und doch ist sie nicht einmal die halbe Wahrheit.

Doch wie kommen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu ihren Kenntnissen, Einsichten und Urteilen, um daraus Publikationen und Vorträge zu machen?

Informationsversorgung für Forschende fängt mit gezielten Recherchen in spezialisierten Suchmaschinen wie Google Scholar an, bindet Webservices wie z.B. RSS-Feedreader ein, lässt auch Twitter nicht ausser Acht, baut auf Kontakt mit Fachkollegen in sozialen Netzwerken und endet bei der Besorgung von Publikationen.

Das Letztere ist die Domäne von Bibliotheken. Wenn aktuelle Literatur benötigt wird, erfolgt dies heute in Form eines digitalen Zugangs auf ein Buch oder einen Aufsatz. Diese Lizenzen, d.h. erworbenen Zugangsmöglichkeiten, sind heutzutage ein teures Vergnügen, da sie überwiegend gebündelt in umfangreichen Paketen von global operierenden Verlagen (oder Zwischen-Dienstleistern) angeboten werden.

Solche Verlagskonzerne erfordern ebenbürtige Sparringpartner. Es verwundert daher nicht, dass sich in der Schweiz das Konsortium (ein Zusammenschluss der Hochschulbibliotheken um die Preisverhandlungen kümmert und zentrale Informatik- und Verwaltungsdienste übernimmt. Die ausverhandelten Lizenzen werden dann von den einzelnen Universitätsbibliotheken je nach Bedarf gekauft und in ihren Katalogen als Link verfügbar gemacht. Campusangehörige können dann nach Eingabe ihrer Benutzerdaten darauf zugreifen.

Eine auf den ersten Blick gegenläufige Entwicklung ist die Open-Access-Bewegung in den Wissenschaften, die offene und kostenlose Zugänge zu Literatur für alle Interessierten fördert. Erst kürzlich haben elf Forschungsförderorganisationen Europas

vereinbart, dass die Ergebnisse aller öffentlich geförderter Forschungsprojekte ab dem Jahr 2020 kostenlos und vollständig der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, und zwar im Goldstandard, d.h. ohne weitere Verzögerung. Die Schweiz unterstützt dieses Begehren, ohne unterschrieben zu haben, da sie bisher eine etwas weniger strikte nationale Open-Access-Strategie verfolgt.

Das klingt grossartig. Ein Grossteil der Forschung wird ja von Steuergebern bezahlt, weshalb niemand verstehen kann, warum der Zugang zu den Ergebnissen daraus noch einmal von den Steuerpflichtigen bezahlt werden sollte. Doch in der Praxis stellt sich oft heraus, dass die Zahlungspflicht nur verschoben wurde. Zahlte früher der interessierte Leser oder die Leserin für den Text, zahlt heute oftmals der oder die Forschende bzw. die Institution dafür, in renommierten Journalen open access veröffentlicht zu dürfen, und das nicht zu knapp (im Mittel über 1200 Euro pro Aufsatz). Die Konsequenz: In Deutschland verhandelt die Allianz der Wissenschaftsorganisationen seit zwei Jahren mit drei markt führenden Verlagsgiganten, um zu erreichen, dass der landesweite Zugang zu deren Zeitschriftenaufsätzen mit der Möglichkeit verknüpft wird, ohne weitere Kosten dort open access veröffentlicht zu dürfen.

Digitalisierung in den Wissenschaften wirkt sich daher nicht kostensenkend aus, schon gar nicht für kleine Institutionen wie das Liechtenstein-Institut. Die Abhängigkeit von Informationskonzernen, die Ausrichtung des Angebots an digitalen Medien auf Big Player, der wachsende Administrationsbedarf von E-Medien – all dies sind Herausforderungen für die Transformation der wissenschaftlichen Literaturversorgung in Liechtenstein ins digitale Zeitalter. Kooperation ist der Königsweg dazu.



MAG. CORNELIA SCHUSTER
Bibliothekarin am Liechtenstein-Institut

GASTKOMMENTAR

Lie-Zeit Nr. 69, Oktober 2018

Die Zahl der Dokumentlieferungen aus auswärtigen Bibliotheken und Datenbanken beläuft sich in diesem Jahr auf 128. Darunter befinden sich 84 Bücher, 31 als PDF gelieferte Aufsätze, 8 open access zugreifbare Artikel und 5 schliesslich fest bestellte Bände.

Die aktualisierten Bestandszahlen der Hauptdisziplinen lauten in quantitativ absteigender Reihenfolge Politikwissenschaft und Soziologie (1842), Rechtswissenschaft (1841), Liechtensteinensia (1697), Geschichte (1116) und Wirtschaftswissenschaft (421).

Als Neuzugang wurden 62 Geschenke und 59 durch Kauf erworbene Medien verzeichnet. Der gesamte Medienbestand beläuft sich jetzt auf 7199 katalogisierte Titel. An laufenden Periodika besitzt die Bibliothek insgesamt 36, davon 15 Zeitschriften, 10 Jahrbücher, 7 Loseblattsammlungen und 4 Zeitungen. An Datenbanken stehen das Liechtensteiner Rechtportal und Swiss-Impex unseren Forscherinnen und Forschern zur Verfügung. 7 E-Books wurden neu lizenziert.

Im vergangenen Jahr wurde eine Kostenanalyse der abonnierten Zeitschriften durchgeführt, was zu organisatorischen Umstellungen und in Folge Kosteneinsparungen geführt hat.

Diplom-Bibliothekarin Cornelia Schuster ist weiterhin während 60 Prozent der normalen Wochenarbeitszeit mit den oben beschriebenen Angelegenheiten der Bibliothek betraut. Nach aussen vertritt sie die Bibliothek des Liechtenstein-Instituts in der Zusammenarbeit mit der Landesbibliothek und Universitätsbibliothek, in der AG der Wissenschaftlichen Bibliotheken Liechtensteins, beim Verein der Bodenseebibliotheken und beim Verein der OPLs (One Person Librarians) der Bodenseeregion. Cornelia Schuster ist Mitglied im Schweizer Bibliotheksverband Bibliosuisse.

Nachwuchsförderung

Das Liechtenstein-Institut ist mit seiner Forschungsausrichtung in vielerlei Hinsicht eine einzigartige Institution in Liechtenstein. Daher tragen wir auch eine spezielle Verantwortung für die Nachwuchsförderung.

In allen Fachbereichen werden Praktikantinnen und Praktikanten für Aufgaben in laufenden Forschungsprojekten eingesetzt, sodass sie Einblick in die praktische Forschungstätigkeit eines wissenschaftlichen Instituts erhalten.

Praktikantinnen und Praktikanten 2018

Anton Büchel, Studium der Geschichte an der Universität Wien (Fachbereich Geschichte)

Benedikt Fend, Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck (Fachbereich Recht)

Martin Frick, Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Zürich (Fachbereich Politik)

Sara Frommelt, Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck (Fachbereich Recht)

Elias Hasler, Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern (Fachbereich Wirtschaft)

Johanna Hermann, Studium der Politikwissenschaft und Linguistik an der Universität Wien (Fachbereich Politik)

Klemens Jansen, abgeschlossenes Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Zürich (Fachbereich Recht)

Nadja Lüthi, Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Zürich und Innsbruck (Fachbereiche Recht und Geschichte)

Sarah Nigg, Studium der Philologie und der Vergleichenden Literaturwissenschaften an der Universität Wien (Fachbereiche Politik und Geschichte)

Elias Quaderer, Studium der Geschichte an der Universität Zürich (Fachbereich Geschichte)

Wolfram Ritter, Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Zürich (Fachbereich Wirtschaft)

Sarah Sauter, Studium der Psychologie an der Universität Basel (Fachbereich Geschichte)



«Wertvoller Einblick in die Forschung»

Im Sommer 2018 hatte ich die Möglichkeit, ein sechswöchiges Praktikum im Fachbereich Wirtschaft zu absolvieren. Während dieses Zeitraums konnte ich verschiedenen spannenden Tätigkeiten mit volkswirtschaftlichem Hintergrund nachgehen – von der Literaturanalyse der Wirtschaftsgeschichte Liechtensteins bis hin zur Recherche, Aufbereitung und der grafischen Darstellung von Daten der PISA-Studie. Besonders freute mich, dass mir das Liechtenstein-Institut die Möglichkeit anbot, ab dem Januar 2019 als Studentischer Mitarbeiter beim Projekt Konjunktur-Sensor (Kon-Sens) mitzuarbeiten. Dies ermöglicht es mir, einen tieferen Einblick in die angewandten Wirtschaftswissenschaften zu gewinnen und viel Neues dazuzulernen.

Elias Hasler

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2018/2019

Stand: März 2019

In der Forschung tätig

Dr. Georges Baur

Forschungsbeauftragter Recht (80%) (Eintritt per 1.10.2018)

Forschungsschwerpunkt: Europarecht

Dr. Cyrus Beck MAS

Wissenschaftlicher Mitarbeiter Recht (10%) (Eintritt per 1.1.2019)

Forschungsschwerpunkt: Verwaltungsverfahrenrecht

Dr. Günther Boss

Forschungsbeauftragter im Fachbereich Geschichte (60%) (Austritt per 30.6.2018)

Forschungsschwerpunkte: Kirche und Staat

Dr. Andreas Brunhart

Forschungsleiter Wirtschaft (2018: 80%, ab 1.3.2019: 90%)

Forschungsschwerpunkte: Kleinstaatenökonomie, Konjunktur- und Wachstumsanalyse

Dr. Kristina Budimir

Wissenschaftliche Mitarbeiterin (80%)

Univ.-Prof. Dr. Peter Bussjäger

Forschungsbeauftragter Recht (50%) (Austritt per 31.1.2018)

Forschungsschwerpunkt: Verfassungsrecht

Dr. Christian Frommelt

Direktor ab 1. April 2018, Forschungsbeauftragter Politik (100%)

Forschungsschwerpunkt: Europäische Integration

lic. phil. Fabian Frommelt

Forschungsleiter Geschichte (100%)

Forschungsschwerpunkt: Frühe Neuzeit

Dr. Martin Geiger

Forschungsbeauftragter Wirtschaft (100%) (Eintritt per 1.3.2019)

Forschungsschwerpunkte: Kleinstaatenökonomie, Konjunktur- und Wachstumsanalyse

Dr. Christian Glocker

Forschungsbeauftragter Wirtschaft (60%) (1.2. bis 31.7.2018)

Forschungsschwerpunkt: Makroökonomie

Elias Hasler

Studentischer Mitarbeiter Wirtschaft (40%) (Eintritt per 1.1.2019)

Mag. Patricia Hornich LL.M.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin (30%)

Dr. Lorenz Langer

Forschungsbeauftragter Recht (50%) (Eintritt per 1.10.2018)

Forschungsschwerpunkt: Völkerrecht

Dr. Linda Märk-Rohrer

Forschungsbeauftragte Politik (50%)

Forschungsschwerpunkt: Gender Studies

Dr. Wilfried Marxer

Forschungsleiter Politik (100%)

Forschungsschwerpunkt: Politisches System Liechtenstein

Dr. Emanuel Schädler

Forschungsbeauftragter Recht

(2018: 100%, seit 1.1.2019 20%)

Forschungsschwerpunkt: Verwaltungsverfahrenrecht

Prof. Dr. iur. Patricia Schiess

Forschungsleiterin Recht (80%)

Forschungsschwerpunkt: Verfassungsrecht

MLaw Sarah Schirmer

Doktorandin Fachbereich Recht (100%)

Forschungsschwerpunkt: Staatsaufgaben im Kleinstaat

lic. phil. hum. Barbara Schneider

Wissenschaftliche Mitarbeiterin (15%)

Dr. Martina Sochin D'Elia

Forschungsbeauftragte Geschichte (50%)

Forschungsschwerpunkt: Zeitgeschichte

Mag.a Enya Steiner

Doktorandin Fachbereich Recht (100%)

Forschungsschwerpunkt: Staatsaufgaben im Kleinstaat

Freie wissenschaftliche Mitarbeiter

Dr. Roman Banzer

Dr. Peter Bussjäger

Hansjörg Quaderer

Dr. Rupert Quaderer

Dr. Herbert Wille

Bibliothek

Mag. Cornelia Schuster

Bibliothekarin (60%)

Administration

Ruth Allgäuer

Assistentin der Direktion (70%)

Brigitte Bühler

Assistentin der Direktion (70%)

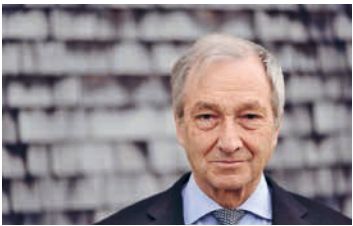
Der Institutsvorstand



Dr. Guido Meier, Jurist, Vaduz. Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Basel mit Doktorat 1977. Rechtsanwalt. 1980 bis 2015 Mitglied des Treuhänderrates des Allgemeinen Treuunternehmens ATU, Vaduz (2002 bis 2015 Präsident). 1989 bis 2016 Mitglied des Verwaltungsrats der VP Bank (ab 2001 Vizepräsident). Von Februar 1993 bis 1997 Landtagsabgeordneter (FBP). 1985 bis 1993 Richter am Staatsgerichtshof. Präsident des Liechtenstein-Instituts seit 1986.



Barbara Fuchs studierte Ökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien (1986–1992). Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählten das Zusammenspiel von Institutionen zur sozioökonomischen Gestaltung von Technologieentwicklung und unternehmerischer Innovation. Nach ihrer Promotion arbeitete sie als Innovationsmanagerin, u.a. für die Swisscom und Microsoft. Seit 2017 ist sie als Abteilungsleiterin für die Entwicklung und Umsetzung von innovativen Geschäftsmodellen in der Ivoclar Vivadent in Schaan tätig. Im Vorstand des Liechtenstein-Instituts seit 2017.



Jochen Hadermann maturierte an der Bündner Kantonsschule, Chur. Studium an der HSG, St. Gallen. Doktorat 1974 mit einem volkswirtschaftlichen/soziologischen Thema in der Raumplanung (Gemeinschaftsdissertation). Er arbeitete in verschiedenen Funktionen, zuletzt als Mitglied der Geschäftsleitung, zuständig für Anlageberatung und Vermögensverwaltung. Danach geschäftsführender Direktor der neu gegründeten Centrum Bank AG, Vaduz. Nach der Pensionierung während der ersten Mandatsperiode fünf Jahre Mitglied des Verwaltungsrates der FINMA und seit 2008 im Vorstand des Liechtenstein-Instituts.



Helmut Konrad, Schaan. Studium in Germanistik und Geschichte an der Universität Bern. Höheres Lehramt. 1980 bis 2002 Lehrer am Liechtensteinischen Gymnasium, 1987 bis 2002 Prorektor. 2002 bis 2014 Leiter Mittel- und Hochschulwesen im Schulamt. 1997 bis 2005 Landtagsabgeordneter (FBP), 2001 bis 2003 Fraktionssprecher. Seit 2015 Vorsitzender des Verwaltungsrates der Erwachsenenbildung Stein Egerta Anstalt, seit 2017 Präsident der Maturakommission der Fürstentums Liechtenstein. Im Vorstand des Liechtenstein-Instituts seit 2014.



Judith Oehri, Ruggell. Betriebswirtschafterin HF und Psychologin FH. Selbstständige Laufbahnberaterin und Case Managerin. Von 2011 bis 2013 Gemeinderätin, von 2013 bis 2017 Landtagsabgeordnete (VU) und Mitglied der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Vorstandsmitglied des Liechtenstein-Instituts seit 2017.

Der Wissenschaftliche Rat



Prof. Dr. Sieglinde Gstöhl, Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rates. Politikwissenschaftlerin. Seit 2005 Professorin am Europakolleg in Brügge und seit 2010 auch Direktorin des Studiengangs EU International Relations and Diplomacy Studies. Zuvor am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und Forschungsbeauftragte am Liechtenstein-Institut. Studium der Internationalen Beziehungen an der Universität St. Gallen und am Institut de hautes études internationales in Genf.



Prof. Dr. Regula Argast, Historikerin, Bern. Seit 2016 Professorin für Geschichte und Geschichtsdidaktik an der Pädagogischen Hochschule Bern sowie Lehrbeauftragte an den Universitären Fernstudien Schweiz (seit 2014). Von 2014 bis 2016 Professorin für Geschichts- und Politikwissenschaft und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg i. Br. Forschungsschwerpunkte: Bürgerrecht und Einbürgerungen in der Schweiz und in Liechtenstein vom 19. Jh. bis in die Gegenwart, transnationale Geschichte der Bevölkerung und Migration, Geschichte der Nation und des Nationalismus im 19. und 20. Jh., Wissensgeschichte der Eugenik und Genetik.



Dr. iur. Hilmar Hoch, LL.M. Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Bern (Lizenziat 1983; Doktorat 1991) und an der Harvard Law School in Cambridge/USA (LL.M. 1992). Zugelassen als Rechtsanwalt in Liechtenstein (1991) und New York (1993). Seit 2005 Partner einer Rechtsanwaltskanzlei in Schaan/FL. Seit 1994 Mitglied des Staatsgerichtshofes; ab 2005 Vize-Präsident, seit Februar 2018 Präsident. Stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates. Seit 1999 Dozent für Staatsrecht im Vorbereitungskurs für Rechtsanwaltskandidaten und seit 2004 Präsident der Anwaltsprüfungskommission.



Prof. Dr. Andreas Kley. 1980 bis 1984 Studium der Staatswissenschaften an der Universität St. Gallen mit Lizentiat und Dr. rer. publ (1989), Anwaltspatent (1990); 1995 Privatdozent für öffentliches Recht an der Universität St. Gallen; 1997 bis 2005 Professor für öffentliches Recht an der Universität Bern. Seit 2005 Professor für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich; seit 1998 Mitglied des Wissenschaftlichen Rats des Liechtenstein-Instituts.



Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher. Volkswirt. Seit 2017 Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Wien sowie Direktor des Vienna Center for Experimental Economics und seit 2016 Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Höhere Studien, Wien. Davor Professor für Verhaltensökonomik an den Universitäten München und East Anglia, Norwich. Ständiger Gastprofessor an der Universität Göteborg.

Organisation

Der Verein

Das Liechtenstein-Institut ist als gemeinnütziger Verein gemäss liechtensteinischem Personen- und Gesellschaftsrecht organisiert.

Der Verein zählte per 31. Dezember 2018 91 Mitglieder. Die Mitgliederversammlung 2018 fand am 31. Mai statt. Die Berichte des Präsidenten und des Direktors wurden zur Kenntnis genommen sowie Jahresbericht und Jahresrechnung 2017 genehmigt.

Direktor

Seit 1. April 2018 ist Dr. Christian Frommelt Direktor des Liechtenstein-Instituts. Er trat damit die Nachfolge von Wilfried Marxer an, der das Amt von 2011 bis 2018 innehatte.

Als Direktor vertritt er das Liechtenstein-Institut in wissenschaftlichen Belangen nach aussen, bereitet die Geschäfte des Wissenschaftlichen Rates vor und führt dessen Beschlüsse aus. Auch ist er zuständig für die laufenden Personal- und sonstigen Angelegenheiten des Instituts.

Vorstand

Der Vorstand wählt auf Vorschlag des Wissenschaftlichen Rates den Direktor, sorgt für die finanziellen Mittel des Instituts, wählt gemeinsam mit dem Direktor das administrative Personal des Instituts und vertritt das Institut in Absprache mit dem Direktor nach aussen.

Der Vorstand hielt 2018 fünf Sitzungen ab. Neben Routinegeschäften wurden personelle, finanzielle und organisatorische Entscheidungen getroffen und die Forschungs- und Lehrtätigkeit am Institut diskutiert.

Wissenschaftlicher Rat

Der Wissenschaftliche Rat ist insbesondere für die Begleitung und Ausrichtung des Forschungs- und Lehrbetriebs zuständig.

In den Sitzungen des Wissenschaftlichen Rates vom 9. Juni und 17. November 2018 wurden die Berichte zu den Forschungsprojekten behandelt, geplante Veranstaltungen zur Kenntnis genommen sowie das weitere Vorgehen in den vier Fachbereichen beraten.

Forschungsleitung

Seit dem 1. Januar 2019 verfügt jeder der vier Fachbereiche des Liechtenstein-Instituts über eine Forschungsleiterin bzw. einen Forschungsleiter. Die Forschungsleitung übernimmt besondere Verantwortung zur strategischen und inhaltlichen Ausgestaltung des jeweiligen Fachbereichs. Dazu zählen die Konzeption neuer Projekte, die Planung des Forschungsoutputs, die Koordination und Leitung des fachbereichsinternen Austausches sowie ein vertiefter Austausch mit dem Direktor über die strategische Ausrichtung, die Öffentlichkeitsarbeit und die Qualität der Forschung am Liechtenstein-Institut.

Begleitgremien

Einzelne grössere Forschungsprojekte am Liechtenstein-Institut wie der Verfassungskommentar oder das Historische Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL) verfügen über wissenschaftliche Begleitgremien. Mitglieder dieser Gremien sind Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland. Begleitgremien schaffen ein Forum für den gezielten Austausch über die Forschungsinhalte und sind so neben dem fachbereichsinternen Austausch, der internationalen Vernetzung und dem Austausch mit dem Wissenschaftlichen Rat ein weiteres Gremium zur Sicherung der Forschungsqualität am Liechtenstein-Institut.

Private Spenden 2018

Unter den bedeutenden privaten Spendern im Jahr 2018 sind zu nennen:

Ferro Industrial- und Handelsgesellschaft AG

March International Ltd.

Guido Meier

Gebhard Sprenger

RHW Stiftung

Theres Vogt Familienstiftung

Wir danken allen Spendern und Förderern recht herzlich. Ohne ihre grosszügige Unterstützung wäre das gute Funktionieren des Forschungsbetriebs nicht möglich.

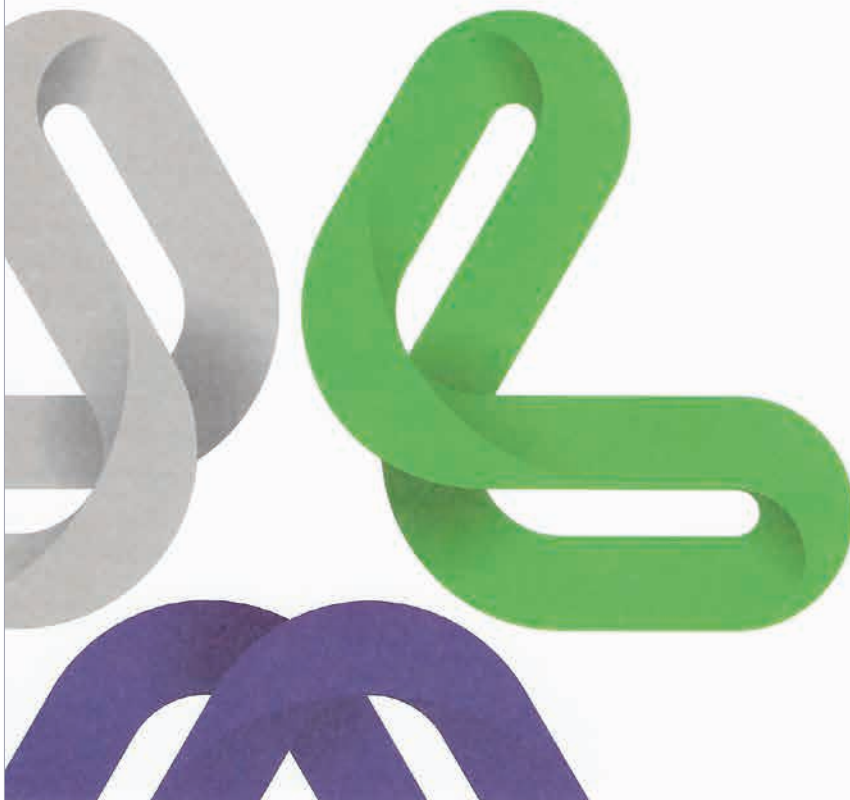


Grant Thornton

An instinct for growth™

**Verein LIECHTENSTEIN-INSTITUT
9487 Gamprin-Bendern**

Bericht der Revisionsstelle zur Abschlussprüfung der Jahresrechnung
für das am 31. Dezember 2018 abgeschlossene Geschäftsjahr





Grant Thornton

An instinct for growth™

ReviTrust Grant Thornton AG
Bahnhofstrasse 15
P.O. Box 663
FL-9494 Schaan
T +423 237 42 42
F +423 237 42 92
www.granthornton.li

Bericht der Revisionsstelle zur Abschlussprüfung 2018

An die Mitgliederversammlung des Vereins
LIECHTENSTEIN-INSTITUT, 9487 Gamprin-Bendern

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) und den Jahresbericht des Vereins LIECHTENSTEIN-INSTITUT für das am 31. Dezember 2018 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung und den Jahresbericht ist der Vereinsvorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des liechtensteinischen Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung und im Jahresbericht mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung vermittelt die Jahresrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit dem liechtensteinischen Gesetz.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Schaan, 27. März 2019

ReviTrust Grant Thornton AG

Rainer Marxer
Zugelassener Wirtschaftsprüfer
Leitender Revisor

ppa Rita Schaeppi Lufi
Treuhanderin mit eidg. FA

Beilagen:

- Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang)

LIECHTENSTEIN-INSTITUT

9487 Gamprin-Bendern

FL-0001.099.635-4

	31.12.2018	31.12.2017
	CHF	CHF
BILANZ		
AKTIVEN		
Anlagevermögen		
<i>Sachanlagen</i>		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	10'006	10'006
<i>Total Sachanlagen</i>	<u>10'006</u>	<u>10'006</u>
Total Anlagevermögen	10'006	10'006
Umlaufvermögen		
<i>Forderungen</i>		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	70'477	56'453
<i>Total Forderungen</i>	<u>70'477</u>	<u>56'453</u>
<i>Wertpapiere</i>		
Sonstige Wertpapiere	927'538	1'046'594
<i>Total Wertpapiere</i>	<u>927'538</u>	<u>1'046'594</u>
<i>Guthaben bei Banken, Postscheckguthaben, Schecks und Kassenbestand</i>	1'476'726	1'373'443
Total Umlaufvermögen	2'474'741	2'476'490
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	32'369	46'654
TOTAL AKTIVEN	2'517'116	2'533'150

LIECHTENSTEIN-INSTITUT

9487 Gamprin-Bendern

FL-0001.099.635-4

	31.12.2018	31.12.2017
BILANZ	CHF	CHF
PASSIVEN		
Eigenkapital		
Institutsvermögen	152'696	152'696
Gewinnreserven		
Sonstige Reserven	1'959'348	1'959'348
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	26'959	227'000
Ertragsüberschuss (+) /Aufwandüberschuss (-)	-128'828	-200'041
<i>Total Eigenkapital</i>	<i>2'010'175</i>	<i>2'139'003</i>
Rückstellungen		
Rückstellung Erasmus+ Projekt	160'709	0
<i>Total Rückstellungen</i>	<i>160'709</i>	<i>0</i>
Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	89'399	65'038
<i>Total Verbindlichkeiten</i>	<i>89'399</i>	<i>65'038</i>
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	256'833	329'109
TOTAL PASSIVEN	2'517'116	2'533'150

LIECHTENSTEIN-INSTITUT

9487 Gamprin-Bendern
FL-0001.099.635-4

	01.01.2018- 31.12.2018	01.01.2017 - 31.12.2017
	CHF	CHF
ERFOLGSRECHNUNG		
Veranstaltungsertrag	17'410	16'787
Dienstleistungen	269'376	155'869
Mitgliederbeiträge	4'705	4'558
Spenden Private	214'062	144'248
Beiträge der öffentlichen Hand - Staat	1'000'000	1'000'000
Beiträge der öffentlichen Hand - Gemeinden	78'205	78'066
Beiträge der öffentlichen Hand - Gemeinden eHLFL	43'931	7'000
Ertrag aus Forschungsfonds	112'782	30'000
Ertrag aus EU-Projekten	58'335	47'551
Übrige Erträge	14'974	24'149
Aufwand Wissenschaftlicher Output		
Vorträge/Buchpräsentationen/Anlässe	-2'187	-2'003
Kolloquien	-6'000	-6'391
Andere Veranstaltungen und Besuche	-6'682	-3'054
Wissenschaftlicher Output in elektronischer Form	-42'912	-41'611
Wissenschaftlicher Output in gedruckter Form	-374	-720
Rohergebnis	1'755'625	1'454'449
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	-1'372'983	-1'239'474
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-242'800	-230'177
<i>davon für Altersversorgung</i>	-200'784	-173'306
Abschreibungen und Wertberichtigungen		
Auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-19'536	-8'563
Sonstige betriebliche Aufwendungen:		
Übriger Personalaufwand	-31'445	-15'729
Personalaufwand Externe	-65'085	-31'245
Raumaufwand (inkl. Energieaufwand)	-47'240	-48'259
Unterhalt und Reparaturen	-2'228	-827
Versicherungen/Gebühren/Abgaben	-6'556	-3'265
Dienstleistungen Dritter	-2'575	-39'134
Verwaltungsaufwand	-22'940	-24'526
Informatikaufwand	-26'704	-20'068
Bibliotheksaufwand	-5'444	-6'308
Werbeaufwand, Öffentlichkeitsarbeit	-19'616	-11'187
Übriger Betriebsaufwand	-8'176	-8'894
Betriebsergebnis	-117'703	-233'207
Erträge aus anderen Wertpapieren und Forderungen des Finanzanlagevermögens	40'901	45'521
<i>davon aus verbundenen Unternehmen</i>	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-52'026	-12'355
<i>davon an verbundene Unternehmen</i>	0	0
Ertragsüberschuss (+) /Aufwandüberschuss (-)	-128'828	-200'041

LIECHTENSTEIN-INSTITUT

9487 Gamprin-Bendern

FL-0001.099.635-4

ANHANG ZUR JAHRESRECHNUNG

Angaben in CHF

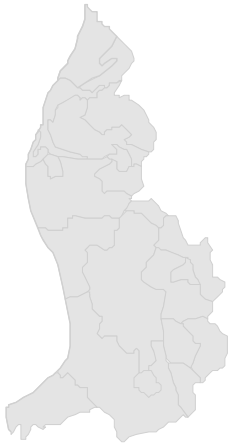
Gesetzliche Pflichtangaben

Bürgschaften, Garantieverpflichtungen, Pfandbestellungen und weitere Eventualverbindlichkeiten	31.12.2018	31.12.2017
Bürgschaften	keine	keine
Garantieverpflichtungen	keine	keine
Pfandbestellungen	keine	keine
Weitere Eventualverbindlichkeiten	keine	keine

Es bestehen keine weiteren gemäss Art. 1055 ff. PGR offenlegungspflichtigen Positionen

Ergänzende Angaben

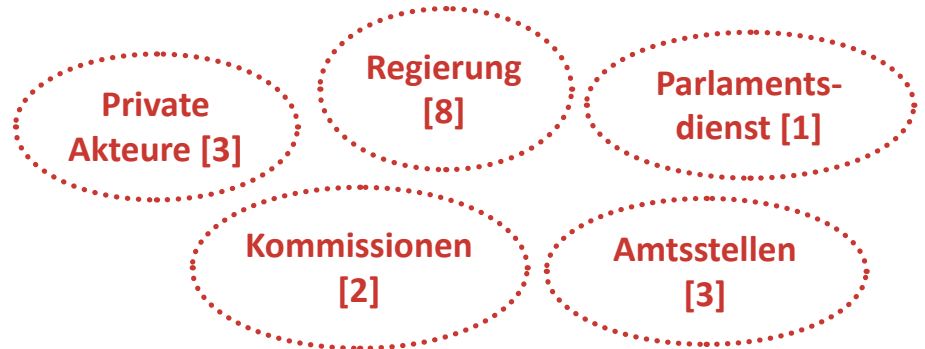
Eine Abweichung von der Darstellungsstetigkeit zum Vorjahr besteht insofern, dass die Vorjahresbeiträge dem neuen Kontoplan angepasst wurden.



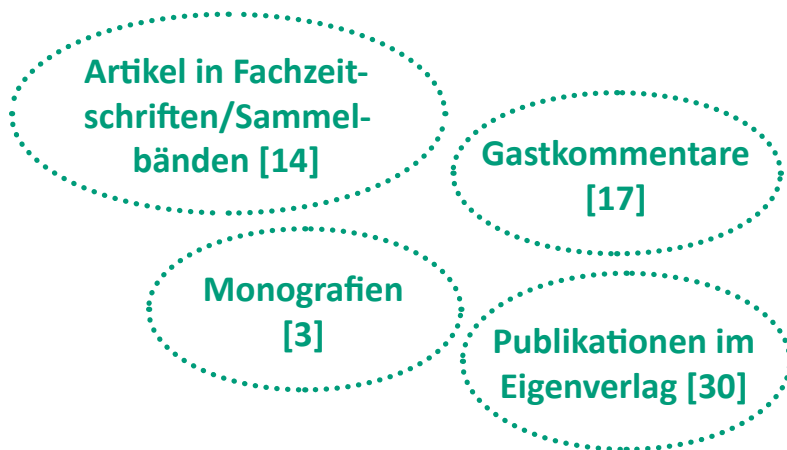
Das Jahr 2018 auf einen Blick

Gut vernetzt im In- und Ausland

Aufträge für Studien [17]



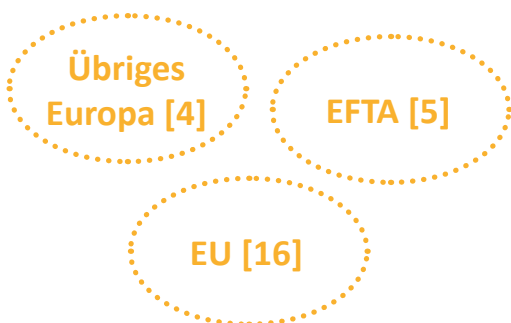
Publikationen [64]



Wissenschaftliche Vorträge [39]



Mehrjährige vertragliche Forschungskooperationen [25]





Liechtenstein-Institut
St. Luziweg 2
9487 Barend
Liechtenstein
T +423 / 373 30 22
info@liechtenstein-institut.li
www.liechtenstein-institut.li